

Die Bewertung des Vorratsvermögens in der Konzernbilanz

Inaugural - Dissertation

**zur Erlangung des Grades eines Doktors der Rechte
bei dem Fachbereich Rechtswissenschaft der
Freien Universität Berlin**

vorgelegt von

Rechtsanwalt

Anton Siebert

in Kaarst

1972

Die Bewertung des Vorratvermögens
in der Konzernbilanz

Digitized by the Internet Archive
in 2026

Die Bewertung des Vorratsvermögens in der Konzernbilanz

Inaugural - Dissertation

**zur Erlangung des Grades eines Doktors der Rechte
bei dem Fachbereich Rechtswissenschaft der
Freien Universität Berlin**

vorgelegt von

Rechtsanwalt

Anton Siebert

in Kaarst

1972



Erstgutachter : Professor Dr. jur. Manfred Nitschke

Zweitgutachter: Professor Dr. jur. Dr. rer. pol. Franz-Jürgen Sack

Tag der mündlichen Prüfung: 11. Juli 1972

<u>Gliederung</u>	<u>Seite</u>
A. Grundlegung	1
I. Abgrenzung des Themas	1
II. Geschichtliche Entwicklung	2
III. Wesen des Konzernabschlusses	4
IV. Aufgaben des Konzernabschlusses	7
V. Gesetzliche Grundlagen der Konzern- rechnungslegung	9
1. Aktienrechtlicher Konzernbegriff	9
2. Unterordnungskonzerne	9
3. Pflicht zur Konzernrechnungslegung	11
4. Konsolidierungskreis	14
5. Stichtag des Konzernabschlusses	15
6. Prüfung von Konzernabschluss und Konzerngeschäftsbericht	15
7. Konsolidierungsgrundsätze für die Konzernbilanz	16
8. Gliederungsvorschriften	18
9. Bilanzierungs- und Bewertungs- vorschriften	20
VI. Hauptprobleme, Ziel und Plan der Untersuchung	22
1. Teil: Die allgemeine Regelung der Bewertung in der Konzernbilanz	23
B. Grundsätze für die Übernahme der Wertansätze der Einzelbilanzen	23
I. Gelten für die Konzernbilanz bestimmte Bewertungsvorschriften?	24
1. Die Bewertungsvorschriften im Sinne von § 149 Abs. 1 S. 2 AktG	24
2. Wertansätze nach § 40 Abs. 2 HGB	25
II. Beurteilung der Wertansätze nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buch- führung	26
1. Begriff und Rechtsnatur der Grund- sätze ordnungsmässiger Buchführung	26
a) Begriff der Grundsätze ordnungs- mässiger Buchführung	26
b) Rechtsnatur der Grundsätze ord- nungsmässiger Buchführung	28

2.	Bestimmung von Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung	31
3.	Die Beurteilung der Wertansätze der Einzelbilanzen nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung	34
a)	Die Grundsätze der Richtigkeit, Willkürfreiheit, Vollständigkeit und Klarheit	36
b)	Das Anschaffungswertprinzip (Realisationsprinzip)	39
c)	Das Niederstwertprinzip (Imparitätsprinzip)	41
d)	Der Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes	44
e)	Die Grundsätze für die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten	50
f)	Die Grundsätze der Vorsicht und Stetigkeit	54
III.	Beurteilung der Wertansätze nach gesetzlichen Sondervorschriften	55
1.	Auslegung von § 336 Abs. 3 AktG	55
2.	Auslegung von § 336 Abs. 2, 6 AktG	57
IV.	Beurteilung der Wertansätze nach Satzungsbestimmungen	58
V.	Wertansätze aus ausländischen Abschlüssen	58
1.	Keine Bindung an ausländische Vorschriften	59
2.	Beurteilung der Wertansätze aus ausländischen Abschlüssen	60
3.	Umrechnung ausländischer Währungen	61
VI.	Prüfung der Wertansätze der Einzelbilanzen	62
VII.	Übersicht über die zulässigen Wertansätze	63
C.	Bewertung in der Konzernbilanz	64
I.	Das Bewertungskonglomerat	64
II.	Anwendung von einheitlichen Bewertungsmethoden bei der Aufstellung der Einzelabschlüsse	66

III. Umbewertungen bei der Aufstellung der Konzernbilanz	69
1. Einschränkung des Massgeblichkeitsprinzips	69
2. Grundsätze für Umbewertungen	74
2. Teil: Die Eliminierung von Zwischengewinnen im Vorratsvermögen	76
D. Bewertung zu Konzernanschaffungskosten und Konzernherstellungskosten	76
I. Das Verbot des Ausweises von nicht realisierten Gewinnen in der Konzernbilanz	76
II. Die Bewertungskonzeption des § 331 Abs. 2 AktG	80
1. Übersicht über die Theorien	80
2. Konzeption des § 331 Abs. 2 AktG nach der Entstehungsgeschichte	82
3. Einschränkung der Höchstwertvorschrift des § 331 Abs. 2 AktG durch die Grundsätze ordnungsmässiger Konzernbilanzierung	84
a) Unzulässigkeit der Bildung von beliebigen stillen Reserven bei der Zwischengewinneliminierung	84
b) Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes	86
4. Übersicht über die zulässigen Wertansätze	89
5. Bewertungsspielraum und Massgeblichkeitsprinzip	90
III. Der Kreis der Gegenstände des Vorratsvermögens, die der Zwischengewinneliminierung unterliegen	91
1. Umgliederungen ins Anlagevermögen	91
2. Bei einem einbezogenen Unternehmen vorhandene Gegenstände, die ganz oder teilweise Lieferungen oder Leistungen anderer einbezogener Unternehmen darstellen	93
a) Vorhandene Gegenstände	93
b) Lieferungen oder Leistungen anderer einbezogener Unternehmen	93

c)	Lieferungen oder Leistungen aus der Zeit vor der Konzernzugehörigkeit	94
d)	Unmittelbarkeit der Lieferungen oder Leistungen	94
e)	Gegenstände, die ganz oder teilweise Lieferungen darstellen	95
f)	Gegenstände, die teilweise Leistungen darstellen	96
g)	Verbrauch von Energie und anderen Betriebsstoffen	96
3.	Zur Weiterveräußerung bestimmte Gegenstände	97
4.	Lieferungen und Leistungen ausserhalb des üblichen Geschäftsverkehrs	99
a)	Grammatikalisch genaue Auslegung des § 331 Abs. 2 Nr. 2 AktG	99
b)	Auslegung nach Zweck und Sinnzusammenhang	100
c)	Lieferungen und Leistungen ausserhalb des üblichen Geschäftsverkehrs	101
IV.	Genauigkeitsgrad bei der Zwischengewinneliminierung	102
1.	Unmöglichkeit oder Unwirtschaftlichkeit einer genauen Zwischengewinneliminierung	102
2.	Standpunkt des Gesetzgebers des AktG.	102
3.	Wirtschaftlich vertretbarer Informationswert	103
4.	Grundsatz der willkürfreien Darstellung	103
V.	Freiwillige Zwischengewinneliminierung und Eliminierung von Zwischenverlusten	104
1.	Freiwillige Zwischengewinneliminierung	104
2.	Eliminierung von Zwischenverlusten	106
VI.	Konzernanschaffungs- und Konzernherstellungskosten	109
1.	Konzernanschaffungskosten	109
a)	Ursprüngliche Anschaffungsnebenkosten	110

b)	Anschaffungsnebenkosten auf Grund von Folgelieferungen im Konzern	110
c)	Kosten auf Grund der rechtlichen Selbständigkeit der Unternehmen	112
2.	Konzernherstellungskosten	113
a)	Schema der Konzernherstellungskosten	114
b)	Abgrenzung der Kosten	115
E.	Die Verfahren zur Ermittlung der Konzernanschaffungs- und Konzernherstellungskosten	116
I.	Progressives Verfahren	116
1.	Ausscheidung der derivativen Kosten	117
a)	Verfahren zur Ausscheidung von internen Lieferungen aus den Rohstoff- und Warenbeständen	117
aa)	Individuelle Ermittlung von Menge und Wertansatz	117
bb)	Durchschnittsmethode	117
cc)	Simultane Anwendung der Verfahren nach § 155 Abs. 1 S. 3 AktG für Zwecke der Einzel- und Konzernbilanz	118
(1)	Übersicht über die Verfahren	118
(2)	Simultane Anwendung der Fifo-, Lifo- und Hifo-Verfahren	119
(3)	Das Kifo-Verfahren	120
dd)	Ermittlung der Bestände aus internen Lieferungen, wenn Fifo, Lifo oder Hifo lediglich für Zwecke der Einzelbilanz angewendet werden	121
b)	Verfahren zur Ausscheidung von internen Lieferungen aus Beständen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	122
aa)	Ermittlung an Hand der Kalkulation	122
bb)	Ermittlung bei gemischten Bezügen	123

c) Verfahren zur Ausscheidung von internen Leistungen aus Be- ständen an fertigen und unfer- tigen Erzeugnissen	124
2. Erfassung der originären Kostenbe- standteile	124
3. Die Bewertung der Konzernbestände	125
a) Überblick über das Bewertungsver- fahren	125
b) Gruppenbewertungsverfahren	126
II. Retrogrades Verfahren	128
1. Überblick über das Verfahren	128
2. Ermittlung der Bruttogewinnspannen	129
3. Erfassung und Bewertung der Gegen- stände	130
III. Hinweise zur Organisation	130
3. Teil: Die Ausschaltung der Wertdifferenzen im Konzernabschluss und die Erläuterung der Bewertung des Vorratsvermögens im Konzerngeschäftsbericht	132
F. Der Einfluss der Bewertung des Vorratsvermögens auf das Konzernergebnis	132
I. Aufteilung der Wertdifferenzen auf Mehr- heits- und Minderheitsbeteiligungen	133
II. Erfolgswirksame Eliminierung der Zwischen- gewinne im Konzernabschluss	135
III. Erfolgsneutrale Eliminierung der Zwischen- gewinne im Konzernabschluss	138
G. Die Erläuterung der Bewertung des Vorratsver- mögens im Konzerngeschäftsbericht	140
H. Zusammenfassung	146
Abkürzungsverzeichnis	152
Literaturverzeichnis	154
Lebenslauf	166

A. Grundlegung

I. Abgrenzung des Themas

Bei den verschiedenen Arten von Konzernabschlüssen können insbesondere interne und externe Konzernabschlüsse unterschieden werden. Interne Konzernabschlüsse sind nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sondern dienen zur Information der Konzernleitung und als Grundlage von unternehmerischen Entscheidungen. Die interne Konzernrechnungslegung unterliegt keinen gesetzlichen Vorschriften und kann daher speziell auf die Gegebenheiten und Eigenarten des jeweiligen Konzerns ausgerichtet werden. Die Besonderheiten der internen Konzernrechnungslegung bleiben hier unberücksichtigt,¹⁾ vielmehr beschränkt sich die vorliegende Untersuchung auf die externe Konzernrechnungslegung nach den in der Bundesrepublik und Berlin gültigen Vorschriften.

Die Verpflichtung zur Aufstellung von Konzernabschlüssen ist im Aktiengesetz vom 6. September 1965, im Einführungsgesetz zum Aktiengesetz vom gleichen Datum und im Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen vom 15. August 1969²⁾ geregelt. Der Entwurf eines Gesetzes über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, der ebenfalls Vorschriften zur Konzernrechnungslegung vorsieht, wurde nicht berücksichtigt.

1) vgl. Wiebrock, WPg 1971 S. 306 ff.

2) vgl. BGBl 1969 I S. 1189.

Erlass des AktG 1965 etwa 40 Konzerne freiwillig Konzernabschlüsse.⁷⁾

Da die Organisationsform der Aktiengesellschaft im deutschen Konzernwesen von besonderer Bedeutung ist, hat der Gesetzgeber im AktG 1965 auch Fragen des Konzernrechts, insbesondere der Konzernrechnungslegung geregelt. Wenig später ist dann die Verpflichtung zur Konzernrechnungslegung im sog. Publizitätsgesetz auf andere Unternehmen ausgedehnt worden. Die Rechnungslegung für Konzerne hat eine Reihe neuer Probleme aufgeworfen. Der Gesetzgeber verzichtete jedoch darauf, die Fragen detailliert und abschliessend zu regeln, da in der Bundesrepublik noch keine hinreichende Konsolidierungspraxis bestand. Vielmehr entschied sich der Gesetzgeber für ein vorsichtiges und schrittweises Vorgehen, um der Wirtschaft ein reibungsloses Hineinwachsen in die Vorschriften zu ermöglichen.⁸⁾ Die gesetzlichen Vorschriften enthalten daher nur einige wenige Grundsätze, die unverzichtbar erscheinen.⁹⁾

III. Wesen des Konzernabschlusses

Der Konzernabschluss stellt den Abschluss einer Gruppe von Unternehmen dar. Sein Wesen ist in der

7) vgl. Kropff, S. 436.

8) vgl. Kropff, S. 437.

9) Dreger, Konzernabschluss, S. 18, bemerkt dazu, es handele sich nur um Mindestanforderungen und Rahmenvorschriften, innerhalb deren die Praxis ihre eigenen Wege beschreiten und Methoden entwickeln kann.

Vergangenheit unterschiedlich charakterisiert worden:

Nach der formal-juristischen Theorie stellt der Konzernabschluss einen modifizierten Abschluss der Obergesellschaft, der durch einfache Addition der Einzelabschlüsse der einbezogenen Unternehmen erstellt wird, dar. Die Ausschaltung der innerkonzernlichen Beziehungen wird unter Hinweis auf die rechtliche Selbständigkeit der Einzelunternehmen abgelehnt. Der Konzernabschluss gleicht nach dieser Theorie also einem Branchenabschluss, der ebenfalls ausschliesslich durch Addition von Einzelabschlüssen ermittelt wird. Die formal-juristische Theorie, die insbesondere von Fuchs-Gerloff¹⁰⁾ vertreten wurde, hat sich jedoch nicht durchgesetzt.

Die Einheitstheorie geht davon aus, dass nur der Konzern eine selbständige wirtschaftliche Einheit darstellt, während die einzelnen Konzernunternehmen wirtschaftlich unselbständig sind. Der Konzernabschluss stellt danach die Rechnungslegung für den Konzern als wirtschaftliche Einheit dar und hat sich infolgedessen auf den externen Bereich des Konzerns zu beschränken. Daraus ergibt sich das Erfordernis der Ausschaltung der konzerninternen Einflüsse und Beziehungen. Die Vorschriften des AktG gehen von der wirtschaftlichen Einheit des Konzerns aus und folgen somit grundsätzlich der Einheitstheorie. Jedoch hat der Gesetzgeber auf eine konsequente Durchführung dieser Theorie verzichtet.¹¹⁾

10) vgl. S. 63 f, 74 f.

11) vgl. Kropff, S. 436.

Nach der Interessentheorie stellt der Konzernabschluss einen erweiterten Abschluss der Obergesellschaft dar, wobei die konzerninternen Beziehungen ebenfalls ausgeschaltet werden. Die Interessentheorie geht jedoch davon aus, dass die Abschlüsse der Konzernunternehmen bei der Konsolidierung lediglich entsprechend der Quote des Beteiligungsbesitzes der Obergesellschaft berücksichtigt werden dürfen. Die an den einbezogenen Unternehmen beteiligten konzernfremden Gesellschafter werden nicht als Mitgesellschafter ("Mitunternehmer"), sondern als aussenstehende Gläubiger betrachtet.¹²⁾ Die Interessentheorie hat sich in ihrer reinen Form jedoch nicht durchgesetzt; nach den modifizierten Formen sollen die Abschlüsse der Konzernunternehmen zu 100% konsolidiert werden und für die Anteile der Minderheitsgesellschafter besondere Passivposten mit dem Charakter von Verbindlichkeiten gebildet werden.¹³⁾

Interessentheorie und Einheitstheorie führen daher praktisch nur bei der Behandlung von Minderheitsbeteiligungen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Da der Gesetzgeber die Einheitstheorie nicht in reiner Form übernommen hat, bleibt zu prüfen, ob die Interessentheorie zumindest auf Teilgebieten angewandt werden kann.¹⁴⁾

12) vgl..Dreger, Konzernabschluss, S. 41.

13) vgl. Dreger, Konzernabschluss, S. 41; Wietzke, S. 22 ff; nach Dreger sind die modifizierten Formen der Interessentheorie in der amerikanischen Konsolidierungspraxis weit verbreitet.

14) vgl. dazu unten S. 77, 79, 133 ff.

IV. Aufgaben des Konzernabschlusses

Der Konzernabschluss tritt neben die Einzelabschlüsse, die für die rechtlichen Beziehungen, insbesondere für die Rechtsstellung von Gesellschaftern und Gläubigern, massgebend bleiben. Da in den Einzelabschlüssen der konzerninterne und -externe Bereich in vermischter Form enthalten sind, ergibt sich aus ihnen, auch wenn man sie nebeneinander stellt, nur ein höchst unsicherer Einblick in die Vermögens- und Ertragslage des Konzerns.¹⁵⁾ Insbesondere können durch Transaktionen innerhalb des Konzerns liquide Mittel verlagert oder Gewinne unabhängig von einer Bestätigung durch den Markt realisiert werden, so dass auch den Einzelabschlüssen selbst nur ein beschränkter Aussagewert zukommt. Der Konzernabschluss stellt daher auch eine wertvolle Ergänzung der Einzelabschlüsse, insbesondere des Einzelabschlusses der Obergesellschaft, dar.¹⁶⁾

Der Hauptzweck des Konzernabschlusses besteht in der Rechenschaftslegung der Konzernleitung vor der gesamten interessierten Öffentlichkeit, insbesondere den Kapitaleignern, Gläubigern, Belegschaften, anderen Marktteilnehmern, staatlichen Stellen und sonstigen Interessenten. Über die Erfüllung der Verpflichtung zur Konzernrechnungslegung wacht das Registerge-

15) Ausserdem ist zu berücksichtigen, dass ein grosser Teil der Konzernunternehmen ihrer Rechtsform nach nicht zur Veröffentlichung von Jahresabschlüssen verpflichtet ist, vgl. dazu die Zahlenangaben bei Busse von Colbe, Festschrift für Münstermann, S. 93.

16) Einen Vergleich von Einzelabschlüssen der Obergesellschaften und Konzernabschlüssen enthält die Untersuchung von Busse von Colbe, Festschrift für Münstermann, S. 88 ff.

gericht.¹⁷⁾ Wenn die Obergesellschaft eine Aktiengesellschaft ist, hat ausserdem der Aufsichtsrat einen klagbaren Anspruch auf Vorlegung der in § 337 Abs. 1 AktG genannten Vorlagen und die Aktionäre haben das Auskunftsrecht nach § 131 AktG in den Angelegenheiten des Konzerns in demselben Umfang wie in den Angelegenheiten der Obergesellschaft (§ 337 Abs. 4 AktG).¹⁸⁾

Der Konzernabschluss kann zudem für interne Zwecke der Konzernleitung nutzbar gemacht werden, da er eine kritische Beurteilung der Vergangenheit ermöglicht und damit zugleich eine Dispositionsunterlage für die Zukunft bildet. Selbstverständlich kann eine sachgerechte Auswertung nur im Zusammenhang mit weiteren Informationen erfolgen. Der Jahresabschluss dient jedoch nur im Nebenzweck als Lenkungsinstrument.¹⁹⁾ Schliesslich kann der Konzernabschluss noch Hinweise für die Angemessenheit der Gewinnausschüttung der Obergesellschaft liefern, wobei jedoch darauf hinzuweisen ist, dass rechtlich nur der Einzelabschluss für die Gewinnverwendung massgebend ist.²⁰⁾

17) Nach § 407 Abs. 1 AktG hat das Registergericht den Vorstand zur Befolgung von §§ 329, 330, 336 Abs. 4, 337 Abs. 1 AktG durch Ordnungsstrafen anzuhalten; entsprechende Regelungen enthalten § 28 Abs. 4 EGAktG und § 21 PublG.

18) vgl. Baumbach-Hueck, AktG, § 337 Anm. 3 u. 6.

19) vgl. dazu auch Leffson, S. 61 ff.

20) Verschiedentlich wird noch die Gläubigerschutzfunktion als Haupt- oder Nebenzweck des Jahresabschlusses genannt, so Kruse, S. 196 ff. Das Gläubigerinteresse am Jahresabschluss geht auf eine gewissenhafte und getreue Rechenschaft. Dieser Zweck ist mit dem Zweck der Rechenschaft identisch, vgl. Leffson, S. 48, 72 ff.

V. Gesetzliche Grundlagen der Konzernrechnungslegung

1. Aktienrechtlicher Konzernbegriff

Nach § 18 AktG besteht der Konzern aus der Zusammenfassung von mehreren rechtlich selbständigen Unternehmen unter einheitlicher Leitung.²¹⁾ Die unter der einheitlichen Leitung zusammengefassten Unternehmen sind wirtschaftlich unselbständige Konzernunternehmen, die durch die einheitliche Leitung zu der wirtschaftlichen Einheit des Konzerns verbunden werden (Einheitstheorie).²²⁾

Die Probleme der Konzernrechnungslegung ergeben sich aus dem Spannungsverhältnis zwischen der rechtlichen und wirtschaftlichen Erscheinungsform. Die Konzernunternehmen bleiben rechtlich selbständig, in wirtschaftlicher Hinsicht sind sie jedoch unselbständige Teile des Konzerns. Andererseits wird der Konzern nicht als Rechtssubjekt anerkannt, obwohl er eine wirtschaftliche Einheit darstellt.

2. Unterordnungskonzerne

§ 18 AktG unterscheidet zwischen Unterordnungs- und Gleichordnungskonzernen. Beim Unterordnungskonzern wird die einheitliche Leitung von einem Unternehmen²³⁾ ausgeübt, die Konzernleitung wird somit von einem herrschenden Unternehmen (§ 17 AktG) ausgeübt, während die Konzernunternehmen abhängige Unternehmen im Sinne dieser Vorschrift sind.

21) vgl. Baumbach-Hueck, § 18 Anm. 2.

22) Oben S. 5 wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Vorschriften zur Konzernrechnungslegung weitgehend auf dieser Theorie basieren.

23) Der Unternehmensbegriff wird im institutionellen Sinn verwendet.

Beim Gleichordnungskonzern wird die einheitliche Leitung dagegen von einer Institution ausgeübt, die kein Unternehmen darstellt.²⁴⁾ Da die Konzernunternehmen gleichgeordnet sind, besteht kein Abhängigkeitsverhältnis zwischen ihnen.

Die Unterscheidung von Unterordnungs- und Gleichordnungskonzernen ist vor allem deswegen bedeutsam, weil die Verpflichtung zur Konzernrechnungslegung nur für Unterordnungskonzerne besteht. Ausserdem gilt im Unterordnungskonzern die Abhängigkeitsvermutung und die Konzernvermutung nach §§ 17 Abs. 2, 18 Abs. 1 S. 3 AktG. Danach führt das Bestehen einer Mehrheitsbeteiligung zur Vermutung eines Abhängigkeitsverhältnisses und dieses zur Vermutung der Konzernbindung. Praktisch führt also die Mehrheitsbeteiligung zur Konzernbindung.²⁵⁾

Bei mehrstufigem Konzernaufbau sind die Unternehmen der Zwischenstufen zugleich abhängige und herrschende Unternehmen. Als herrschendes Unternehmen bilden sie zusammen mit den von ihnen abhängigen Unternehmen einen Unterordnungsteilkonzern. Das ist von Bedeutung, weil in bestimmten Fällen an die Stelle der Rechnungslegung für den Gesamtkonzern die Rechnungslegung für einen oder mehrere Teilkonzerne tritt. Das kann insbesondere der Fall sein, wenn ein Gleichordnungskonzern mit einem oder mehreren Unterordnungskonzernen kombiniert ist.²⁶⁾

24) Kein Unternehmen im institutionellen Sinn! Funktionell stellt die einheitliche Leitung selbstverständlich unternehmerische Tätigkeit dar.

25) Die Vermutungen können jedoch in jeder geeigneten Weise widerlegt werden, vgl. Baumbach-Hueck, § 17 Anm. 6, § 18 Anm. 10.

26) vgl. dazu Baumbach-Hueck, § 18 Anm. 7.

Ergänzend sei noch darauf hingewiesen, dass die betriebswirtschaftliche Untergliederung der Konzerne anderen Gesichtspunkten folgt. Danach wird zwischen horizontalen, vertikalen und gemischt-gegliederten Konzernen unterschieden. Im horizontalen Konzern sind Unternehmen derselben Branche, die in produktionstechnischer und kommerzieller Hinsicht auf derselben Stufe stehen, zusammengefasst, während die Unternehmen im vertikalen Konzern verschiedenen aufeinander folgenden Produktionsstufen angehören. Im gemischt-gegliederten Konzern sind Unternehmen verschiedener Branchen zusammengefasst. Sofern zwischen den Unternehmen keine kommerziellen Beziehungen bestehen, liegt ein reiner Finanzkonzern vor.²⁷⁾

3. Pflicht zur Konzernrechnungslegung

Die Verpflichtung zur Aufstellung von Konzernabschlüssen ergibt sich aus §§ 329, 330 AktG, 28 EG AktG, 11 PublG.

Stehen die Konzernunternehmen unter der einheitlichen Leitung einer AG oder KGaA mit Sitz im Inland, so besteht die Verpflichtung zur Konzernrechnungslegung nach § 329 AktG, während nach § 28 Abs. 1 EGAktG Gesellschaften mit beschränkter Haftung und bergrechtliche Gewerkschaften mit Sitz im Inland zur Aufstellung von Konzernabschlüssen verpflichtet sind, wenn eine in den Konzernabschluss einzubeziehende AG oder KGaA unter ihrer einheitlichen Leitung steht.

27) vgl. Wein, S. 25 ff. Die betriebswirtschaftliche Unterteilung der Konzernarten ist insbesondere bei der Beurteilung der Aussagefähigkeit von Konzernabschlüssen von Bedeutung.

Nach § 11 Abs. 1 PublG sind schliesslich alle Unternehmen mit Sitz (Hauptniederlassung) im Inland, die die einheitliche Leitung in einem Konzern ausüben, zur Konzernrechnungslegung verpflichtet, sofern mindestens zwei der drei folgenden Merkmale an drei aufeinander folgenden Stichtagen zutreffen:²⁸⁾

- (a) die Konzernbilanzsumme übersteigt DM 125 Mio.,
- (b) die Aussenumsatzerlöse übersteigen DM 250 Mio.,
- (c) die Beschäftigtenzahl im Inland übersteigt 5.000 Arbeitnehmer.²⁹⁾

Konzernabschlüsse nach dem PublG sind erstmals für Geschäftsjahre aufzustellen, die nach dem 31. Dezember 1970 beginnen (§ 23 Abs. 2 PublG).

Sofern nach den vorstehenden Bestimmungen kein Gesamtkonzernabschluss aufzustellen ist, kann die Verpflichtung zur Aufstellung von Teilkonzernabschlüssen bestehen (§§ 330 AktG, 28 Abs. 2 EGAktG, 11 Abs. 3 PublG). In erster Linie handelt es sich um die Fälle, wo die Konzernleitung ihren Sitz (Hauptniederlassung) im Ausland hat. Nach § 11 Abs. 3 PublG haben die Konzernunternehmen mit Sitz im Inland, die der ausländischen Konzernleitung am nächsten stehen (Teil-

28) Die Ausnahmen von der Verpflichtung zur Konzernrechnungslegung nach § 11 Abs. 1 PublG sind in § 11 Abs. 5 PublG aufgeführt. Ausgenommen sind danach lediglich AG und KGaA mit Sitz im Inland, die in § 2 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 KWG bezeichneten Unternehmen sowie Personengesellschaften und Einzelkaufleute, deren Gewerbebetrieb sich auf die Vermögensverwaltung beschränkt und die nicht die Aufgaben der Konzernleitung wahrnehmen.

29) Für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen gelten nach § 1 Abs. 3 und 4 PublG besondere Grössemerkmale.

konzernleitungen), für ihren Konzernbereich (Teilkonzern) Rechnung zu legen, sofern für den Teilkonzern die oben genannten Grössenmerkmale zutreffen. Wenn die Teilkonzernleitung eine AG oder KGaA mit Sitz im Inland ist, besteht die Pflicht zur Rechnungslegung nach § 330 AktG. Schliesslich besteht noch für Gesellschaften mit beschränkter Haftung und bergrechtliche Gewerkschaften, die über eine AG oder KGaA herrschen, die Verpflichtung zur Teilkonzernrechnungslegung nach § 28 Abs. 2 EGAktG.

Die Vorschriften über die Verpflichtung zur Aufstellung von Teilkonzernabschlüssen gehen - abgesehen von § 28 Abs. 2 EGAktG - sämtlich von Unterordnungskonzernen aus. Die Regelungen müssen jedoch für Teilkonzerne in Gleichordnungskonzernen entsprechend gelten.³⁰⁾

Die Aufstellung von Teilkonzernabschlüssen kann unterbleiben, wenn die inländische Konzernleitung so wie eine Obergesellschaft nach §§ 329 ff AktG Rechnung legt (§ 330 Abs. 1 S. 3) oder wenn die ausländische Konzernleitung einen Konzernabschluss im Bundesanzeiger bekannt macht, der nach den Grundsätzen der §§ 331 bis 333 AktG aufgestellt und von Wirtschaftsprüfern geprüft ist (§§ 330 Abs. 2 AktG, 11 Abs. 3 PublG).³¹⁾

30) So auch Baumbach-Hueck, § 330 Anm. 6.

31) Nach § 11 Abs. 3 PublG muss der ausländische Konzernabschluss auch noch nach den Grundsätzen des § 329 Abs. 2 AktG aufgestellt sein.

4. Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis ist bei allen inländischen Gesamt- und Teilkonzernabschlüssen nach § 329 Abs. 2 AktG abzugrenzen.³²⁾ Danach sind grundsätzlich alle Konzernunternehmen einzubeziehen, die ihren Sitz im Inland haben und deren Anteile zu mehr als der Hälfte Konzernunternehmen gehören. Von der Einbeziehung kann jedoch abgesehen werden, wenn die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des Konzerns wegen der geringen Bedeutung des Unternehmens dadurch nicht beeinträchtigt wird. Dagegen besteht ein Konsolidierungsverbot, wenn die Einbeziehung den Aussagewert des Konzernabschlusses beeinträchtigen würde.

Andere Konzernunternehmen können freiwillig in den Konzernabschluss einbezogen werden. In erster Linie kommen dafür Konzernunternehmen mit Sitz im Ausland in Betracht, es kann sich aber auch um Unternehmen handeln, deren Anteile nicht zu mehr als der Hälfte Konzernunternehmen gehören. Inländische Unternehmen dieser Art müssen einbezogen werden, wenn ihre Einbeziehung zu einer anderen Beurteilung der Vermögens- und Ertragslage des Konzerns führt. Fraglich ist dagegen, ob eine Mindestbeteiligungshöhe zur Voraussetzung einer freiwilligen Einbeziehung gemacht werden kann.³³⁾ Das Erfordernis einer bestimmten Mindestbeteiligung lässt sich wohl nicht begründen, eine Grenze ergibt sich jedoch aus dem allgemeinen Konsolidierungsverbot, wonach von einer Einbeziehung ab-

32) vgl. §§ 13 Abs. 2 PublG, 330 Abs. 1 S. 1 u. 2, Abs. 2 S. 1 AktG, 28 Abs. 1 u. 2 EGAktG.

33) vgl. dazu Havermann in WP-Hb. 1968 S. 680.

zusehen ist, wenn der Aussagewert des Konzernabschlusses beeinträchtigt würde.

5. Stichtag des Konzernabschlusses

Der Konzernabschluss (Teilkonzernabschluss) ist grundsätzlich auf den Stichtag des Jahresabschlusses der Konzernleitung (Teilkonzernleitung) aufzustellen. Von diesem Grundsatz kann jedoch abgewichen werden, wenn eines der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen einen abweichenden Bilanzstichtag hat und die Wahl des abweichenden Stichtags der Klarheit und Übersichtlichkeit des Konzernabschlusses dient. Der Konzernabschluss und der Konzerngeschäftsbericht sind in den ersten fünf Monaten nach dem Stichtag des Konzernabschlusses aufzustellen (§§ 329 Abs. 1 AktG, 13 Abs. 1 PublG).

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sollen denselben Abschlussstichtag haben, bei abweichendem Abschlussstichtag müssen sie einen Zwischenabschluss für den Stichtag und den Zeitraum des Konzernabschlusses aufstellen (§§ 331 Abs. 3 AktG, 13 Abs. 2 PublG).³⁴⁾

6. Prüfung von Konzernabschluss und Konzerngeschäftsbericht

Der Konzernabschluss (Teilkonzernabschluss) ist unter Einbeziehung des Konzerngeschäftsberichts (Teilkonzerngeschäftsberichts) von sachverständigen Prüfern (Kon-

³⁴⁾ Nach der amerikanischen Konsolidierungspraxis dürfen die Stichtage der für die einbezogenen Unternehmen zugrundegelegten Abschlüsse bis zu drei Monaten vom Stichtag des Konzernabschlusses abweichen, vgl. Dreger S. 39 f.

zernabschlussprüfern) zu prüfen. Die Prüfung hat sich insbesondere darauf zu erstrecken, ob die Vorschriften über den Konzernabschluss beachtet sind, ob der Konzerngeschäftsbericht die vorgeschriebenen Angaben enthält und ob nicht die sonstigen Angaben im Bericht eine falsche Vorstellung von der Lage des Konzerns und der Konzernunternehmen erwecken. Ferner sind die dem Konzernabschluss zugrundegelegten Einzelabschlüsse darauf zu prüfen, ob sie den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung entsprechen (§§ 336 AktG, 14 PublG).

7. Konsolidierungsgrundsätze für die Konzernbilanz

Der Arbeitsgang der Erstellung des Konzernabschlusses ist wie folgt: Mangels einer integrierten Konzernbuchführung muss der Konzernabschluss aus den Einzelabschlüssen der Konzernleitung und der anderen einbezogenen Konzernunternehmen abgeleitet werden.³⁵⁾ Durch Addition der gleichnamigen Posten der Einzelabschlüsse wird zunächst ein Summenabschluss erstellt.³⁶⁾ Anschliessend werden die internen Einflüsse aus dem Summenabschluss ausgeschaltet, so dass nur die Posten mit externem Bezug übrig bleiben.

Die Vorschriften des § 331 AktG zur Konzernbilanz, die auch für die nach dem PublG aufzustellenden Konzernabschlüsse gelten (§ 13 Abs. 2 PublG), gehen von

35) Insoweit kann man von einer generellen Massgeblichkeit der Einzelabschlüsse für den Konzernabschluss sprechen.

36) So die Terminologie von Busse von Colbe/Ordelheide, S. 27; zu den Arbeitsgängen und der Technik vgl. Dreger, S. 45 ff. Danach werden insbesondere die Horizontalmethode, die Vertikalmethode, die Agglomerationsmethode und die Separationsmethode unterschieden.

den gegebenen Verhältnissen aus und bestimmen dementsprechend, dass die Einzelabschlüsse in der Konzernbilanz unter Beachtung bestimmter Konsolidierungsgrundsätze zusammenzufassen sind. Die vom Gesetzgeber aufgestellten Grundsätze betreffen

- (a) die Kapitalkonsolidierung (§ 331 Abs. 1 Nr. 1 - 3 AktG),
- (b) die Schuldenkonsolidierung (§ 331 Abs. 1 Nr. 4 AktG),
- (c) und die Zwischengewinneliminierung (§ 331 Abs. 2 AktG).

Nach Aufstellung der Summenbilanz erfolgt die Kapitalkonsolidierung in der Weise, dass die aktivisch ausgewiesenen Anteile an den übrigen einbezogenen Unternehmen mit dem Eigenkapital dieser Unternehmen, bestehend aus dem Kapital und den offenen Rücklagen, saldiert werden. Wenn Anteile an dem einbezogenen Unternehmen auf konzernfremde Gesellschafter entfallen, ist ein der Beteiligungsquote des Konzernfremden entsprechender Anteil am Eigenkapital des Unternehmens in der Konzernbilanz gesondert als "Ausgleichsposten für Anteile im Fremdbesitz" auszuweisen. Nur der verbleibende Betrag des Eigenkapitals ist mit dem Wert der Anteile zu saldieren. In der Regel decken sich der Buchwert der Anteile und der Buchwert des Eigenkapitals nicht, so dass sich ein Differenzbetrag ergibt, der als Unterschiedsbetrag nach § 331 Abs. 1 Nr. 3 AktG (Konsolidierungsausgleichsposten) gesondert auszuweisen ist.³⁷⁾

³⁷⁾ Nach § 334 Abs. 3 Nr. 1 AktG sind im Konzerngeschäftsbericht Angaben über die Ursachen und den bilanzmässigen Charakter des Konsolidierungsausgleichspostens zu machen.

Die Schuldkonsolidierung erfolgt durch Saldierung der Forderungen und Verbindlichkeiten, die zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen bestehen. Durch die Zwischengewinneliminierung wird der Wertansatz von bestimmten Vermögensgegenständen, die ganz oder teilweise konzerninterne Lieferungen oder Leistungen darstellen, berichtigt.³⁸⁾

8. Gliederungsvorschriften

Für die Gliederung der Konzernbilanz gelten im wesentlichen die Vorschriften der §§ 151, 152 AktG über die Gliederung der Jahresbilanz der Aktiengesellschaft, es sei denn, dass ihre Eigenart Abweichungen bedingt (§ 331 Abs. 4 AktG).³⁹⁾ Die Gliederungsvorschriften, die der Bilanzklarheit und der Kontinuität des Ausweises dienen, sind von zwingender Natur.⁴⁰⁾ Vom Schema des § 151 AktG abweichende Gliederungen sind - unbeschadet einer weiteren Untergliederung - nur zulässig, wenn der Geschäftszweig eine abweichende Gliederung bedingt (§ 151 Abs. 1 S. 1 AktG).⁴¹⁾ Bei abweichender Gliederung ist es jedoch unabdingbar, dass die Klarheit und Übersichtlichkeit der Konzernbilanz gemäss § 149 AktG gewahrt bleibt.⁴²⁾

³⁸⁾ vgl. dazu unten S. 76 ff.

³⁹⁾ Abweichungen auf Grund der Eigenart der Konzernbilanz ergeben sich zum Beispiel bei den "Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz" und den "Konsolidierungsausgleichsposten" nach § 331 Abs. 1 Nr. 2, 3 AktG.

⁴⁰⁾ vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 151 Anm. 1.

⁴¹⁾ Praktisch sind für sämtliche Geschäftszweige dieser Art Formblätter vorgeschrieben, vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 151 Anm. 8.

⁴²⁾ vgl. Kropff, S. 445.

Das aktienrechtliche Gliederungsschema ist für die Konzernbilanz auch dann massgebend, wenn die zugrundegelegten Einzelabschlüsse von diesem Schema in zulässiger Weise abweichen.⁴³⁾ Die Zuordnung zu den einzelnen Posten des Gliederungsschemas ist aus der Sicht des Konzerns als wirtschaftliche Einheit zu beurteilen.⁴⁴⁾ Infolgedessen können bei der Aufstellung der Konzernbilanz Umgliederungen erforderlich sein, weil

- (a) die Gliederung der Einzelabschlüsse nicht dem aktienrechtlichen Schema entspricht oder
- (b) die Zuordnung der Posten aus der Sicht des Konzerns anders zu beurteilen ist als aus der Sicht des Einzelunternehmens.

Da die Aufteilung der Vorräte in Rohstoffe, unfertige und fertige Erzeugnisse aus der Sicht des Konzerns besonders problematisch ist, hat der Gesetzgeber wahlweise den Ausweis in einem Posten zugelassen (§ 331 Abs. 4 S. 2 AktG).

43) So auch Havermann in WP-Hb. 1968 S. 680; Arbeitskreis Chemie, S. 31; dagegen sind Klein, Konzernabschluss, S. 14, und Mellerowicz, Beiträge zur Aktienrechtsreform, S. 231, der Ansicht, die Gliederung des Einzelabschlusses sei von der Konzernbilanz beizubehalten (formelle Massgeblichkeit), Baumbach-Hueck, § 331 Anm. 31, vertritt wohl eine ähnliche Ansicht, wenn er meint, weitere Unterschiede bei der Gliederung könnten sich daraus ergeben, dass in den Konzernabschluss einzubeziehende Unternehmen nicht an die Bilanzierungsvorschriften des AktG gebunden sind. Er meint die Eigenart der Konzernbilanz mache in derartigen Fällen eine Abweichung erforderlich.

44) So auch Havermann in WP-Hb. 1968, S. 680; Arbeitskreis Chemie, S. 31. Der Gesetzgeber hat nicht vorgeschrieben, dass die Einzelabschlüsse dem aktienrechtlichen Gliederungsschema entsprechen müssen, sondern dass dieses Schema für den Konzernabschluss gilt.

9. Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften

Als Bilanzierungsvorschriften werden die Vorschriften über den Inhalt der einzelnen Bilanzposten bezeichnet, also die Aktivierungs- und Passivierungsgebote, -verbote und -wahlrechte. Das Aktiengesetz regelt die Bilanzierungsfähigkeit oder Bilanzierungspflicht nur für einige Ausnahmefälle,⁴⁵⁾ eine allgemeine Regelung der Bilanzierungspflicht oder -fähigkeit gibt es dagegen weder im AktG noch im HGB. Diese Fragen sind daher gemäss § 38 Abs. 1 HGB nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung zu beurteilen.⁴⁶⁾

Die allgemeinen handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften sind in § 40 HGB enthalten, ergänzend gelten auch hier gemäss § 38 Abs. 1 HGB die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung. Für die Bilanz von AG und KGaA enthalten ausserdem die Vorschriften der §§ 153 - 156 AktG detaillierte Bewertungsvorschriften, wodurch Wertober- und Untergrenzen bestimmt und zahlreiche Bewertungswahlrechte eingeräumt werden.

Für die Konzernbilanz schreibt § 331 Abs. 1 Nr. 1 AktG vor:

An die Stelle der Anteile an den übrigen einbezogenen Unternehmen treten die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rücklage-

45) vgl. §§ 153 Abs. 3 - 5, 156 Abs. 3, 348 Abs. 2 AktG; § 152 Abs. 7, 9 AktG enthält Bilanzierungsverbote, jedoch keine Bilanzierungsgebote oder -wahlrechte, vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 152 Anm. 157, 184.

46) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 30.

anteil, Rückstellungen, Wertberichtigungen und Rechnungsabgrenzungsposten aus den Bilanzen dieser Unternehmen, und zwar, soweit nicht nach Absatz 2 ein niedrigerer Wert anzusetzen ist, mit den in diesen Bilanzen eingesetzten Werten.

Anders als im Fall der Gliederungsvorschriften enthält § 331 Abs. 4 AktG keine Verweisung auf die allgemeinen aktienrechtlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften der §§ 153 - 156 AktG. Daher wird aus dem Wortlaut des § 331 Abs. 1 Nr. 1 AktG der Schluss gezogen, dass die Konzernleitung verpflichtet ist, bei der Aufstellung der Konzernbilanz die Posten und Wertansätze der Einzelbilanzen zu übernehmen.⁴⁷⁾ Dieser Grundsatz wird als Massgeblichkeitsprinzip bezeichnet. Die strenge Bindung der Konzernbilanz an die Einzelbilanzen führt dazu, dass die Existenz von Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften für die Konzernbilanz geleugnet wird.⁴⁸⁾

Das Massgeblichkeitsprinzip wird jedoch durch § 331 Abs. 2 AktG durchbrochen. Nach dieser Vorschrift dürfen bestimmte Vermögensgegenstände, die ganz oder teilweise konzerninterne Lieferungen oder Leistungen darstellen, höchstens zu den sog. Konzernanschaffungs- oder -herstellungskosten angesetzt werden, d.h. die konzerninternen Zwischengewinne müssen eliminiert werden.

47) vgl. Havermann in WP-Hb. 1968 S. 686 ff; Baumbach-Hueck, § 331 Anm. 4; Peupelmann, DB 1965 S. 1786; Schirm, DB 1966 S. 1573; Heine, WPg 1967 S. 121; Dreger, S. 136 f.

48) So Havermann in WP-Hb. 1968 S. 687.

VI. Hauptprobleme, Ziel und Plan der Untersuchung

Die weitere Untersuchung gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil beschäftigt sich mit der allgemeinen Regelung der Bewertung in der Konzernbilanz, der zweite mit der Eliminierung von Zwischengewinnen im Vorratsvermögen.

Bei der Untersuchung der allgemeinen Regelung der Bewertung in der Konzernbilanz geht es zunächst darum, die Grenzen des sog. Massgeblichkeitsprinzips abzu- stecken. Da der Konzernabschluss die Rechenschafts- legung der Konzernleitung darstellt, ist die Konzern- leitung und nicht etwa die Organe der Einzelunterneh- men für den Inhalt des Konzernabschlusses verantwort- lich. Die Konzernleitung darf daher die Posten und Wertansätze der Einzelabschlüsse nicht unbesehen über- nehmen, sondern muss sich von deren Zulässigkeit über- zeugen. Daher ist insbesondere zu untersuchen, nach welchen Massstäben diese Beurteilung vorzunehmen ist.

Nach Feststellung der Mindestanforderungen, die für die Übernahme der Ansätze der Einzelbilanzen gelten, soll untersucht werden, ob das Massgeblichkeitsprin- zip durch eine einschränkende Auslegung von § 331 Abs. 1 Nr. 1 AktG abgeschwächt werden kann. Die Übernahme der Ansätze der Einzelbilanzen kann nämlich dazu füh- ren, dass in der Konzernbilanz ein unentwirrbares Kon- glomerat von Bewertungsmethoden und -wahlrechten ent- steht.

Bei der Untersuchung der Zwischengewinneliminierung ist zunächst zu klären, welche Bewertungskonzeption der Vorschrift des § 331 Abs. 2 AktG zugrundeliegt.

Die Ansichten darüber gehen weit auseinander. Anschließend ist zu untersuchen, welche Gegenstände des Vorratsvermögens der Zwischengewinneliminierung unterliegen und wie die Konzernanschaffungs- und -herstellungskosten zu ermitteln sind.

Im dritten Teil wird abschliessend der Einfluss der Bewertungsänderungen auf das Konzernergebnis dargestellt und untersucht, welche Anforderungen an die Erläuterung der Bewertung im Konzerngeschäftsbericht zu stellen sind.

Teil I

Die allgemeine Regelung der Bewertung in der Konzernbilanz

B. Grundsätze für die Übernahme der Wertansätze der Einzelbilanzen

Zu einer Begrenzung des Massgeblichkeitsprinzips können verschiedene Vorschriften herangezogen werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Verweisung auf § 149 AktG durch § 331 Abs. 4 AktG. Nach § 149 Abs. 1 AktG hat der Jahresabschluss den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung zu entsprechen. Ferner ist er klar und übersichtlich aufzustellen und er muss im Rahmen der Bewertungsvorschriften einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft geben. Diese Vorschrift ist von zwingender Natur.¹⁾ Ferner wird in § 149 Abs. 2 AktG auf die handelsrechtlichen Vorschriften über die Handelsbücher verwiesen und damit insbesondere auf die Be-

1) vgl. Baumbach-Hueck, § 149 Anm. 2.

wertungsvorschriften des § 40 HGB.

Darüber hinaus ist aus § 336 Abs. 3 AktG zu entnehmen, dass die dem Konzernabschluss zugrundegelegten Einzelabschlüsse den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung entsprechen müssen. Es wird auch zu prüfen sein, ob die Einzelabschlüsse etwaigen gesetzlichen Sondervorschriften entsprechen müssen.

Zunächst ist jedoch zu untersuchen, ob für die Konzernbilanz auf Grund der Verweisungen in § 149 AktG bestimmte Bewertungsvorschriften gelten.

I. Gelten für die Konzernbilanz bestimmte Bewertungsvorschriften?

1. Die Bewertungsvorschriften im Sinne von § 149 Abs. 1 S. 2 AktG

Nach §§ 331 Abs. 4, 149 Abs. 1 S. 2 AktG muss der Konzernabschluss im Rahmen der Bewertungsvorschriften einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage des Konzerns geben. Wenn in § 149 Abs. 1 S. 2 AktG bestimmte Bewertungsvorschriften gemeint sind, gelten sie auch für die Konzernbilanz.

Die Vorschrift des § 149 AktG entspricht § 129 AktG 1937. Lediglich der Hinweis auf die Bewertungsvorschriften ist neu.

Da durch die neuen aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften ein Bewertungsspielraum eingeräumt wurde, hielt der Gesetzgeber eine Vorschrift über die allgemeinen Anforderungen, die bei der Ausübung der Bewer-

tungswahlrechte zu beachten sind, für erforderlich.²⁾
Zu diesem Zweck wurde der fragliche Passus hinzugefügt.

Der Hinweis hat also lediglich die allgemeine Bedeutung, dass Bewertungswahlrechte so auszuüben sind, dass ein möglichst sicherer Einblick in die Vermögens- und Ertragslage gegeben ist. Die Bestimmung stellt nur einen allgemeinen Grundsatz auf und verweist nicht auf bestimmte Bewertungsvorschriften.³⁾

2. Wertansätze nach § 40 Abs. 2 HGB

§ 149 Abs. 2 AktG verweist auf § 40 Abs. 2 HGB. Danach sind die Vermögensgegenstände in der Bilanz mit dem Wert anzusetzen, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist. Nach allgemeiner Auffassung enthält diese Vorschrift keinen bestimmten Wertbegriff, sondern verlangt lediglich den Ansatz von Werten, die zu einer fachgerechten Bilanz führen.⁴⁾

2) vgl. Kropff, S. 219.

3) Baumbach-Hueck, § 149 Anm. 1, wonach durch den neuen Hinweis auf die Bewertungsvorschriften keine materielle Änderung gegenüber dem AktG 1937 eingetreten ist. A.A. ist Albach, NB 1966 S. 180, der meint, unter den Bewertungsvorschriften im Sinne des § 149 Abs. 1 S. 2 AktG seien ausschliesslich die neuen aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften zu verstehen.

4) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 97; Baumbach-Duden, § 40 Anm. 2 A. Insbesondere kann aus dieser Vorschrift nicht die Zulässigkeit des Ansatzes von Tageswerten (Wiederbeschaffungskosten) hergeleitet werden, vgl. dazu auch unten S. 40f.

II. Beurteilung der Wertansätze nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung

Die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung sind für die Konzernbilanz in zweifacher Hinsicht massgebend:

- (a) zunächst müssen die dem Konzernabschluss zugrundegelegten Einzelabschlüsse den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung entsprechen, das ergibt sich aus § 336 Abs. 3 AktG;
- (b) ausserdem muss der Konzernabschluss selbst den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung entsprechen (§§ 331 Abs. 4, 149 Abs. 1 S. 1 AktG).

Hier soll nur der erste Punkt untersucht werden.⁵⁾ Dabei sind zunächst Begriff und Rechtsnatur der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung zu klären. Anschliessend sollen die einzelnen Grundsätze, die für die Bilanzierung und Bewertung des Vorratsvermögens von Bedeutung sind, erörtert werden.

1. Begriff und Rechtsnatur der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung

a) Begriff der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung

Der Begriff der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung wird unterschiedlich definiert. So findet sich zum Beispiel die Definition, bei dem Begriff "Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung" handele es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff,⁶⁾ der Begriff wird aber auch aus wirtschaftlicher Sicht definiert. Danach handelt es sich bei den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung um das System der kaufmännischen Regeln für Buchführung

⁵⁾ Zum zweiten Punkt vgl. unten S. 74 ff.

⁶⁾ vgl. Leffson, S. 2; Kruse, S. 104 ff mit weiteren Hinweisen. Kruse verwendet daneben auch den gleichbedeutenden Begriff der "Generalklausel".

und Abschluss.⁷⁾ Der Aussagewert dieser beiden Begriffsbestimmungen wird deutlich, wenn man sich die beiden Methoden der juristischen Begriffsbildung vergewärtigt.

Die Methode der isolierenden Abstraktion dient hauptsächlich der Entwicklung von rechtstechnischen Begriffen und rechtsdogmatischen Systemen. Der konkrete Bedeutungsinhalt von abstrakt-allgemeinen Begriffen ist in der Regel gering, dafür aber fest umrissen.⁸⁾ Die andere Methode besteht in der Bildung von rechtlichen Typen, die den rechtlichen Gehalt von typischen Lebensverhältnissen erfassen. Der Typus vermittelt ein Gesamtbild, das in den Einzelheiten jedoch unscharf bleibt.⁹⁾ Die der nachbildenden Beschreibung dienenden Begriffe werden von Larenz als konkret-allgemeine Begriffe bezeichnet.

Die oben genannten Definitionen für den Begriff der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung sind nach diesen beiden Methoden aufgestellt worden. Die Bezeichnung "unbestimmter Rechtsbegriff" ist ein abstrakt-allgemeiner Begriff, der der Klassifizierung von Tatbestandselementen einer Rechtsnorm dient. Demgegenüber vermittelt die Definition als "System der kaufmännischen Regeln für Buchführung und Abschluss" konkrete Vorstellungen vom Bedeutungsinhalt des Begriffs.

-
- 7) vgl. Leffson, S. 2. Nach allgemeiner Auffassung fallen unter den Begriff der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung sowohl die Grundsätze, die die Buchführung im engeren Sinne betreffen, als auch die Grundsätze für die Bilanzierung, vgl. Leffson, aaO; Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 20.
- 8) Zur Begriffs- und Systembildung durch isolierende Abstraktion vgl. Larenz, Methodenlehre, S. 412 ff.
- 9) vgl. Larenz, Methodenlehre, S. 423 ff., 440.

Die beiden Definitionen schliessen sich also nicht gegenseitig aus, sondern ergänzen einander. Während das Stichwort "unbestimmter Rechtsbegriff" die Vorstellung von einer Vielzahl von Auslegungsmöglichkeiten erweckt, führt der Typus zur Vorstellung der üblichen Gepflogenheiten und damit zu einer Einschränkung der Auslegungsmöglichkeiten. Von besonderem Interesse für das Verständnis der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung ist der Hinweis von Larenz,¹⁰⁾ dass Typen, die noch nicht durch den Filter einer gesetzlichen Regelung gegangen sind, sich in der Regel besonders eng an die realen Lebensverhältnisse anlehnen, und dass bei ihrer Auslegung die Rechtstatsachenforschung, die soziologische Betrachtungsweise unentbehrlich ist.

b) Rechtsnatur der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung

Zur Rechtsnatur der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung sind in der Vergangenheit sehr unterschiedliche Auffassungen vertreten worden, nach der herrschenden Meinung handelt es sich um Handelsbräuche,¹¹⁾ nach anderen Auffassungen um Rechtsnormen, abgeleitete Rechtsnormen, Verkehrsanschauungen oder anderes mehr.¹²⁾ Kruse¹³⁾ hat überzeugend dargelegt, dass die Diskussion über die Rechtsnatur der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung nicht wie bisher unter Ausschliesslichkeitsgesichtspunkten geführt werden darf. Er hat nachgewiesen, dass einzelne Grundsätze Rechtsnormen, andere

10) vgl. Methodenlehre, S. 432.

11) vgl. dazu Kruse, S. 52 ff.

12) vgl. dazu die Übersicht bei Kruse, S. 5 ff.

13) vgl. die Zusammenfassung des ersten Teils, S. 100 ff.

Gewohnheitsrecht und wieder andere Handelsbräuche, Verkehrssitten oder Verkehrsanschauungen darstellen können.¹⁴⁾ Die Ansicht, die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung seien aus § 38 HGB abgeleitete Rechtsnormen und damit zwingendes Recht,¹⁵⁾ ist dagegen unzutreffend. Ausserrechtliche Normen können vom Gesetzgeber nicht in toto rezipiert werden, denn dadurch würde die Gesetzgebung auf verfassungsmässig nicht dazu berufene Organe übertragen.¹⁶⁾ Infolgedessen kann jeweils nur zur Rechtsnatur von einzelnen Grundsätzen eine Aussage gemacht werden.

Daher kann an dieser Stelle lediglich ein Überblick über die möglichen Quellen von Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung und ihre rechtliche Bedeutung gegeben werden. Die Quellen lassen sich in folgende Rangordnung einteilen:

- (a) Gesetz, Verordnung, Gewohnheitsrecht,
- (b) Verkehrssitte, Handelsbrauch,
- (c) Verkehrsanschauung,
- (d) Natur der Sache.

Nach der herrschenden Rechtsquellendoktrin haben nur die zur Gruppe (a) gehörigen Grundsätze Rechtsnorm-

14) Es ist dem Gesetzgeber, insbesondere zur Beseitigung von Missständen, unbenommen, einzelne Grundsätze zu fixieren. Andere Grundsätze, wie z.B. die Zulässigkeit der Loseblattbuchführung, können Gewohnheitsrecht werden, vgl. dazu Kruse, S. 42. Mangels eines abschliessenden Katalogs der Grundsätze bleibt der Begriff der GoB aber gleichwohl ein unbestimmter Rechtsbegriff.

15) So Leffson, S. 2, der der Ansicht ist, die aus den Zwecken der Buchführung und des Jahresabschlusses deduktiv abgeleiteten Grundsätze seien Kraft § 38 HGB verbindliche Rechtsnormen. Ähnlich Döllerer, WPg 1959 S. 653.

16) Die ausserrechtlichen Normen sind jedoch bei der Gesetzesauslegung, insbesondere der Auslegung von unbestimmten Rechtsbegriffen von grosser Bedeutung, vgl. dazu unten S. 31 f.

charakter.¹⁷⁾ Gewohnheitsrecht wird erzeugt durch den in einer tatsächlichen Übung zutage tretenden Geltungswillen, dass die Übung als Recht gelten soll (Geltungswille).¹⁸⁾ Bei den Verkehrssitten und Handelsbräuchen handelt es sich gleichfalls um tatsächliche Übungen, jedoch fehlt der Geltungswille. Sie sind oft eine Vorstufe des Gewohnheitsrechts, so dass eine Abgrenzung schwierig sein kann.¹⁹⁾ Verkehrsanschauungen sind dagegen die Durchschnittsmeinung der beteiligten Kreise bei der Beurteilung von Angelegenheiten der fraglichen Art.²⁰⁾ Der Verkehrsanschauung liegt keine tatsächliche Übung zugrunde, sie kann sich jedoch durch tatsächliche Übung zur Verkehrssitte bzw. zum Handelsbrauch verfestigen.

Als Natur der Sache wird die den Lebensverhältnissen innewohnende Ordnung, ihre sachlogische Struktur bezeichnet.²¹⁾ Die Ableitung von Sätzen aus der Natur der Sache entspricht der von Leffson²²⁾ vertretenen Methode der deduktiven Ableitung der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung aus den Zwecken von Buchführung und Abschluss.

-
- 17) vgl. Lehmann-Hübner, S. 13 ff; Larenz, Allgemeiner Teil des BGB, S. 5 ff; Enneccerus-Nipperdey § 32 II; Lange § 7 I 1. Die Begriffe Rechtsquelle und Rechtsnorm werden meistens gleichbedeutend gebraucht. Rechtsquelle ist der erfahrungsmässige Erkenntnisgrund für etwas als Recht, vgl. Kruse, S. 16 mit weiteren Hinweisen.
- 18) vgl. Lehmann-Hübner, S. 21. Zur Feststellung von Gewohnheitsrecht vgl. Larenz, Methodenlehre, S. 338 ff.
- 19) vgl. Lehmann-Hübner, S. 26.
- 20) vgl. RGZ 69, 150 (153); Kruse, S. 60 mit weiteren Hinweisen.
- 21) vgl. dazu Larenz, Methodenlehre, S. 388 ff mit weiteren Hinweisen; Kruse, S. 91 f, mit weiteren Hinweisen.
- 22) vgl. S. 48.

2. Die Bestimmung von Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung

Für die Praxis ergibt sich die Frage, inwieweit ein Satz, der als Verkehrssitte (Handelsbrauch) oder Verkehrsanschauung festgestellt oder aus der Natur der Sache abgeleitet wurde, von dem Rechtsanwendenden im Einzelfall zu berücksichtigen ist. Bei den Grundsätzen mit Rechtsnormcharakter ist die Lage unproblematisch, da sie rechtlich verbindlich sind; den übrigen Sätzen kommt jedoch kein allgemeiner Geltungsanspruch zu. Ferner ergibt sich die Frage, wie zu verfahren ist, wenn sich zum Beispiel ein Handelsbrauch und der aus der Natur der Sache abgeleitete Satz widersprechen oder wenn aus dem Gesetz und dem Zweck der Buchführung unterschiedliche Ziele entnommen und daraus widersprüchliche Sätze abgeleitet werden.

Bei der Beantwortung dieser Fragen ist davon auszugehen, dass die Bedeutung des unbestimmten Rechtsbegriffs vor einer Anwendung auf den Einzelfall konkretisiert werden muss. Dazu stehen die allgemein verwendeten Rechtsauslegungs- und -fortbildungsmethoden²³⁾ zur Verfügung.²⁴⁾ Die Auslegung von unbestimmten Rechtsbegriffen richtet sich vor allem nach teleologischen Kriterien und der Natur der Sache.²⁵⁾ Da die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung zumeist ethisch wertneu-

23) Zur Verschmelzung der Rechtsauslegungs- und Rechtsfortbildungsmethoden vgl. Kruse, S. 181 ff.

24) Der Richter verwendet dieselben Methoden wie andere Rechtsanwendende. Jedoch ist die richterliche Entscheidung Rechtsfindung für den Einzelfall, während andere Rechtsanwendende lediglich voraussagen, was der Richter gegebenenfalls für Recht erkennen würde, vgl. Leffson, S. 42; Kruse, S. 189.

25) vgl. dazu Larenz, Methodenlehre, S. 315 ff, 388 ff.

tral sind, wird sich die Auslegung vor allem nach Zweckmässigkeits- und Kontinuitätsgesichtspunkten richten.²⁶⁾

Infolgedessen ist unter Umständen ein erheblicher Entscheidungsspielraum gegeben, da der Richter aus der Fülle der Wertmasssstäbe diejenigen auswählen kann, der ihm besonders wichtig erscheint.²⁷⁾

Diese Entscheidungsfreiheit wird jedoch dadurch, dass bei der Rechtsauslegung die Verkehrssitten (Handelsbräuche) und Verkehrsanschauungen zu berücksichtigen sind, eingeschränkt. Die Berücksichtigung der Verkehrssitten (Handelsbräuche) und Verkehrsanschauungen bei der Auslegung von Verträgen und Willenserklärungen wird in zahlreichen Vorschriften normiert.²⁸⁾ Sie müssen auch bei der Auslegung von Gesetzen berücksichtigt werden.²⁹⁾

Die Verkehrssitten (Handelsbräuche) und Verkehrsanschauungen dürfen aber nur insoweit beachtet werden, als sie mit den Wertmasssstäben der Rechtsordnung im Einklang stehen.³⁰⁾ Wenn jedoch beachtliche Verkehrssitten (Han-

26) vgl. Kruse, S. 147.

27) vgl. dazu Larenz, Methodenlehre, S. 320; Kruse, S. 133.

28) vgl. z.B. §§ 119 Abs. 2, 157, 242 BGB, 346 HGB.

29) Die Berücksichtigung der Verkehrsanschauung bei der Gesetzesauslegung wird in einigen Vorschriften ausdrücklich vorgeschrieben, z.B. in § 97 Abs. 1 S. 2 BGB für die Zubehöreeigenschaft, und entspricht der Praxis, vgl. Kruse, S. 112 m.w.H.; die Auslegungsfunktion der Verkehrssitten (Handelsbräuche) wird jedoch kaum einmal angedeutet, vgl. Kruse, S. 86 f, 111; Larenz, S. 257 ff, 264 f. Lehmann-Hübner, S. 26 weist darauf hin, dass die Verkehrssitte nach der herrschenden Lehre den ergänzenden Vorschriften des Gesetzes grundsätzlich vorgeht.

30) vgl. Larenz, Allgemeiner Teil, S. 11, ähnlich Lehmann-Hübner, S. 26. Eine missbräuchliche Bilanzierungspraxis ist daher unbeachtlich, vgl. Kruse, S. 71 f m.w.H.

delsbräuche) vorliegen, vertrauen die Verkehrsteilnehmer in der Regel auf die Beachtung dieser Sitten. Da ihr Vertrauen geschützt wird,³¹⁾ sind die Handelsbräuche und Verkehrsanschauungen bei der Rechtsauslegung grundsätzlich zu beachten.³²⁾

Danach kommt im Bereich der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung eine Abweichung von Handelsbräuchen oder Verkehrsanschauungen nur dann in Betracht, wenn die Abweichung aus der Natur der Sache, das heisst aus den Zwecken von Buchführung und Abschluss, vernünftig begründet werden kann. Ergeben sich aus der Natur der Sache keine gewichtigen Gründe gegen einen Handelsbrauch oder eine Verkehrsanschauung, so ist er zu befolgen.³³⁾ Diese Auffassung kommt auch in den Richtlinien für die Berufsausübung der Wirtschaftsprüfer, die gemäss § 57 Abs. 1 Wirtschaftsprüferordnung³⁴⁾ von der Wirtschaftsprüferkammer festgestellt wurden, zum Ausdruck. Nach II Nr. 2 der Richtlinien soll ein Wirtschaftsprüfer ohne gewichtige Gründe nicht von Fachgutachten oder Stellungnahmen der Fachausschüsse des Instituts der Wirtschaftsprüfer, die die Berufsauffassung zu Bilanzierungsfragen darlegen, abweichen.³⁵⁾

31) vgl. Larenz, Allgemeiner Teil, S. 10.

32) Gegebenenfalls kann auch die Offenbarung, dass ein bestimmter Handelsbrauch nicht beachtet wurde, genügen, da die Vertrauensbasis dadurch beseitigt wird.

33) vgl. Kruse, S. 189. Wenn man in Ausnahmefällen dennoch Abweichungen zulassen will, dürfte eine Offenlegung unabdingbar sein.

34) BGBl I, 1961, S. 1049.

35) vgl. auch Fachgutachten des IdW 1/1967 C III., WPg 1967, S. 158 ff.

Widersprechen sich Handelsbrauch und ein Satz, der aus der Natur der Sache abgeleitet wurde, dann muss es dem Kaufmann freigestellt sein, ob er der Bilanzierungspraxis folgen will oder dem deduktiv abgeleiteten Satz. In Fällen dieser Art ist also ein Wahlrecht anzuerkennen.³⁶⁾ Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass gerade in derartigen Fällen die Grenzen zwischen einer noch zulässigen Bilanzierungspraxis und einem missbräuchlichen Handelsbrauch, der keine Beachtung verdient, fliessend sind. Die Frage wird an Hand der Grundprinzipien geprüft,³⁷⁾ die selbst in dauernder Entwicklung begriffen sind und bei deren Gewinnung dem Richter ein erheblicher Beurteilungsspielraum zur Verfügung steht.³⁸⁾

In den Fällen schliesslich, wo aus der Natur der Sache unterschiedliche Grundsätze, die keiner bestimmten Bilanzierungspraxis oder Verkehrsanschauung entsprechen, abgeleitet werden können, bleibt der Entscheidungsspielraum des Richters bestehen. Der Richter kann sich im Streitfall für einen bestimmten Grundsatz entscheiden, er kann die Grundsätze aber auch wahlweise zulassen.

3. Die Beurteilung der Wertansätze der Einzelabschlüsse nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung

Die Konzernleitung muss sich also über die Rechtsnatur des jeweiligen Grundsatzes, den sie bei der Beurteilung von Wertansätzen der Einzelbilanzen anwendet, klar sein. Grundsätze mit Rechtsnormcharakter müssen befolgt werden. Wenn die Einzelabschlüsse davon abweichen, sind unbedingt entsprechende Berichtigungen erforderlich.

³⁶⁾ vgl. Kruse, S. 149, 186. Die Einräumung des Bilanzierungswahlrechts für Pensionsrückstellungen beruht auf einer ähnlichen Überlegung, vgl. BGHZ 34, 324 ff.

³⁷⁾ vgl. unten S. 36. ff.

³⁸⁾ vgl. oben S. 32.

Wenn der Grundsatz einem Handelsbrauch oder einer Verkehrsanschauung entspricht, sind Abweichungen nur auf Grund von gewichtigen Gründen zulässig. Bei Abweichungen, die nicht durch gewichtige Gründe gerechtfertigt erscheinen, sind entsprechende Berichtigungen vorzunehmen. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn sich aus der Natur der Sache ein abweichender Bilanzierungsgrundsatz ergibt. Da dem Kaufmann in Fällen dieser Art ein Bilanzierungswahlrecht zusteht, kann die Konzernleitung den Wertansatz der Einzelbilanz übernehmen.

Dagegen kann die Konzernleitung, wenn der Einzelabschluss einem aus der Natur der Sache entwickelten Grundsatz folgt, gegebenenfalls einem anderen aus der Natur der Sache abgeleiteten Grundsatz den Vorzug geben. Sie ist nicht an die Beurteilung des Einzelunternehmens gebunden, sondern muss selbst entscheiden, welchen Grundsatz sie für richtig hält. Daher sind gegebenenfalls entsprechende Berichtigungen vorzunehmen.³⁹⁾

Im folgenden wird daher ein Überblick über die wichtigsten in Betracht kommenden Grundsätze und ihre Rechtsnatur gegeben. Für die Bewertung und Bilanzierung von Vorratsvermögen sind insbesondere von Bedeutung:

- (a) die Grundsätze der Richtigkeit, Willkürfreiheit, Vollständigkeit und Klarheit,
- (b) das Anschaffungswertprinzip (Realisationsprinzip),
- (c) das Niederstwertprinzip (Imparitätsprinzip),

39) Andernfalls würde die Konzernleitung Bilanzansätze übernehmen, die nach ihrer Auffassung unrichtig sind. Der Entscheidungsspielraum der Konzernleitung, welchen Ansatz sie für richtig erkennen will, kann nicht von geringerem Umfang sein als der Entscheidungsspielraum des Richters, vgl. oben S. 34.

- (d) der Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes,
- (e) die Grundsätze für die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten,
- (f) die Grundsätze der Vorsicht und Stetigkeit.

a) Die Grundsätze der Richtigkeit, Willkürfreiheit, Vollständigkeit und Klarheit

Diese Grundsätze stellen in erster Linie Leitgedanken oder "rechtsethische Prinzipien"⁴⁰⁾ dar, die den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung insgesamt zugrunde liegen.⁴¹⁾ Das schliesst jedoch nicht aus, dass diese Grundsätze in Einzelfällen auch unmittelbare Bedeutung gewinnen können.

Der Grundsatz der Richtigkeit besagt, dass der Abschluss im Sinne der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung richtig und fachgerecht aufgestellt sein muss.⁴²⁾ Es handelt sich also um einen Leitgedanken, der vor einer unmittelbaren Anwendung weiterer Konkretisierung bedarf.

Der Grundsatz der Willkürfreiheit besagt, dass der Kaufmann nur solche Posten und Werte ansetzen darf, die aus realistischen und von ihm für zutreffend gehaltenen An-

40) Die Grundgedanken einer gesetzlichen Regelung werden auch mit diesem Begriff bezeichnet, vgl. Larenz, Methodenlehre, S. 315.

41) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, Anm. 21-26, 35-38; Baumbach-Hueck, § 149 Anm. 3; Leffson, S. 92, weist darauf hin, dass diese Grundsätze notwendige Bedingungen jeglicher Rechenschaft sind und die allgemeinsten Bedingungen jeglicher Informationsvermittlung darstellen.

42) vgl. Leffson, S. 106. Dieser Grundsatz wird auch als Grundsatz der Bilanzwahrheit bezeichnet, vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 26; nach Baumbach-Hueck, § 149 Anm. 3, entspricht der Grundsatz der Bilanzwahrheit eher dem Grundsatz der Vollständigkeit.

nahmen abgeleitet sind, so dass er persönlich die Ansätze für eine korrekte Wiedergabe der zugrundeliegenden Tatsachen hält.⁴³⁾ Daraus wird insbesondere abgeleitet, dass es unzulässig ist, Posten bewusst wegzulassen oder bewusst falsche Werte anzusetzen.⁴⁴⁾ Diese Gebote werden weiter konkretisiert durch den Grundsatz der Vollständigkeit und einzelne Grundsätze zur Bewertung.⁴⁵⁾

Der Grundsatz der Vollständigkeit, der insoweit Rechtsnormcharakter hat, verlangt nach § 40 Abs. 2 HGB die vollständige Erfassung aller Vermögensgegenstände, insbesondere die vollständige Erfassung der Mengen. Ferner verlangt er die vollständige Auswertung aller zugänglichen Informationen.⁴⁶⁾ Die vollständige Erfassung der Bestände des Vorratsvermögens ist nur gewährleistet, wenn eine Inventur durchgeführt und ein Inventar aufgestellt wird. Dieser Grundsatz ist in § 39 Abs. 2 S. 1, Abs. 3 HGB normiert.⁴⁷⁾ Die Grundform der Inventuraufnahme ist die Stichtagsinventur, ausserdem gestatten § 39 Abs. 3, 4 HGB die permanente Inventur und die vor- oder nachverlegte Stichtagsinventur.⁴⁸⁾ Wenn also z.B. bei der Prüfung der Ansätze der Einzelabschlüsse unrichtige Mengenerfassungen festgestellt werden⁴⁹⁾ oder Fehler bei der Auswertung der Inventur,⁵⁰⁾ müssen entsprechende Berichtigungen vorgenommen werden.

43) vgl. Leffson, S. 109.

44) vgl. Leffson, S. 132.

45) vgl. unten S. 38, 50 ff.

46) vgl. Leffson, S. 135 ff.

47) Fehlt ein ordnungsgemässes Inventar, so liegt darin ein schwerwiegender Systemfehler, durch den die Ordnungsmässigkeit des abgelaufenen und des folgenden Geschäftsjahres beeinträchtigt wird, vgl. BFH-Gutachten BStBl 1954 III S. 195; EStR Abschnitt 30 Abs. 5.

48) Wegen weiterer Einzelheiten vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 150-169; EStR Abschnitt 30.

49) Z.B. unrichtige Zurechnung von Konsignationswaren oder Erfassung von bereits ausgelieferten Waren.

50) Z.B. keine Ausbuchung der Fehlbestände.

Ferner gebietet der Grundsatz der Vollständigkeit, dass für die aktivierungspflichtigen Gegenstände mindestens ein Merkposten anzusetzen ist, für die Höhe des Ansatzes sind jedoch die Bewertungsgrundsätze massgebend.⁵¹⁾

Von besonderer Bedeutung ist jedoch der Grundsatz der vollständigen Auswertung aller zugänglichen Informationen, wodurch insbesondere die vollständige Erfassung aller Risiken gesichert werden soll. Das RG hat bereits im Jahre 1912 den Grundsatz ausgesprochen, dass bei der Ermittlung eines Wertes alle im Augenblick der Bilanzierung verfügbaren Erkenntnisquellen heranzuziehen sind.⁵²⁾ Das bedeutet, dass die Konzernleitung die Wertansätze der Einzelabschlüsse nach den Informationen zu beurteilen hat, die ihr selbst zur Verfügung stehen. Der Informationsstand der Geschäftsleitung des Einzelunternehmens ist nicht massgebend. Deshalb kann insbesondere in zwei Gruppen von Fällen eine Berichtigung der Ansätze der Einzelabschlüsse erforderlich werden:

- (a) die Konzernleitung hat, z.B. wegen genauerer Kenntnis der Gesamtzusammenhänge, bessere Informationen,
- (b) die Informationen sind erst nach Aufstellung der Einzelabschlüsse bekannt geworden.⁵³⁾

51) Wegen weiterer Einzelheiten zum Ansatz von Erinnerungsposten vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 36 m.w.H.

52) vgl. RG in JW 1912 S. 305 f; der RFH hat wiederholt ähnlich entschieden: RFH RStBl 1931 S.111; Da der Grundsatz allgemein praktiziert wird, hat er zumindest den Charakter eines Handelsbrauches.

53) Wegen weiterer Einzelheiten zu der Frage, welche Informationen, die nach Bilanzstichtag erlangt werden, berücksichtigt werden müssen und welche nicht, vgl. Leffson, S. 142 ff; Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 86-89.

Es empfiehlt sich, dass der Konzernabschlussprüfer diesen Punkt in der von der Konzernleitung einzuholenden Vollständigkeitserklärung besonders berücksichtigt.⁵⁴⁾ Schliesslich ist der Grundsatz der Vollständigkeit auch noch für die Erläuterung der Bewertung im Konzerngeschäftsjahresbericht von Bedeutung.⁵⁵⁾

Der Grundsatz der Bilanzklarheit verlangt eine klare und ausreichend tiefe Gliederung des Jahresabschlusses. Daraus ergibt sich insbesondere das Verbot von Saldierungen⁵⁶⁾ und Zusammenziehungen von Posten.⁵⁷⁾ Diese Grundsätze gelten kraft Gesetzes, da nach § 331 Abs. 4 AktG für die Konzernbilanz im wesentlichen das aktienrechtliche Gliederungsschema der §§ 151, 152 AktG gilt.⁵⁸⁾

b) Das Anschaffungswertprinzip (Realisationsprinzip)

Das Realisationsprinzip regelt die Bewertung von Unternehmensleistungen (Sachgüter und Dienstleistungen) im Leistungserstellungs- und -bewirkungsprozess vor und nach Erreichen des Absatzmarktes. Es besagt, dass der Leistungsertrag (positiver Erfolgsbeitrag) erst mit dem Umsatz am Absatzmarkt realisiert wird, weil erst dann eine Geldforderung an die Stelle der abgegebenen Lei-

54) vgl. dazu Adler/Düring/Schmaltz, § 162 Anm. 124, § 165 Anm. 12-14.

55) vgl. dazu unten S. 141 ff.

56) Z.B. dürfen erhaltene Anzahlungen nicht mit den Vorräten saldiert werden, dagegen ist eine offene Absetzung zulässig. Letzteres ist vor allem für Anzahlungen auf Grund von Teilabrechnungen bei langfristiger Fertigung üblich, vgl. dazu Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 70, § 151 Anm. 131, § 152 Anm. 166-168.

57) Z.B. dürfen geleistete Anzahlungen nicht bei den Vorräten ausgewiesen werden.

58) vgl. dazu oben S. 18f.

stung tritt.⁵⁹⁾ Die Realisation erfolgt im allgemeinen im Zeitpunkt der Lieferung oder Leistung.⁶⁰⁾ Bis zur Realisation wird die Leistung grundsätzlich mit dem Wert des Faktoreinsatzes, d.h. mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, bewertet.⁶¹⁾

Das Anschaffungswertprinzip schliesst das Realisationsprinzip in sich ein. Es besagt, dass die zu bilanzierenden Vermögensgegenstände höchstens mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet werden dürfen. Dadurch soll sowohl der Ausweis von Wertsteigerungen als auch der Ausweis von noch nicht realisierten Gewinnen verhindert werden.⁶²⁾ Das Prinzip wird vom Grundsatz der Vorsicht getragen, der die Vorwegnahme von noch nicht realisierten Gewinnen verbietet und damit der Eigenkapitalerhaltung und dem Gläubigerschutz dient.⁶³⁾

59) vgl. Leffson, S. 179 ff.

60) Zu Ausnahmen, die z.B. bei langfristiger Fertigung gelten, vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 70, 71; Leffson, S. 199-204.

61) Durch die genaue Fixierung des Realisationszeitpunktes dient das Prinzip einer klaren und eindeutigen Periodenabgrenzung, vgl. Leffson, S. 184.

62) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 67.

63) Das Anschaffungswertprinzip entspricht nicht in idealer Form den Zwecken der Rechnungslegung, da ein zutreffender Einblick in die Vermögenslage durch eine Vermögensdarstellung auf der Basis von Tageswerten gewährt würde, vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 153 Anm. 9; Leffson, S. 93; Röver, Die Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht, S. 101. Die Prinzipien der Eigenkapitalerhaltung und des Gläubigerschutzes liessen sich durch Zuführung der Wertsteigerungen zu Rücklagenkonten ebenso gut verwirklichen. Der Gesetzgeber des AktG 1965 hat jedoch die aus der Beibehaltung des Anschaffungswertprinzips resultierende Beeinträchtigung des Einblicks in die Vermögenslage bewusst in Kauf genommen, vgl. Kropff, S. 219. Der Grund liegt wohl darin, dass andernfalls Probleme aufgetaucht wären, die gegenwärtig praktisch kaum zu lösen sind, z.B. währungspolitische Probleme durch das Abgehen vom Nominalwertprinzip oder steuerliche Probleme wegen der Versteuerung von Scheingewinnen.

Das Anschaffungswertprinzip gilt kraft ausdrücklicher gesetzlicher Vorschriften für Unternehmen in der Rechtsform der AG, KGaA, GmbH, und Genossenschaften sowie für private Versicherungsunternehmen und Bausparkassen.⁶⁴⁾

In der Bilanzierungspraxis wird dieses Prinzip, wohl auch dank entsprechender steuerrechtlicher Vorschriften,⁶⁵⁾ schon seit langer Zeit allgemein und uneingeschränkt anerkannt. Leffson⁶⁶⁾ nennt das Prinzip deshalb eine allgemein akzeptierte Konvention, Röver⁶⁷⁾ spricht von einer verabredeten Spielregel und Prämisse unseres Rechnungswesens. Mit Kruse⁶⁸⁾ möchte ich deshalb annehmen, dass das Anschaffungswertprinzip inzwischen zu einem Satz des Gewohnheitsrechts geworden ist.

Die Einzelabschlüsse, deren Wertansätze gegen das Anschaffungswertprinzip verstossen, müssen deshalb ausnahmslos korrigiert werden. Diese Notwendigkeit kann sich insbesondere ergeben, wenn ausländische Unternehmen, die zu Tageswerten bilanzieren, in die Konsolidierung einbezogen werden.⁶⁹⁾

c) Das Niederstwertprinzip (Imparitätsprinzip)

Für die Bewertung des Vorratsvermögens ist ferner das Niederstwertprinzip von grosser Bedeutung. Das Anschaffungswertprinzip berücksichtigt durch das Verbot des Ausweises unrealisierter Gewinne nur eine Seite der kaufmännischen Vorsicht. Die Vorsicht gebietet darüber hinaus, zukünftige Verlustmöglichkeiten sofort zu berücksichtigen.

64) vgl. §§ 153 Abs. 1, 155 Abs. 1 S. 1 AktG, 42 Nr. 1 GmbHG, 33 c Nr. 1, 2 GenG, 36 a Abs. 1 VAG.

65) vgl. §§ 19 EStG 1926, 6 EStG 1934.

66) S. 93.

67) aaO, S. 101.

68) vgl. S. 216.

69) vgl. dazu unten S. 58 ff.

Infolgedessen ergibt sich aus der kaufmännischen Vorsicht das Prinzip: unrealisierte Gewinne dürfen nicht ausgewiesen, unrealisierte Verluste müssen ausgewiesen werden (Imparitätsprinzip). Das Gebot des Ausweises unrealisierter Verluste dient gleichfalls der Eigenkapitalerhaltung und dem Gläubigerschutz.⁷⁰⁾ Das Niederstwertprinzip entspricht alten kaufmännischen Gepflogenheiten⁷¹⁾ und gilt kraft ausdrücklicher gesetzlicher Regelung für Unternehmen in der Rechtsform der AG, KGaA, Genossenschaften und private Versicherungsunternehmen und Bausparkassen.⁷²⁾ Es wird ebenso wie das Anschaffungswertprinzip als allgemein verbindlich angesehen und auch hier gelten entsprechende steuerliche Vorschriften. Daher darf auch hier angenommen werden, dass das Prinzip inzwischen gewohnheitsrechtlich gilt.⁷³⁾

Aus dem Anschaffungs- und Niederstwertprinzip ergeben sich also feste Wertobergrenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Danach bilden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten die Wertobergrenze, sofern sich nicht aus dem Börsen- oder Marktpreis oder dem beizulegenden Wert eine niedrigere Wertobergrenze ergibt. Damit ist aber noch nicht über die Frage entschieden, welche Werte tatsächlich anzusetzen sind. Diese Frage kann erst beantwortet werden, wenn feststeht, ob auch Wertuntergrenzen bestehen bzw. ob bestimmte Bewertungsmethoden zu befolgen sind.⁷⁴⁾

70) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 78.

71) Das Gebot des Ausweises unrealisierter Verluste lässt sich bis ins 14. Jahrhundert zurückverfolgen, vgl. Leffson, S. 213; Kruse, S. 43 m.w.H.

72) vgl. §§ 154 Abs. 2, 155 Abs. 2 AktG, 33 c Nr. 1, 2 GenG, 36 a Abs. 1 VAG.

73) S. auch Kruse, S. 48, 195, 216.

74) vgl. dazu unten S. 44 ff.

Das Niederstwertprinzip ist u.a. in § 155 Abs. 2 AktG geregelt, die Einzelheiten der Ermittlung des niedrigeren Wertansatzes sind im Gesetz jedoch nicht vorgeschrieben worden. Vielmehr sollte die Beantwortung der damit verbundenen Fragen wie bisher den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung überlassen bleiben.⁷⁵⁾ Die Bilanzierungspraxis hat unter der Geltung des AktG 1937 hierzu verschiedene Grundsätze herausgebildet.⁷⁶⁾ Es darf deshalb angenommen werden, dass sich entsprechende Handelsbräuche entwickelt haben. Danach werden zwei Methoden zur Ermittlung des niedrigeren Wertansatzes verwendet:⁷⁷⁾

- (a) die Ermittlung der Wiederbeschaffungskosten (Reproduktionswert),
- (b) die Ermittlung des Wertes auf der Basis des zukünftigen Verkaufserlöses abzüglich der noch anfallenden Kosten (retrograde Bewertung).

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sollen grundsätzlich mit den Wiederbeschaffungskosten bewertet werden, während der Wert von unfertigen und fertigen Erzeugnissen grundsätzlich nach der retrograden Methode ermittelt werden soll. Für Handelswaren gelten beide Methoden. Die Anwendung der unterschiedlichen Methoden wird damit begründet, dass im Falle (a) der Beschaffungsmarkt und im Falle (b) der Absatzmarkt massgebend sein müsse, bei Handelswaren seien beide massgebend.⁷⁸⁾

75) vgl. Kropff, S. 247.

76) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 151.

77) Bei der Bewertung wird von der unveränderten Fortführung des Unternehmens ausgegangen; das ist das sog. going concern concept, vgl. Leffson, S. 156.

78) vgl. wegen weiterer Einzelheiten, Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 151 ff.

Diese Praxis wird von Leffson kritisiert.⁷⁹⁾ Leffson geht von dem Gedanken aus, dass es lediglich auf eine verlustfreie Bewertung ankommt, so dass der Wert allein vom Absatzmarkt her zu bestimmen ist (retrograde Bewertung). Er vertritt deshalb im Gegensatz zu Adler/Düring/Schmaltz die Ansicht, dass Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, deren Wiederbeschaffungskosten gesunken sind, nicht abgewertet zu werden brauchen, sofern die Waren bzw. die aus den Stoffen hergestellten Erzeugnisse gewinnbringend abgesetzt werden können.⁸⁰⁾ Der Gedanke der verlustfreien Bewertung entspricht dem Niederstwertprinzip; infolgedessen ergeben sich die von Leffson entwickelten Grundsätze aus der Natur der Sache. Man muss dem Kaufmann daher ein Wahlrecht zugestehen, ob er dem Handelsbrauch oder dem aus der Natur der Sache entwickelten Bilanzierungsgrundsatz folgen will.⁸¹⁾

d) Der Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes

Der Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes besagt, dass nur Werte angesetzt werden dürfen, die nach bestimmten Bewertungsmethoden ermittelt worden sind. Zwischenwerte zwischen den nach unterschiedlichen Methoden ermittelten Werten sind unzulässig. Der Kaufmann kann jedoch die anzuwendende Bewertungsmethode frei auswählen. Der Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes wird also durch den Grundsatz der Methodenfreiheit ergänzt, so dass ein erheblicher Bewertungsspielraum erhalten bleibt. Die Legung von stillen Reserven bleibt infolgedessen in

79) vgl. S. 260 ff, 283 ff.

80) vgl. S. 286.

81) Zum Wahlrecht, vgl. oben S. 34 .

grossen Umfang zulässig.⁸²⁾ Der Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes sichert die Vergleichbarkeit der Jahresergebnisse, da bei einem Methodenwechsel die Auswirkung auf das Jahresergebnis durch Berechnung des Unterschiedsbetrages ermittelt werden kann. Dieser Grundsatz schliesst also die Legung von stillen Reserven durch beliebige Unterbewertungen aus.

Die Rechtsnatur dieses Grundsatzes kann nur nach einen Rückblick auf die Bewertungspraxis der Vergangenheit, die dadurch gekennzeichnet war, dass dem Grundsatz der Vorsicht überragende Bedeutung zugemessen wurde, beurteilt werden. Nach der allgemeinen Vorstellung sollte sich der Kaufmann ärmer rechnen als er wirklich war. Man war der Ansicht, dass dadurch die Eigenkapitalbasis verstärkt werde und dem Gläubigerschutz in bestmöglicher Weise gedient sei.⁸³⁾ Deshalb wurde dem Grundsatz der Vorsicht der Vorrang vor dem Grundsatz der Bilanzwahrheit eingeräumt und er diente dazu, praktisch jedes Mass von Unterbewertung zu rechtfertigen.⁸⁴⁾ Die Vertreter der dynamischen Bilanzlehre haben sich zwar schon frühzeitig gegen beliebige Unterbewertungen, die mit einer richtigen Periodenabgrenzung nicht zu vereinbaren sind, gewandt, die Grenze zwischen unzulässiger Willkür und begründeter Vorsicht wurde von ihnen aber auch nicht genauer bezeichnet.⁸⁵⁾ Das AktG 1937 geht noch von der Vorherrschaft des Vorsichtsprinzips aus und statuiert infolgedessen nur Wertobergrenzen. Unter der Geltung des AktG 1937

82) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, Vorbem. zu §§ 153-155, Anm. 6.

83) vgl. RGZ 98, 318 (322); RGSt 61, 276; Leffson, S. 336 m.w.N.; Kruse, S. 204 f m.w.N.

84) vgl. Leffson, S. 336; Kruse, S. 205.

85) vgl. Leffson, S. 336 m.w.N.

wurden Unterbewertungen noch im weitestgehenden Umfang zugelassen, da ihre Unzulässigkeit nur unter dem Gesichtspunkt des Missbrauchs des Vorsichtsprinzips beurteilt wurde.⁸⁶⁾ Infolgedessen ist davon auszugehen, dass sich ein Handelsbrauch entwickelt hat, wonach Unterbewertungen weithin üblich und zulässig waren.

Mit der zunehmenden Einsicht in die Bedeutung einer richtigen und vergleichbaren Erfolgsrechnung hat sich dieses Verständnis des Vorsichtsprinzips jedoch gewandelt. Bei genauerer Betrachtung stellt sich nämlich die unkontrollierte Bildung von stillen Reserven als das Gegenteil von Vorsicht heraus.⁸⁷⁾ Durch die nicht erkennbare Bildung und Auflösung von stillen Reserven wird die wahre Ertragslage verschleiert. Der Unternehmer weiss in der Regel wenig über den tatsächlichen Stand der stillen Reserven und kaum etwas darüber, inwieweit sie das Jahresergebnis beeinflusst haben.⁸⁸⁾ Die Gefahr liegt vor allem darin, dass sich die stillen Reserven auch wieder still auflösen. Dadurch kann die Lage des Unternehmens lange Zeit hindurch verschleiert und ein blühendes Leben vorge täuscht werden, wo sich in Wahrheit schon der Zusammenbruch anbahnt. Es besteht z.B. die Gefahr, dass die durch äussere Einflüsse bedingte Veränderung der Lage nicht rechtzeitig erkannt wird und infolgedessen die notwendigen Gegenmassnahmen zu spät ergriffen werden.⁸⁹⁾ Für die

86) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, 3. Aufl., § 133 Anm. 9 ff; 4. Aufl., Vorbem. zu §§ 153-156 Anm. 3; WP-Hb. 1963 S. 337 mit Beispielen willkürlicher und darum unzulässiger Wertansätze.

87) vgl. Leffson, S. 340.

88) vgl. Leffson, S. 340; Kruse, S. 206 m.w.N.

89) vgl. Kropff, S. 238. In der Begründung des RegE wird auch darauf hingewiesen, dass Fehlleistungen der Unternehmensleitung durch Manipulationen bei der Bewertung verschleiert werden können. Ausserdem führe die Selbstfinanzierung durch Bildung von stillen Reserven zu einer weitgehenden Ausschaltung des Kapitalmarktes und damit zur Gefahr von volkswirtschaftlich unerwünschten Kapitalfehlleistungen.

Sicherheit des Eigenkapitals und die Sicherheit der Gläubiger sind daher zutreffende Informationen über die wahre Ertragslage von grösster Bedeutung.⁹⁰⁾ Die Bilanzierungspraxis, die sich in der Vergangenheit entwickelt hat, entspricht infolgedessen nicht den aus der Natur der Sache abgeleiteten Erfordernissen.

Das AktG 1965 hat zur Beseitigung der bezeichneten Mängel des AktG 1937 den Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes eingeführt. Die Auswirkungen der Änderung von Bewertungsmethoden auf das Jahresergebnis können nunmehr durch entsprechende Berechnungen festgestellt werden, so dass sich die Bildung und Auflösung von stillen Reserven nicht mehr in unkontrollierbarer Form vollzieht. Die Publizität ist durch entsprechende Berichtspflichten gesichert worden (§ 160 Abs. 2 AktG).⁹¹⁾ Die aktienrechtlichen Vorschriften gelten als *lex specialis* aber nur für AG und KGaA.⁹²⁾ Es hat jedoch schon frühzeitig eine Diskussion darüber eingesetzt, ob die aktienrechtlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften auch für Unternehmen in anderer Rechtsform gelten sollen. Dabei sind im einzelnen recht unterschiedliche

90) Die Sicherheit der Gläubiger hängt von der zukünftigen Zahlungsfähigkeit des Unternehmens ab, die durch die Entwicklung der Ertragslage wesentlich beeinflusst wird.

91) Die Publizitätsvorschriften sind allerdings nicht ganz lückenlos, vgl. dazu Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 107.

92) Sowie nach § 36 a VAG für private Versicherungsunternehmen und Bausparkassen. Jedoch gelten einige Ausnahmen: Kreditinstitute in der Rechtsform der AG oder KGaA dürfen Wertpapiere gemäss § 26 a KWG niedriger bewerten als nach § 155 AktG vorgeschrieben ist, § 36 a Abs. 1 VAG verweist nicht auf § 153 Abs. 4 AktG; ferner gelten Sondervorschriften nach § 56 Abs. 2, 3 VAG.

Auffassungen vertreten worden,⁹³⁾ die Geltung der aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften für andere Unternehmen wurde jedoch ganz überwiegend abgelehnt.⁹⁴⁾ Es wurde aber allgemein für möglich gehalten, dass sich die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften im Laufe der Zeit zu allgemein verbindlichen Grundsätzen entwickeln. Damit würde sich ein Vorgang wiederholen, der bereits im Fall der Bewertungsvorschriften des AktG 1937 beobachtet wurde.⁹⁵⁾

Die Frage, inwieweit die alten Bewertungsgrundsätze noch als Handelsbrauch geübt werden, kann nicht ohne nähere Erhebungen beantwortet werden. Es hat sich aber wohl noch keine Verkehrsanschauung herausgebildet, wonach der Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes zu befolgen ist. Aus der Praxis ist zwar bekannt, dass die neuen aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften auch von Unternehmen mit anderer Rechtsform angewendet werden, man kann aber wohl noch nicht davon ausgehen, insbesondere nicht ohne nähere Erhebungen über die Bilanzierungspraxis, dass sich diese Übung bereits zu einem Handelsbrauch verfestigt hat. Deshalb muss man wohl

93) vgl. Eder, GmbH-Rundschau 1965, S. 147 ff; Ludewig, GmbH-Rundschau 1965, S. 192; Döllner, BB 1965, S. 1417, 1966 S. 632; Greiffenhagen, FR 1965 S. 541 ff; WPG 1966 S. 141 ff; Gessler, DB 1966 S. 215 ff; Birkholz, BB 1966 S. 709; Albach, BB 1966 S. 377; Vogel, DB 1966 S. 909; Schrader, DB 1966 S. 1144; Rehbinder, NJW 1966 S. 1549; Röver, Wirtschsprüfung im neuen Aktienrecht, S. 93 ff; Minz, ebendort, S. 115; Fabricius, ebendort, S. 117; Busse von Colbe/Ordeltz, S. 33; Adler/Düring/Schmaltz, Vorbem. zu §§ 151, 152, 157-159, Anm. 3. Das Bundesjustizministerium erklärte auf Anfrage, dass die neuen Fixwertvorschriften des AktG 1965 nicht ohne weiteres auf Unternehmen anderer Rechtsform übertragen werden können; vgl. Süddeutsche Zeitung vom 22.1.1966, S. 25.

94) Mit Ausnahme von Döllner, BB 1966 S. 632, und Röver, aaO, S. 103, wonach die Vorschriften über Wertungsgrenzen Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung sind oder doch werden sollten.

95) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 98.

bis auf weiteres davon ausgehen, dass der Handelsbrauch, wonach Unterbewertungen aus Gründen der Vorsicht zulässig sind, noch nicht aus der Übung gekommen ist. Daher ist dem Kaufmann nach den oben erläuterten Grundsätzen⁹⁶⁾ bis auf weiteres ein Wahlrecht einzuräumen, ob er der alten Bilanzierungspraxis oder dem Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes folgen will.

Das Vorgehen der Konzernleitung bei der Beurteilung der Wertansätze der Einzelbilanzen hängt somit davon ab, wie die Einzelunternehmen dieses Wahlrecht ausgeübt haben. Wenn sich das Einzelunternehmen für die Anwendung bestimmter Bewertungsmethoden entschieden hat, sind die Wertansätze nach den für diese Methoden massgebenden Grundsätzen zu beurteilen. Wenn das Einzelunternehmen der alten Bilanzierungspraxis folgend aus Gründen der Vorsicht pauschale Wertabschläge vorgenommen hat, ist zunächst zu prüfen, ob die Ausgangswerte nach zulässigen Methoden ermittelt worden sind. Anschliessend ist zu prüfen, ob der Wertabschlag zulässig ist. Das ist der Fall, wenn nach Abschätzung der zukünftigen Entwicklung Risiken bestehen. Dagegen sind Wertabschläge insoweit, als sie unter missbräuchlicher Ausnutzung des Vorsichtsprinzips zustande gekommen sind, unzulässig.⁹⁷⁾

Somit ist in beiden Fällen zu prüfen, ob die für die Wertermittlung geltenden Grundsätze beachtet worden sind.

96) vgl. oben S. 34 .

97) vgl. oben Anm. 86.

e) Die Grundsätze für die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten

Ausgangspunkt für die Bewertung sind die Anschaffungskosten, bei selbsterstellten Vermögensgegenständen die Herstellungskosten.

Der Begriff der Anschaffungskosten wird im Gesetz nicht näher umschrieben, sein Inhalt ist daher durch Auslegung zu konkretisieren. Zur Beantwortung der zahlreichen Zweifelsfragen, welche Kosten im einzelnen zu den Anschaffungskosten gehören, sind eine Reihe von Grundsätzen entwickelt worden, die ebenfalls zu den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung gehören.⁹⁸⁾ Hierbei handelt es sich aber wohl ganz überwiegend um Grundsätze, die allein aus der Natur der Sache abgeleitet worden sind. Wegen des speziellen Charakters der zugrundeliegenden Fragen dürfte es in der Regel wohl nicht möglich sein, entsprechende Verkehrsauffassungen oder Handelsbräuche festzustellen.⁹⁹⁾ Die Ermittlung der Anschaffungskosten unterliegt daher im vollen Umfang der Nachprüfung durch die Konzernleitung, die in Zweifelsfällen selbst zu entscheiden hat, ob bestimmte Kostenelemente aktivierungsfähig sind oder nicht. Ferner hat sie zu prüfen, ob die Anschaffungskosten vollständig erfasst worden sind.

98) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 153 Anm. 11. Es handelt sich um sog. untere Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, im Gegensatz zu den oberen Grundsätzen, vgl. Leffson, S. 45 f, 92 f.

99) Soweit in der Literatur herrschende Auffassungen festzustellen sind, kann daraus nicht das Vorliegen einer entsprechenden Verkehrsauffassung abgeleitet werden. Die Verkehrsauffassung muss auch von den Kaufleuten getragen werden, nicht nur von der Wissenschaft. Ausserdem handelt es sich hier um Gesetzesauslegung im engeren Sinne, nicht um Lückenausfüllung oder Rechtsfortbildung, vgl. dazu Larenz, Methodenlehre, S. 291 ff, 341 ff. Wenn ein Begriff schon eine relativ genaue Bedeutung hat, bleibt kaum noch Raum für die Entwicklung von Verkehrsanschauungen und Handelsbräuchen.

Die Anschaffungskosten können nach verschiedenen Methoden, unter denen das Einzelunternehmen grundsätzlich frei auswählen kann, ermittelt werden. Die im Einzelfall gewählte Methode muss jedoch den speziellen gesetzlichen Erfordernissen und ausserdem ganz allgemein den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung entsprechen, d.h. das Verfahren darf nicht missbräuchlich verwendet werden und das Ergebnis muss mit dem Ziel der Rechnungslegung, des möglichst sicheren Einblicks in die Vermögens- und Ertragslage, im Einklang stehen.¹⁰⁰⁾ Die Anschaffungskosten können ermittelt werden durch:

- (a) Einzelfeststellung,
- (b) Durchschnittsbewertung,
- (c) Gruppenbewertung, Festbewertung,
- (d) Fifo, Lifo und ähnliche Verfahren,
- (e) Retrograde Bewertung durch Abzug des Bruttogewinns vom Verkaufspreis.

Der Grundsatz der Einzelbewertung ergibt sich aus § 39 Abs. 1, 2 HGB. Durch die Bewertung von einzelnen Vermögensgegenständen wird ein Bewertungsausgleich zwischen den einzelnen Gegenständen verhindert, Wertsteigerungen des einen Gegenstandes können nicht mit Wertminderungen des anderen verrechnet werden.

Der Grundsatz der Einzelbewertung schliesst jedoch die Zusammenfassung von Gegenständen gleicher Beschaffenheit und ihre Bewertung mit den durchschnittlichen Anschaffungskosten nicht aus.¹⁰¹⁾ Wegen ihrer weiten Verbrei-

100) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 144.

101) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 138.

tung entspricht die Durchschnittsbewertung einem Handelsbrauch.¹⁰²⁾

Die Gruppenbewertung und die Festbewertung sind in § 40 Abs. 4 HGB eingehend geregelt, Fifo, Lifo und ähnliche Verfahren in § 155 Abs. 1 S. 3 AktG. Die Zulässigkeit der zuletzt genannten Verfahren war schon vor ihrer Regelung im AktG 1965 anerkannt.¹⁰³⁾ Da diese Verfahren in der Praxis wegen ihrer beschränkten steuerlichen Zulässigkeit keine grössere Bedeutung erlangt haben,¹⁰⁴⁾ kann nur schwer beurteilt werden, ob ein entsprechender Handelsbrauch vorliegt. Die retrograde Bewertungsmethode ist dagegen in verschiedenen Geschäftszweigen des Handels verbreitet und entspricht damit einem Handelsbrauch.¹⁰⁵⁾ Wegen weiterer Einzelheiten zu den vorstehenden Methoden wird auf die einschlägigen Kommentierungen verwiesen. Die Konzernleitung ist verpflichtet zu prüfen, ob die Einzelunternehmen diese Methoden bei der Ermittlung der Anschaffungskosten in richtiger und zulässiger Weise angewendet haben.

Der Begriff der Herstellungskosten wird in § 153 Abs. 2 AktG näher umschrieben. Diese Begriffsbestimmung war bereits in § 133 Abs. 1 Nr. 3 AktG 1937 enthalten und kann daher als kraft Gewohnheitsrechts allgemein verbindlich betrachtet werden.¹⁰⁶⁾ Die gesetzliche Rege-

102) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 86.

103) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, 3. Aufl., § 133 Anm. 106 m.w.N.

104) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 88, 136; BFH BStBl 1966 III S. 274 m.w.N.

105) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 144.

106) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, 3. Aufl., § 133 Anm. 4, wonach § 133 AktG 1937 als Kodifizierung der in § 40 HGB allgemein ausgesprochenen Bewertungsgrundsätze gelten kann.

lung stellt klar, dass Abschreibungen und Betriebs- und Verwaltungskosten im angemessenen Umfang in die Herstellungskosten eingerechnet werden dürfen. Der weitere Inhalt des Begriffs Herstellungskosten ist ebenso wie im Fall des Begriffs der Anschaffungskosten durch Auslegung zu ermitteln. Insoweit wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.¹⁰⁷⁾

Die Herstellungskosten sind nach den oben unter (a) - (d) aufgeführten Methoden zu ermitteln, wobei die tatsächlichen, normalen oder optimalen Kosten zugrunde gelegt werden können. Ausserdem besteht ein Bewertungswahlrecht zur Einbeziehung von Abschreibungen sowie von Betriebs- und Verwaltungskosten.¹⁰⁸⁾

Die Ermittlung der Herstellungskosten durch die Einzelunternehmen unterliegt also in vollem Umfang der Überprüfung durch die Konzernleitung, jedoch mit der Einschränkung, dass die Auswahl der Bewertungsmethoden und -wahlrechte lediglich unter dem Gesichtspunkt einer missbräuchlichen Verwendung beurteilt zu werden braucht.

Wenn die für die Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten massgebenden Grundsätze vom Einzelunternehmen nicht beachtet worden sind, hat die Konzernleitung entsprechende Berichtigungen vorzunehmen. Dabei ist in den Fällen, wo die Anschaffungs- oder Herstellungskosten nur den Ausgangswert bilden, zu berücksichtigen,

¹⁰⁷⁾ vgl. oben S. 50.

¹⁰⁸⁾ vgl. wegen weiterer Einzelheiten Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 22, 23, 74.

inwieweit sich der Fehler nach dem weiteren Bewertungsverfahren im Bilanzansatz niedergeschlagen hat. Die Berichtigung erstreckt sich dann nur so weit, wie der Fehler auf den Bilanzansatz durchgeschlagen ist.

f) Die Grundsätze der Vorsicht und Stetigkeit

Das Prinzip der Vorsicht hat sich in einer Reihe von Grundsätzen niedergeschlagen, die für die Bewertung gelten, so im Anschaffungswert- und Niederstwertprinzip, im Grundsatz der Einzelbewertung und im Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes, der dem Gedanken der Vorsicht durch die Einräumung von Methoden- und Aktivierungswahlrechten, die ziemlich niedrige Wertansätze ermöglichen, Rechnung trägt. Darüber hinaus verbietet dieser Leitgedanke, soweit Schätzungen erfolgen, eine zu optimistische Betrachtungsweise. Eine vorsichtige Abschätzung der Risiken und Chancen sollte gegebenenfalls den Faktoren ein grösseres Gewicht beilegen, die den Wertansatz des Vermögensgegenstandes ermässigen.¹⁰⁹⁾

Der Grundsatz der Stetigkeit soll die Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse sichern. Dabei ist zwischen formeller und materieller Bilanzkontinuität zu unterscheiden.¹¹⁰⁾ Ein Grundsatz der materiellen Bilanzkontinuität im Sinne der Stetigkeit der Bewertung von einzelnen

¹⁰⁹⁾ vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 82. Unbegründete oder nur in der subjektiven Vorstellung des Bilanzierenden bestehende Risiken dürfen aber nicht zum Ausgangspunkt der Bewertung gemacht werden.

¹¹⁰⁾ Der Grundsatz der formellen Bilanzkontinuität ergibt sich aus den Gliederungsbestimmungen der §§ 151, 152 AktG, die auch für die Konzernbilanz gelten. Danach ist der Abschluss in der gleichen Weise zu gliedern und die einzelnen Posten sind in der gleichen Weise zusammenzustellen, vgl. Leffson, S. 292; Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 27, 85.

Gegenständen und der Anwendung der Bewertungsmethoden ist unserem Bilanzrecht jedoch unbekannt. Vielmehr können die Wertansätze und Bewertungsmethoden für jeden Jahresabschluss neu gewählt werden. Die Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse wird lediglich durch die Berichtspflicht im Fall der Unterbrechung der Bewertungsstätigkeit gesichert.¹¹¹⁾ Für die Konzernrechnungslegung ist diese Pflicht in § 334 Abs. 3 S. 2 AktG geregelt, wonach wesentliche Abweichungen vom letzten Konzernabschluss zu erörtern sind.¹¹²⁾

III. Beurteilung der Wertansätze nach gesetzlichen Sondervorschriften

Im AktG wird nicht ausdrücklich vorgeschrieben, dass die Einzelabschlüsse, die dem Konzernabschluss zugrundegelegt werden, auch den gesetzlichen Vorschriften entsprechen müssen. Die Frage ist daher durch Auslegung des Gesetzes zu beantworten. Sie ist z.B. von Bedeutung, wenn Unternehmen in der Rechtsform der AG oder KGaA aus Gründen der Vorsicht pauschale Wertabschläge vorgenommen und damit den nach AktG gültigen Bestimmtheitsgrundsatz verletzt haben.^{112a)}

1. Auslegung von § 336 Abs. 3 AktG

Die Prüfung der Einzelabschlüsse wird in § 336 Abs. 3 AktG besonders geregelt. Danach ist lediglich zu prüfen, ob die Einzelabschlüsse den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung, das sind die allgemeinen handelsrechtlichen Grundsätze, entsprechen. Das Erfordernis

¹¹¹⁾ vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 29.

¹¹²⁾ vgl. dazu unten S. 145f.

^{112a)} Die Möglichkeit besteht insbesondere bei der Aufstellung von Zwischenabschlüssen nach § 331 Abs. 3 S. 2 AktG, die nicht der Pflichtprüfung unterliegen.

der Beachtung gesetzlicher Sondervorschriften wird nicht erwähnt.¹¹³⁾

Aus der Nichterwähnung könnte der Schluss gezogen werden, dass der Gesetzgeber es nicht für erforderlich hielt, dass die dem Konzernabschluss zugrundegelegten Einzelabschlüsse auch gesetzlichen Sondervorschriften entsprechen.

Die Nichterwähnung kann aber auch noch einen anderen Grund haben.

Eine allgemeine Vorschrift, dass zu prüfen ist, ob die Einzelabschlüsse den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, war unzweckmässig, da unter diese Regelung alle Gliederungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften gefallen wären. Da für die Konzernbilanz eigene Gliederungsvorschriften bestehen, ist es für sie ohne Bedeutung, ob die für die Einzelbilanzen gültigen Gliederungsvorschriften eingehalten werden. Daher ist insoweit keine Prüfung erforderlich.

Dagegen haben die Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften auf Grund des Massgeblichkeitsprinzips einen unmittelbaren Einfluss auf die Konzernbilanz.

Der Gesetzgeber hätte also bei einer ausdrücklichen Regelung differenzieren müssen. Es ist daher möglich, dass er von einer ausdrücklichen Regelung abgesehen hat, weil er die Vorschrift des § 336 Abs. 3 AktG nicht wei-

113) Demgegenüber hat sich die allgemeine Jahresabschlussprüfung darauf zu erstrecken, ob die Bestimmungen des Gesetzes und der Satzung über den Jahresabschluss beachtet sind (§ 162 Abs. 2 AktG).

ter komplizieren wollte.

Aus der Vorschrift des § 336 Abs. 3 AktG kann somit keine eindeutige Schlussfolgerung für die Frage, ob die dem Konzernabschluss zugrundegelegten Einzelabschlüsse auch den gesetzlichen Sondervorschriften entsprechen müssen, gezogen werden.

2. Auslegung von § 336 Abs. 2, 6 AktG

Nach § 336 Abs. 2 AktG hat sich die Prüfung des Konzernabschlusses darauf zu erstrecken, ob die Vorschriften über den Konzernabschluss beachtet sind. Der Wortlaut des Bestätigungsvermerks nach § 336 Abs. 6 AktG ist jedoch umfassender, da er besagt, dass der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Der Vermerk bestätigt also nicht nur die Einhaltung der speziellen Vorschriften über den Konzernabschluss, sondern ganz allgemein die Einhaltung aller einschlägigen gesetzlichen Vorschriften. Die Konzernbilanz verzichtet auf eine einheitliche Bewertung, so dass die Gesetzmässigkeit der Bewertung davon abhängt, ob jeder einzelne Wertansatz für sich gesetzmässig ist. Das muss nach den für die jeweiligen Einzelunternehmen geltenden Vorschriften beurteilt werden. Die Konzernbilanz entspricht also nur dann den gesetzlichen Vorschriften, wenn die Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften, die für die zugrundegelegten Einzelabschlüsse gelten, beachtet worden sind.

Man kann daher aus dem im Gesetz festgelegten Wortlaut des Bestätigungsvermerks den Schluss ziehen, dass die Ansätze der Einzelbilanzen den jeweils für sie geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften entsprechen

müssen.¹¹⁴⁾ Diese Anforderung wird man auch an Zwischenabschlüsse nach § 331 Abs. 3 S. 2 AktG, z.B. an Zwischenabschlüsse von Aktiengesellschaften, stellen müssen.

Die Konzernleitung muss daher bei der Übernahme der Wertansätze der Einzelbilanzen in die Konzernbilanz prüfen, ob diese Wertansätze den für sie gültigen Vorschriften entsprechen. Wenn gesetzliche Bestimmungen zur Rechnungslegung nicht beachtet worden sind, ist eine entsprechende Berichtigung vorzunehmen.

IV. Beurteilung der Wertansätze nach Satzungsbestimmungen

Der Konzernabschluss muss auch den Satzungsbestimmungen der Obergesellschaft über den Konzernabschluss entsprechen.¹¹⁵⁾ Wenn die Satzung der Obergesellschaft Bewertungsvorschriften zur Konzernbilanz enthält, müssen diese Bestimmungen beachtet und die erforderlichen Umbewertungen vorgenommen werden. Andernfalls kann der Bestätigungsvermerk eingeschränkt werden.¹¹⁶⁾

Dagegen ist die Frage, ob die Wertansätze auch den Satzungsbestimmungen der abhängigen Unternehmen entsprechen, unerheblich, da die Konzernleitung nur an die eigenen Satzungsvorschriften gebunden ist.

V. Wertansätze aus ausländischen Abschlüssen

Wenn Unternehmen mit Sitz im Ausland freiwillig in den Konzernabschluss einbezogen werden, ergibt sich die Frage,

114) so auch Forster, WPg 1965, S. 604; Karoli in WP-Hb. 1968, S. 774; Havermann in WP-Hb. 1968, S. 688.

115) vgl. Baumbach-Hueck, § 336 Anm. 5; Godin-Wilhelmi, § 336 Anm. 26; Karoli in WP-Hb. 1968, S. 825.

116) vgl. Baumbach-Hueck, § 336 Anm. 26.

wonach die Zulässigkeit der Übernahme von Wertansätzen aus ausländischen Abschlüssen zu beurteilen ist.

1. Keine Bindung an ausländische Vorschriften

Havermann¹¹⁷⁾ ist der Ansicht, dass die Konzernleitung auch ausländische Vorschriften beachten müsse und aus Einzelabschlüssen keine Wertansätze übernehmen dürfe, die nach den ausländischen Vorschriften objektiv falsch sind. Diese Wertansätze müssten entsprechend den ausländischen Vorschriften korrigiert werden.

Diese Ansicht findet im Gesetz keine Stütze. Durch den Bestätigungsvermerk wird lediglich bestätigt, dass die deutschen gesetzlichen Vorschriften beachtet sind. Wenn im AktG die Beachtung der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung vorgeschrieben wird, dann sind damit ausschliesslich die deutschen Grundsätze gemeint.

Der Gesetzgeber kann auch kein Interesse daran haben, die Beachtung von ausländischen Gesetzen und Bilanzierungsregeln, die ihm im einzelnen unbekannt sind, vorzuschreiben.

Vielmehr wird durch § 336 Abs. 3 AktG ausdrücklich bestimmt, dass die Einzelabschlüsse, die dem Konzernabschluss zugrundegelegt werden, den deutschen Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung entsprechen müssen. Das gilt auch für Abschlüsse von Konzernunternehmen mit Sitz im Ausland.

¹¹⁷⁾ WP-Hb. 1968, S. 688.

Die Zulässigkeit von Wertansätzen, die aus ausländischen Abschlüssen übernommen werden, ist somit nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung zu beurteilen.¹¹⁸⁾

2. Beurteilung der Wertansätze aus ausländischen Abschlüssen

Wertansätze ausländischer Einzelbilanzen, die den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung widersprechen, dürfen nicht in den Konzernabschluss übernommen werden, sondern sind entsprechend zu berichtigen.¹¹⁹⁾

Wenn Abweichungen in grösserem Umfang vorliegen, ist es zweckmässig, dass die betreffende ausländische Tochtergesellschaft zwei Abschlüsse aufstellt, einen nach den ausländischen Vorschriften und einen zum Zweck der Konsolidierung nach den deutschen Grundsätzen.¹²⁰⁾ Dann müssen jedoch für die Bereiche, wo Abweichungen vorkommen, getrennte Bücher geführt werden.

Unzulässige Wertansätze resultieren vor allem aus Verstössen gegen das Anschaffungs- und Niederstwertprinzip, wenn z.B. die Bewertung zu gestiegenen Wiederbeschaffungskosten erfolgt¹²¹⁾ oder eine Abwertung auf den niedrigeren Börsen- oder Marktpreis nach dem ausländischen

118) so auch Forster, WPg 1965, S. 604; Karoli in WP-Hb. 1968, S. 774; Baumbach-Hueck, § 336 Anm. 3, 8; Busse von Colbe/Ordelheide, S. 33; Dreger, S. 263, weist darauf hin, dass in den USA die Abschlüsse ausländischer Tochtergesellschaften nach den in den USA gültigen Rechnungslegungsvorschriften umgestaltet werden.

119) a.A. Havermann in WP-Hb. 1968, S. 681, 687, der auch Wertansätze übernehmen will, die gegen das Anschaffungs- oder Niederstwertprinzip verstossen. Wenn die Aussagefähigkeit des Konzernabschlusses dadurch beeinträchtigt werde, dürfe das betreffende Unternehmen gem. § 329 Abs. 2 S. 3 AktG nicht konsolidiert werden.

120) so auch Busse von Colbe/Ordelheide, S. 33; Busse von Colbe, Festschrift für Münstermann, S. 93.

121) Nach Dreger, S. 260, ist das in Holland zulässig.

Recht nicht erforderlich ist. Unzulässige Wertansätze können sich aber auch aus willkürlichen Wertabschlägen ergeben.¹²²⁾

3. Umrechnung ausländischer Währungen

Bei stabilen und frei konvertierbaren Währungen kann zum offiziellen Kurs umgerechnet werden.¹²³⁾ Wenn sich offizieller und freier Kurs erheblich unterscheiden, ist aus Gründen der Vorsicht der niedrigere zu wählen.¹²⁴⁾

Bei schwankenden Wechselkursen, insbesondere bei schwachen Währungen, ergibt sich die Frage, ob zum Kurs des Bilanzstichtags oder zum historischen Kurs des Anschaffungszeitpunkts umgerechnet werden soll.

Die ältere Lehre unterschied nach der Fristigkeit, das Anlagevermögen wurde zum historischen, das Umlaufvermögen zum Kurs des Bilanzstichtags umgerechnet.¹²⁵⁾

Die neuere Lehre¹²⁶⁾ geht von der Unterscheidung zwischen Geld- und Sachwerten aus. Danach werden Geldwerte zum Kurs des Bilanzstichtags, Sachwerte zum historischen Kurs umgerechnet.

122) Dreger, S. 260, erwähnt, dass in Schweden, Dänemark und Finnland Vorräte ohne Begründung bis zu 60% abgewertet werden dürfen. Bezweckt wird damit eine Manipulierung des steuerlichen Gewinns, da der steuerliche Verlustvortrag in diesen Ländern unbekannt ist. Aus der Sicht der deutschen GoB handelt es sich um willkürliche Wertabschläge, die berichtigt werden müssen.

123) vgl. Dreger, S. 265; Busse von Colbe/Ordelheide, S. 35, halten auch die Umrechnung zum Kurs vom Bilanzstichtag für zulässig. Für das Vorratsvermögen soll dabei der Mittelkurs zwischen Geld- und Briefkurs gewählt werden.

124) so auch Havermann in WP-Hb. 1968, S. 696.

125) so auch Havermann in WP-Hb. 1968, S. 696, mit Literatur-Hinweisen.

126) vgl. Dreger, S. 267 ff, mit Literatur-Hinweisen.

Die Lehre geht davon aus, dass Sachwerte durch zwischenzeitliche Kursverschlechterungen nicht an Wert verlieren, da die Geldentwertung normalerweise mit einer entsprechenden Erhöhung des Preisniveaus verbunden ist. Danach ist das Vorratsvermögen zum historischen Kurs umzurechnen.¹²⁷⁾ Die Bestimmung des Anschaffungszeitpunktes kann beim Vorratsvermögen jedoch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein. Deshalb können auch vereinfachte Verfahren angewendet werden, z.B. Umrechnung zu monatlichen Durchschnittskursen.¹²⁸⁾

Das Umrechnungsverfahren muss mit dem Verfahren abgestimmt sein, das zur Ermittlung der wert- und mengenmäßigen Zusammensetzung des Endbestands angewendet worden ist.¹²⁹⁾

VI. Prüfung der Wertansätze der Einzelbilanzen

Die Konzernleitung kann die Überprüfung der Wertansätze der Einzelbilanzen durch eigenes fachkundiges Personal vornehmen lassen. In der Regel sind jedoch Abschlussprüfer eingeschaltet. Die Sorgfaltspflicht ist gewahrt, wenn die Konzernleitung sich auf das Urteil der Prüfer verlässt und auf eigene Prüfungsmassnahmen verzichtet.¹³⁰⁾ Die Konzernleitung ist jedoch zur Durchsicht der einzelnen Prüfungsberichte verpflichtet und sollte dabei insbesondere auch darauf achten, ob Tatbestände auf Grund von besseren oder neueren Informationen abweichend zu beurteilen sind.¹³¹⁾

127) so auch Busse von Colbe/Ordelheide, S. 36.

128) vgl. Dreger, S. 272.

129) Dafür kommen das Durchschnittsverfahren, Fifo, Lifo und ähnliche Verfahren in Betracht.

130) vgl. auch § 336 Abs. 3 S. 2 AktG, wonach Einzelabschlüsse, die nach aktienrechtlichen Grundsätzen geprüft worden sind, von den Konzernabschlussprüfern nicht mehr geprüft zu werden brauchen.

131) vgl. oben S. 38 f.

Wenn bei der Überprüfung der Einzelabschlüsse Verstösse gegen die Gesetz- und Ordnungsmässigkeit festgestellt werden, müssen die notwendigen Berichtigungen vorgenommen werden. Auf Grund ihrer Eigenverantwortlichkeit hat die Konzernleitung die Berichtigungen unabhängig davon vorzunehmen, ob die Einzelabschlüsse noch nachträglich berichtigt werden.¹³²⁾

Wenn ausländische Abschlussprüfer eingeschaltet werden, ergibt sich die Frage, ob die Konzernleitung die Wertansätze der ausländischen Abschlüsse ohne genauere Überprüfung in die Konzernbilanz übernehmen darf. Da die ausländischen Abschlüsse den deutschen Grundsätzen entsprechen müssen, muss sich die Konzernleitung davon überzeugen, dass die angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden mit den deutschen Grundsätzen vereinbar sind.¹³³⁾ Wenn das zutrifft, ist eine weitere Überprüfung nicht erforderlich.

Wenn die ausländischen Bewertungsmethoden den deutschen Grundsätzen widersprechen, müssen die Abweichungen genau ermittelt werden.

VII. Übersicht über die zulässigen Wertansätze

Danach dürfen folgende Wertansätze zulässigerweise aus den Einzelbilanzen in die Konzernbilanz übernommen werden:

1. die Wertansätze nach den Vorschriften der §§ 153-156 AktG.¹³⁴⁾

¹³²⁾ so auch Karoli in WP-Hb. 1968, S. 774.

¹³³⁾ vgl. dazu auch Baumbach-Hueck, § 336 Anm. 3; Forster, WPg 1965, S. 603.

¹³⁴⁾ Bei Unternehmen, die zur Rechnungslegung nach den aktienrechtlichen Vorschriften verpflichtet sind, kommen nur diese Wertansätze in Betracht.

Für die Bewertung des Vorratsvermögens kommen nach § 155 AktG folgende Wertansätze in Betracht:

- (a) Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die durch verschiedene Methoden ermittelt werden können,
 - (b) Wertansätze nach dem strengen Niederstwertprinzip, d.i. der niedrigere Börsen- oder Marktpreis oder der niedrigere beizulegende Wert,
 - (c) niedrigere Wertansätze wegen Wertschwankungen oder wegen steuerlicher Zulässigkeit,
 - (d) Beibehaltung eines niedrigeren Wertansatzes nach (b) oder (c).¹³⁵⁾
2. die Wertansätze, die den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung entsprechen.

Die Wertansätze müssen dem Anschaffungswert- und Niederstwertprinzip entsprechen, die für die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten massgebenden Grundsätze müssen beachtet worden sein und Wertabschläge dürfen nicht unter missbräuchlicher Ausnutzung des Vorsichtsprinzips zustande gekommen sein.

C. Bewertung in der Konzernbilanz

I. Das Bewertungskonglomerat

Die bisherige Untersuchung hat gezeigt, dass die Wertansätze, die zulässigerweise in die Konzernbilanz übernommen werden dürfen, nach sehr verschiedenartigen Methoden ermittelt sein können. Auf Grund der zahlreichen Akti-

¹³⁵⁾ Wegen weiterer Einzelheiten vgl. Adler/Düring/Schmaltz, Erläuterungen zu §§ 153, 155.

vierungswahlrechte und Bewertungsmethoden und der Zulässigkeit von pauschalen Wertabschlägen bei Unternehmen, die nicht an die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften gebunden sind, können sich sehr heterogene Wertansätze ergeben, die in der Konzernbilanz allesamt in einem Posten zusammengefasst werden. Über die beim Zustandekommen dieses Postens angewandten Bewertungsmethoden können keine klaren Aussagen gemacht werden, vielmehr liegt ein undurchsichtiges Bewertungskonglomerat vor. Die Entwicklung eines derartigen Postens, insbesondere die Auswirkung der Änderung von Bewertungsmethoden, bleibt im Dunkeln und es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass damit kein klarer Einblick in die Vermögens- und Ertragslage des Konzerns gegeben wird.

Nach der herrschenden Meinung besteht jedoch keine rechtliche Verpflichtung, bei der Ermittlung der Wertansätze der Konzernbilanz einheitliche Bewertungsmethoden anzuwenden. Das Problem ist bislang nicht an Hand der Vorschrift des § 149 Abs. 1 S. 2 AktG, wonach ein möglichst sicherer Einblick in die Vermögens- und Ertragslage gegeben werden muss, beurteilt worden, da man sich den Weg zur Anwendung dieser Vorschrift durch die wörtliche Auslegung von § 331 Abs. 1 Nr. 1 AktG verbaut hat. Man folgert aus dem Wortlaut der Vorschrift,¹³⁶⁾ dass die Übernahme der Wertansätze aus den Einzelbilanzen zwingend vorgeschrieben ist; diese Vorschrift gehe als *lex specialis* der Generalklausel des § 149 Abs. 1 S. 2 AktG vor.

136) "An die Stelle der Anteile an den übrigen einbezogenen Unternehmen treten die Vermögensgegenstände.. aus den Bilanzen dieser Unternehmen, und zwar .. mit den in diesen Bilanzen eingesetzten Werten."

Da der Gesetzgeber es unterlassen habe, einheitliche Bewertungsgrundsätze für die Konzernbilanz vorzuschreiben, seien lediglich die Ansätze der Einzelbilanzen nach den für sie geltenden Bewertungsvorschriften zu untersuchen, eine Prüfung der Wertansätze der Konzernbilanz selbst komme nicht in Betracht. Die herrschende Meinung leitet daraus das sog. "strenge Massgeblichkeitsprinzip" ab, wonach zulässige Wertansätze der Einzelbilanzen zwingend übernommen werden müssen und Umbewertungen unzulässig sind.¹³⁷⁾

Das Ergebnis dieser Gesetzesinterpretation ist befremdlich, weil der Gesichtspunkt der bestmöglichen Aussagefähigkeit des Konzernabschlusses überhaupt nicht berücksichtigt wird und weil die Konzernleitung auf eine rein additive Tätigkeit beschränkt wird. Diese Lösung wird der Verantwortung und umfassenden Kenntnis der Konzernleitung nicht gerecht.¹³⁸⁾ Daher ist zunächst zu untersuchen, welche anderen Möglichkeiten zur Verbesserung der Aussagefähigkeit der Konzernbilanz bestehen; anschliessend soll geklärt werden, ob das Massgeblichkeitsprinzip zwecks Zulassung von Umbewertungen eingeschränkt werden kann.

II. Anwendung von einheitlichen Bewertungsmethoden bei der Aufstellung der Einzelabschlüsse

Die Konzernleitung kann für alle Unternehmen, die in den Konzernabschluss einbezogen werden, einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften erlassen und auf die-

¹³⁷⁾ vgl. Havermann in WP-Hb. 1968 S. 695; Peupelmann, DB 1965 S. 1786; Schirm, DB 1966 S. 1573; Heine, WPg 1967 S. 121; Dreger, S. 136; Baumbach-Hueck, § 331 Anm. 4; Busse von Colbe/Ordelheide, S. 28.

¹³⁸⁾ Durch die Bindung der Konzernleitung an die Entscheidungen der einzelnen Konzernunternehmen würde sich eine Umkehrung des Abhängigkeitsverhältnisses ergeben.

sem Wege mit dem Ziel der Verbesserung der Aussagefähigkeit des Konzernabschlusses Bilanzpolitik betreiben.¹³⁹⁾ Dieser Weg ist in vielen Fällen sicherlich praktikabel, z.B. wenn der Konzern sehr straff organisiert ist, keine Minderheitsbeteiligungen bestehen und die abhängigen Unternehmen mit der Obergesellschaft durch Gewinnabführungsverträge verbunden sind. In anderen Fällen besteht jedoch die Gefahr, dass die Gesichtspunkte der Konzernbilanzpolitik zurückstehen müssen.

Die Einzelabschlüsse dienen u.a. zur Errechnung des ausschüttungsfähigen Gewinns und als Basis für die Ermittlung des steuerlichen Einkommens. Diese beiden Zwecke können ganz entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung der Einzelabschlüsse ausüben, z.B. kann bei Vorhandensein von Minderheitsgesellschaftern das Bestreben dahin gehen, den ausschüttungsfähigen Gewinn möglichst niedrig zu halten, und dies wird in der Regel auch aus steuerlichen Gründen erwünscht sein.¹⁴⁰⁾ In Fällen dieser Art müssen entgegenstehende Gesichtspunkte der Konzernbilanzpolitik zurücktreten. Die Anwendung von einheitlichen Bewertungsvorschriften ist auch in den Fällen nicht möglich, wo niedrigere Werte, die für steuerliche Zwecke für zulässig gehalten werden (§ 155 Abs. 3 Nr. 2 AktG),

139) Nach der herrschenden Meinung ist Konzernbilanzpolitik allein über die Einzelabschlüsse möglich, da in der Konzernbilanz dafür kein Raum ist.

140) In besonderen Situationen, wenn z.B. der Verfall von steuerlichen Verlustvorträgen droht, kann steuerlich jedoch der Ansatz von Höchstwerten geboten sein.

angesetzt werden sollen.¹⁴¹⁾ Gerade die Erfahrungen mit dem Grundsatz der Massgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz zeigen, wie problematisch die Berücksichtigung von Gesichtspunkten ist, die mit der Handelsbilanz selbst nichts zu tun haben. Die Anwendung von konzerneinheitlichen Bewertungsmethoden scheitert in zahlreichen Fällen aber auch an einer hinreichend strengen Organisation. In vielen Konzernen, z.B. in weitgehend dezentral organisierten Finanzkonzernen, sind die Organe der einzelnen Konzernunternehmen mit so weitgehender Selbständigkeit ausgestattet, dass die Durchsetzung von einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden nicht möglich ist.¹⁴²⁾ Die Anwendung von einheitlichen Bewertungsmethoden bei der Aufstellung der Einzelbilanzen kann die Aussagefähigkeit der Konzernbilanz somit nicht in dem erwünschten Umfang sicherstellen.

141) Wegen der Massgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz müssen steuerliche Bewertungswahlrechte bereits in der Handelsbilanz ausgeübt werden. Das führt praktisch zu einer Umkehrung, nämlich zur Massgeblichkeit der Steuerbilanz für die Handelsbilanz. Da die stillen Reserven, die auf Grund von steuerlichen Sondervorschriften gebildet worden sind, inzwischen einen sehr bedeutenden Umfang angenommen haben, wird zu Recht von einer Deformierung der Handelsbilanz durch die Steuerbilanz gesprochen, vgl. Karsten, BB 1967 S. 425 ff; Wöhe, Steuer-Kongress-Report 1967, S. 212 ff; Weilbach, DB 1967 S. 255 f; Flämig, DB 1968 S. 2045 ff. Da die Aussagefähigkeit der Handelsbilanz wegen dieser Verzerrungen stark beeinträchtigt wird, ist bereits verschiedentlich vorgeschlagen worden, den Grundsatz der Massgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz aufzugeben, vgl. Karsten, BB 1967 S. 428; Wöhe, Steuer-Kongress-Report 1967, S. 221.

142) vgl. dazu Klein, DB 1969 S. 1027.

III. Umbewertungen bei der Aufstellung der Konzernbilanz

1. Einschränkung des Massgeblichkeitsprinzips

Umbewertungen sind nur zulässig, wenn man § 331 Abs. 1 Nr. 1 AktG anders als die bislang herrschende Meinung auslegt. Bei der Auslegung von Gesetzen sind alle Auslegungsmethoden anzuwenden. Man darf sich nicht mit der Ermittlung des Wortsinnes zufrieden geben, vielmehr ist die Auslegung erst am Ziel, wenn die Lösung den allgemeinen Anforderungen der Rechtsordnung entspricht, sie muss also insbesondere der Natur der Sache und den von der Rechtsordnung als vorrangig gewerteten Interessen gerecht werden.¹⁴³⁾ Die herrschende Meinung ist bei der Ermittlung des Wortsinnes stehengeblieben, obwohl sich zur weiteren Auslegung im vorliegenden Fall noch folgende Methoden anbieten:¹⁴⁴⁾

- (a) Auslegung nach dem Bedeutungszusammenhang und der Systematik des Gesetzes,
- (b) Auslegung unter Berücksichtigung der Vorstellungen der an der Gesetzgebung beteiligten Personen,
- (c) Auslegung nach dem Gesetzeszweck und den objektiv-teleologischen Kriterien (Natur der Sache).

Erkenntnisziel der Auslegung ist nicht der Wille des historischen Gesetzgebers, sondern der heute massgebende normative Gesetzessinn.¹⁴⁵⁾ Da der Richter eine wertende Entscheidung treffen muss, ist die Auslegung nicht auf rein kognitive Vorgänge beschränkt, sondern auch mit voli-

¹⁴³⁾ vgl. Larenz, Methodenlehre, S. 326, die ausserdem noch genannten Anforderungen der Gerechtigkeit, gleiches Mass der Entscheidungen und Verfassungskonformität sind wegen des technischen Charakters der vorliegenden Frage nicht von Bedeutung.

¹⁴⁴⁾ vgl. Larenz, Methodenlehre, S. 301 ff.

¹⁴⁵⁾ vgl. Larenz, Methodenlehre, S. 300.

tiven Elementen verbunden. Kruse¹⁴⁶⁾ hat die Auslegung zutreffend mit der Tätigkeit des Verordnungsgebers verglichen, der in einem vorgegebenen Rahmen Recht setzt.¹⁴⁷⁾

Die Vorschriften zum Konzernabschluss basieren auf der Einheitstheorie.¹⁴⁸⁾ Da noch keine ausreichenden Erfahrungen bestanden und mit den Vorschriften Neuland betreten wurde, entschloss sich der Gesetzgeber zu einem schrittweisen und vorsichtigen Vorgehen.¹⁴⁹⁾ Er regelte lediglich einige Grundsätze, verzichtete jedoch sowohl auf eine vollständige Regelung als auch auf eine kompromisslose Durchsetzung der Einheitstheorie. Folgende aus dem Gesetz ersichtlichen Grundsätze ergeben sich aus der Einheitstheorie:

- (a) Aufstellung eines Abschlusses für die wirtschaftliche Einheit des Konzerns (§ 329 Abs. 1 S. 1 AktG),
- (b) Notwendigkeit der Kapital- und Schuldenkonsolidierung und der Zwischengewinneliminierung (§ 331 Abs. 1, 2 AktG),
- (c) einheitliche Gliederung des Konzernabschlusses (§§ 331 Abs. 4, 332, 333 AktG).
- (d) Eliminierung der internen Aufwendungen und Erträge (§§ 332, 333 AktG).

Die gesetzliche Regelung sieht keine Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften vor und ist damit aus der Sicht der Einheitstheorie unvollständig. Eine Durchbrechung der aus der Einheitstheorie folgenden Grundsätze hat der

¹⁴⁶⁾ aaO S. 181 ff.

¹⁴⁷⁾ Es bestehen natürlich wichtige Unterschiede: Der Verordnungsgeber schafft allgemein verbindliches Recht, der Richter nur für den Einzelfall verbindliches. Ferner ist der Rahmen der richterlichen Rechtsfindung in der Regel erheblich enger.

¹⁴⁸⁾ vgl. oben S. 5 ; Kropff, S. 436.

¹⁴⁹⁾ vgl. Kropff, S. 437.

Gesetzgeber in folgenden Fällen ausdrücklich zugelassen:

- (a) Unvollständigkeit des Konsolidierungskreises (§ 329 Abs. 2 AktG),
- (b) Übernahme der Wertansätze der Einzelabschlüsse an Stelle einer eigenständigen Bilanzierung und Bewertung,
- (c) Unvollständigkeit der Zwischengewinneliminierung,
- (d) Unvollständigkeit der Eliminierung der internen Aufwendungen und Erträge.

Bei genauerer Betrachtung stellt sich also heraus, dass das Massgeblichkeitsprinzip dem Grundgedanken der gesetzlichen Regelung, der Einheitstheorie, nicht entspricht; es handelt sich vielmehr um eine Ausnahme von der Grundkonzeption der Konzernbilanz.

Aus der Unvollständigkeit der gesetzlichen Regelung ergibt sich, dass der Gesetzgeber keine abschliessende Regelung beabsichtigte, sondern grundsätzlich eine flexible, der Weiterentwicklung zugängliche Regelung schaffen wollte. Daraus kann gefolgert werden, dass allenfalls die Vorschriften, die mit der Einheitstheorie im Einklang stehen, von zwingender Natur sein sollten. Bei den Vorschriften, die die Einheitstheorie durchbrechen, ist dagegen anzunehmen, dass sie nicht zwingend sind, da andernfalls der Weg zur gewünschten Weiterentwicklung abgeschnitten würde.

Die Zulassung von Durchbrechungen der Einheitstheorie beruht auf Praktikabilitätsüberlegungen. Man befürchtete Schwierigkeiten, die nicht bewältigt werden könnten, bzw. ging man wie z.B. bei der Einschränkung der Zwischengewinneliminierung davon aus, dass die Aussagefähigkeit des Konzernabschlusses trotz weitgehender Arbeitsbelastung

nur geringfügig verbessert würde.¹⁵⁰⁾ Im Hinblick auf die Bewertung hatte jedoch das Institut der Wirtschaftsprüfer eine entsprechende Anwendung der aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften vorgeschlagen.¹⁵¹⁾ In der Begründung des Regierungsentwurfs des AktG 1965 wird dieser Punkt nicht erörtert, so dass man nur vermuten kann, dass der Gesetzgeber diesem Vorschlag nicht folgte, weil er auch in diesem Fall praktische Schwierigkeiten befürchtete und vermeiden wollte. Die praktischen Schwierigkeiten sind aber wohl überschätzt worden, da die Leistungsfähigkeit des kaufmännischen Rechnungswesens nicht zuletzt infolge des Einsatzes von EDV-Anlagen stark gestiegen ist.¹⁵²⁾ Mit dem Hinweis auf praktische Schwierigkeiten kann aber nur die Zulassung von Ausnahmen von der Einheitstheorie gerechtfertigt werden, die zwingende Anordnung einer mit der Einheitstheorie in Widerspruch stehenden Bilanzierung kann dagegen hiermit nicht begründet werden. Wenn Methoden zur Überwindung der praktischen Schwierigkeiten gefunden werden, sollten sie vielmehr zwecks Verbesserung der Aussagefähigkeit des Konzernabschlusses angewandt wer-

150) vgl. Kropff, S. 444. Die Schwierigkeiten der Zwischengewinneliminierung im Anlagevermögen sind aber wohl überschätzt worden, vgl. dazu Grobe, WPg 1965 S. 310 ff; Rättsch, WPg 1961 S. 629 ff; Dreger, S. 183, 194 ff. Ausserdem bestehen erhebliche Manipulationsmöglichkeiten, vgl. dazu unten S. .

151) vgl. Ausschüsse Sonderprüfung und Konzernfragen, S. 42. Der Hauptfachausschuss des IdW hatte bereits in einer Stellungnahme zu § 16 Abs. 3 der Mustersatzung der Combined Steel Group und der Combined Coal Control Group die entsprechende Anwendung der damaligen aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften verlangt, vgl. WPg 1954 S. 211 f.

152) Gegebenenfalls können für den Konzernabschluss gesonderte Bücher geführt werden. Diese Praxis wird bereits von zahlreichen US-Tochtergesellschaften befolgt, vgl. auch Dreger, S. 140 f; Wietzke, S. 41.

den.¹⁵³⁾ Man sollte sich nicht durch Berufung auf das "strenge Niederstwertprinzip" der Aufgabe entziehen, an der Weiterentwicklung des Konzernabschlusses mitzuarbeiten. Dadurch würde die Initiative dem Gesetzgeber zugeschoben, der erfahrungsgemäss erst eingreift, wenn Missstände sichtbar geworden sind. Auch darf erst gar nicht der Verdacht aufkommen, dass auf diese Weise ein recht erheblicher Manipulationsspielraum erhalten werden soll.¹⁵⁴⁾

Da das Massgeblichkeitsprinzip dem Grundgedanken der gesetzlichen Regelung widerspricht, ist es eng auszulegen.¹⁵⁵⁾ Es besagt danach, dass die Einzelabschlüsse als Grundlage des Konzernabschlusses dienen, und dass ihre Wertansätze beibehalten werden dürfen. Jedoch besteht keine Verpflichtung zur Beibehaltung ihrer Wertansätze, vielmehr dürfen Umbewertungen vorgenommen werden.¹⁵⁶⁾ Bisslang hat man das Massgeblichkeitsprinzip für ein tragendes Prinzip der Konzernbilanz gehalten.¹⁵⁷⁾ Dieser Rang

153) Darum ist unverständlich, warum z.B. die freiwillige Eliminierung von Zwischengewinnen im Anlagevermögen für unzulässig gehalten wird, vgl. Heine, WPg 1967 S. 121; Haase, DB 1966 S. 1658; Heine-Schulze, WPg 1969 S. 217; Havermann in WP-Hb. 1968, S. 695.

154) Zugleich kann sich daraus der Anstoss zu einem Wettbewerb der Konzerne bei der Verbesserung der Konzernrechnungslegung ergeben, was sicherlich für alle Beteiligten nur von Vorteil wäre.

155) vgl. dazu Larenz, Methodenlehre, S. 327 ff.

156) so auch Klein, DB 1969 S.1028; Fasold, NB 1967, Heft 4 S. 29.

157) Verschiedentlich ist das Massgeblichkeitsprinzip sogar für das oberste Prinzip gehalten worden, es wird z.B. ausgeführt, dass die Zwischengewinneliminierung oder die Geltung eigener Gliederungsvorschriften eine Ausnahme vom Massgeblichkeitsprinzip darstellen. Infolge der Betrachtung aus der falschen Perspektive erschienen viele Probleme in verzerrter Form, z.B. wurden innerkonzernliche Rückstellungen in die Schuldenkonsolidierung einbezogen mit der Begründung, es handle sich um "Verbindlichkeiten" (WP-Hb. 1968 S. 704); andere Fragen wurden unzureichend beantwortet, z.B. die Nichtzulassung der freiwilligen Zwischengewinneliminierung (vgl. oben Anm. 153) und nur in wenigen Fällen konnte man sich zu einer Einschränkung des Massgeblichkeitsprinzips entschliessen, z.B. Steuerrückstellungen für Schachteldividenden, vgl. St/NA 2/67 V 6, WPg 1967, S. 489.

kommt ihm jedoch nicht zu, vielmehr ist es dem Leitgedanken der gesetzlichen Regelung, der Einheitstheorie, unterzuordnen.

2. Grundsätze für Umbewertungen

Durch die Einschränkung des Massgeblichkeitsprinzips wird der Weg zur Anwendung von § 149 Abs. 1 S. 2 AktG frei. Die Wertansätze in der Konzernbilanz müssen daher einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage des Konzerns geben. Hieraus kann aber keine allgemeine Verpflichtung zur Anwendung von einheitlichen Bewertungsmethoden abgeleitet werden, da der Gesetzgeber seine Anforderungen zumindest für den Anfang auf ein Minimum beschränkt und sich mit der Übernahme der Wertansätze der Einzelbilanzen zufrieden gegeben hat. In besonders gelagerten Fällen kann das Bewertungskonglomerat jedoch mit dem Grundsatz des möglichst sicheren Einblicks in die Vermögens- und Ertragslage unvereinbar sein, so dass die Ordnungsmässigkeit die Durchführung von Umbewertungen erfordert.¹⁵⁸⁾ Bei dieser Beurteilung sind vor allem das Mass der praktischen Schwierigkeiten und der Grad der Minderung der Aussagefähigkeit der Konzernbilanz zu berücksichtigen.

Andererseits darf das Recht zur Vornahme von Umbewertungen nicht zur Schaffung eines Manipulationsspielraumes dienen. Umbewertungen müssen also tatsächlich der Verbesserung der Aussagefähigkeit der Konzernbilanz dienen. Die Transparenz der Konzernbilanz kann jedoch nur bei Beachtung des Grundsatzes der Bestimmtheit des Wertansatzes erhöht werden.¹⁵⁹⁾

¹⁵⁸⁾ Dabei denke ich insbesondere an Fälle, wo das Massgeblichkeitsprinzip offenbar zur Manipulation verwendet wird.

¹⁵⁹⁾ vgl. dazu oben S. 44f.

Andernfalls würden weder die Vergleichbarkeit der Wertansätze erhöht noch die Möglichkeiten zur Erläuterung der angewandten Bewertungsmethoden verbessert. Daher ist davon auszugehen, dass Umbewertungen unter Beachtung der Grundsätze der Bestimmtheit des Wertansatzes vorzunehmen sind, und dass Zwischenwerte unzulässig sind. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass die Bewertungsmethoden im Konzerngeschäftsbericht ausreichend erläutert werden müssen.¹⁶⁰⁾

Aus der Durchführung von Umbewertungen ergeben sich weitere Konsolidierungsprobleme, so z.B. die Frage, unter welchem Passivposten die Wertdifferenzen auszuweisen sind.¹⁶¹⁾ Diese Fragen sind aber nicht neu, da bei der erfolgswirksamen Schuldenkonsolidierung ähnliche Probleme auftauchen.¹⁶²⁾ Wenn durch die Umbewertungen un versteuerte stille Reserven aufgedeckt werden, ist auch zu prüfen, ob dafür Steuerrückstellungen zu bilden sind. Wenn es sich um materielle Posten handelt, wird man diese Frage wohl bejahen müssen.¹⁶³⁾

Die für die Umbewertungen massgebenden Grundsätze sind zunächst aus der Natur der Sache abzuleiten. Da Neuland betreten wurde, liegen auf diesem Gebiet noch keine Handelsbräuche oder Verkehrsanschauungen vor. Es ist jedoch anzunehmen, dass sich aus der Natur der Sache abgeleitete Sätze im Laufe der Zeit zu Verkehrsanschauungen verfestigen, und dass sich durch eine entsprechende Bilanzierungspraxis auch auf diesem Gebiet Handelsbräuche entwickeln.

¹⁶⁰⁾ vgl. dazu unten S.

¹⁶¹⁾ In Betracht kommen: Rücklagen, Konsolidierungsausgleichsposten, Bilanzgewinn, Gewinnvortrag oder Jahresüberschuss, vgl. unten S. 134 ff.

¹⁶²⁾ vgl. dazu Havermann in WP-Hb. 1968 S. 709.

¹⁶³⁾ vgl. dazu unten S. 138.

Es ist zu erwarten, dass die Entwicklung von Grundsätzen ordnungsmässiger Konsolidierung und Konzernbilanzierung in ähnlicher Weise verläuft wie die Entwicklung der allgemeinen Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung.¹⁶⁴⁾

Teil II

Die Eliminierung von Zwischengewinnen im Vorratsvermögen

D. Bewertung zu Konzernanschaffungskosten und Konzernherstellungskosten

I. Das Verbot des Ausweises von nicht realisierten Gewinnen in der Konzernbilanz

Die Gewinnrealisierung wird durch das Anschaffungswert- und Realisationsprinzip geregelt.¹⁾ Diese Prinzipien basieren auf dem für den Kaufmann allgemein massgebenden Grundsatz der Vorsicht, der eine vorsichtige Abschätzung der Chancen und Risiken gebietet und den Ausweis von Gewinnen erst nach ihrer Realisierung gestattet. Das Anschaffungswertprinzip verbietet einen über die Anschaffungs- oder Herstellungskosten hinausgehenden Wertansatz, weil sonst unrealisierte und darum unsichere Gewinne ausgewiesen und ausgeschüttet werden könnten, und es verhindert im Interesse des Gläubigerschutzes eine Aushöhlung des Nominalkapitals.²⁾ Das Realisationsprinzip bestimmt, wie und wann Erträge durch Umsätze am Absatzmarkt oder durch analoge Vorgänge entstehen und zur Gewinnrealisierung führen.³⁾

164) vgl. dazu oben S. 47 ff; Scherpf, Handbuch der Aktiengesellschaft, Bd. 2, Rz. 508

1) vgl. dazu oben S. 39 ff.

2) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 67 u. 68.

3) vgl. dazu oben S. 39 f.

Die Frage der Gewinnrealisierung wird nach den verschiedenen Theorien zur Konzernbilanz unterschiedlich beurteilt.⁴⁾ Während die formal-juristische Theorie darauf abstellt, ob der Gewinn aus der Sicht des Einzelunternehmens realisiert ist, kommt es nach der Einheitstheorie darauf an, ob der Gewinn aus der Sicht des Konzerns als wirtschaftliche Einheit realisiert ist. Als Umsätze am Absatzmarkt kommen daher nur Geschäfte mit Konzernfremden in Betracht. Lieferungen und Leistungen innerhalb des Konzerns sind genauso zu beurteilen wie Lieferungen zwischen einzelnen Betrieben desselben Unternehmens.⁵⁾ Genausowenig wie durch interne Lieferungen innerhalb eines Unternehmens Gewinne realisiert werden dürfen, dürfen Gewinne durch Lieferungen und Leistungen zwischen verschiedenen Konzernunternehmen realisiert werden. Für die Konzernbilanz ergibt sich daraus die Schlussfolgerung, dass Vermögensgegenstände, die ganz oder teilweise Lieferungen oder Leistungen anderer Konzernunternehmen darstellen, nur mit den ursprünglichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt werden dürfen. Die sog. Zwischengewinne müssen eliminiert werden.⁶⁾

Die Interessentheorie unterscheidet sich praktisch von der Einheitstheorie nur in der Behandlung von Minderheitsbeteiligungen. Nach der Einheitstheorie gehören die Ausgleichsposten für Anteile im Fremdbesitz zum Eigenkapital, nach der Interessentheorie stellen diese Posten Fremdkapital dar.⁷⁾ Da die Minderheitsbeteiligten als Konzern-

4) vgl. dazu oben S. 4 ff.

5) vgl. Kropff, S. 442.

6) Mit dem Begriff Zwischengewinne wird nicht nur der tatsächlich erzielte Gewinn, sondern die gesamte Spanne zwischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten und dem Veräußerungspreis bezeichnet.

7) vgl. oben S. 6, sie werden als Quasi-Verbindlichkeit betrachtet.

fremde behandelt werden, geht die Interessentheorie davon aus, dass der auf die Minderheitsbeteiligungen entfallende Gewinn durch Umsatz am Absatzmarkt realisiert ist. Die Zwischengewinne sind danach nur insoweit zu eliminieren, als sie auf die Beteiligungsquote der Obergesellschaft entfallen.⁸⁾

Der Gesetzgeber ist dem Verlangen nach einer vorsichtigen Regelung entgegengekommen und hat mit Rücksicht auf praktische Schwierigkeiten teilweise auf die Ausschaltung der Zwischengewinne verzichtet, ohne jedoch den Grundsatz selbst aufzugeben.⁹⁾

In § 331 Abs. 2 AktG wird daher die Zwischengewinneliminierung nur für die Vermögensgegenstände zwingend vorgeschrieben, die ganz oder teilweise Lieferungen oder Leistungen anderer einbezogener Unternehmen darstellen und

1. ohne oder nach Bearbeitung oder Verarbeitung zur Weiterveräußerung bestimmt sind, oder
2. ausserhalb des üblichen Lieferungs- und Leistungsverkehrs erworben wurden.

Diese Gegenstände dürfen höchstens zu dem Wert angesetzt werden, zu dem sie, wenn die einbezogenen Unternehmen auch rechtlich ein einziges Unternehmen bilden würden, in der Bilanz dieses Unternehmens höchstens angesetzt werden dürften (Fiktion der rechtlichen Einheit).

8) vgl. dazu Dreger, S. 41 ff; Wietzke, S. 22 ff.

9) vgl. Kropff, S. 442, 444.

Der Gesetzgeber definiert also zunächst die Konzernbestände, für die eine Abwertung in Betracht kommt. Für die Abwertung selbst wird der Begriff der Zwischengewinneliminierung nicht verwendet, vielmehr umschreibt der Gesetzgeber den Begriff der Konzernanschaffungs- und Konzernherstellungskosten und setzt als Obergrenze den höchstmöglichen Wert dieser Kosten fest. Der die Konzernanschaffungs- oder -herstellungskosten übersteigende Betrag muss eliminiert werden.

Der Gesetzgeber steht also grundsätzlich auf dem Boden der Einheitstheorie, ohne sie freilich in reiner Form zu verwirklichen,¹⁰⁾ da z.B. das Anlagevermögen im wesentlichen von der Zwischengewinneliminierung ausgenommen ist. Soweit Zwischengewinne zu eliminieren sind, ist die vollständige Eliminierung vorgesehen, da höchstens die Konzernanschaffungs- oder -herstellungskosten angesetzt werden dürfen. Die Zwischengewinneliminierung beschränkt sich also nicht auf den der Beteiligungsquote der Obergesellschaft entsprechenden Anteil; eine partielle Eliminierung, die der Interessentheorie entsprechen würde, ist unzulässig.¹¹⁾ Damit ist aber noch nicht gesagt, dass das AktG bei der Zwischengewinneliminierung der Einheitstheorie folgt, vielmehr kommt es für diese Frage noch darauf an, ob die Gewinne allein zu Lasten der Mehrheitsbeteiligung oder anteilig zu Lasten der Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen eliminiert werden.¹²⁾

10) Auch nach der Gliederung der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung werden nur Umsätze mit Konzernfremden als Erträge angesehen. Nach § 332 Abs. 1 Nr. 1, 2. Alternative AktG werden nur Ausenumsatzerlöse ausgewiesen, während die Innenumsatzerlöse mit den Aufwendungen verrechnet oder als Bestandsveränderungen oder als andere aktivierte Eigenleistungen ausgewiesen werden.

11) vgl. dazu Dreger, S. 172 ff, 178; Baumbach-Hueck, § 331 Anm. 23; siehe auch unten S.

12) vgl. dazu unten S. 133 ff.

II. Die Bewertungskonzeption des § 331 Abs. 2 AktG

1. Übersicht über die Theorien

Die Konzernbestände dürfen also nach § 331 Abs. 2 AktG höchstens mit den sog. Konzernanschaffungs- oder -herstellungskosten angesetzt werden. Dem Wortlaut nach entspricht die Vorschrift dem § 133 AktG 1937, der allgemein als Höchstwertvorschrift mit fast unbegrenztem Bewertungsspielraum nach unten beurteilt wurde.¹³⁾

Eine entsprechende Auslegung würde zur Folge haben, dass die tatsächlichen Konzernanschaffungs- oder -herstellungskosten bei der Zwischengewinneliminierung praktisch im beliebigen Umfang unterschritten werden könnten. Diese Auffassung ist verschiedentlich vertreten worden,¹⁴⁾ in einigen Fällen aber inzwischen wieder aufgegeben worden.¹⁵⁾

Das Ergebnis dieser Auslegung befriedigt nicht, weil in der schrankenlosen Zulassung der Bildung von stillen Reserven grosse Gefahren liegen. Diese bestehen vor allem darin, dass eine ungünstige Entwicklung der Ertragslage durch die nicht erkennbare Auflösung von stillen Reserven verschleiert und den Kontrollorganen vorenthalten werden kann. Darin wurde ein Hauptmangel des alten Aktienrechts gesehen, der durch die neuen Bewertungsvorschriften der §§ 153-156 AktG behoben wurde.¹⁶⁾

13) vgl. Adler/Forster in WP-Hb. 1963, S. 336/7.

14) so Schirm, DB 1966, S. 1574; Würdinger, S. 328; Scholtissek, S. 18; Haase, DB 1966, S. 1660; v. Wysocki, WPg 1966, S. 288.

15) so von v. Wysocki, S. 66 und Haase, DB 1967, S. 830.

16) vgl. Kropff, S. 234; Dreger, S. 188; siehe auch oben S. 44 ff.

Die Bestimmung wird aber auch als Fixwertvorschrift interpretiert.¹⁷⁾ Danach sollen die höchstzulässigen Konzernanschaffungs- bzw. -herstellungskosten massgebend sein. Die Zwischengewinneliminierung darf nur die Differenz zwischen dem höheren Wertansatz in der Einzelbilanz und dem höchstzulässigen Wertansatz in der Konzernbilanz umfassen. Eine weitergehende Zwischengewinneliminierung ist unzulässig.

Diese Auslegung der Vorschrift hat den Nachteil der zu grossen Starrheit. Es wird nicht berücksichtigt, dass in der Praxis sehr verschiedenartige Kostenrechnungssysteme angewendet werden und auch erforderlich sind, um den jeweiligen betrieblichen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Die Ermittlung von Vollkosten, die für die Feststellung der höchstzulässigen Herstellungskosten erforderlich ist, kann daher in der Praxis auf sehr grosse Schwierigkeiten stossen. Die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften sind den Bedürfnissen der Praxis durch die Einräumung von Aktivierungs- und Methodenwahlrechten entgegengekommen.

Schliesslich wird noch die Auffassung vertreten, dass für die Konzernanschaffungs- oder -herstellungskosten Wertansätze gewählt werden können, die zwischen einem Höchst- und einem Mindestwert liegen. Die Grenzen des Bewertungsspielraums werden aber nicht einheitlich festgelegt.¹⁸⁾

Diese Handhabung der Zwischengewinneliminierung trägt den zuvor erhobenen Bedenken Rechnung. Vor einer näheren Untersuchung dieser Lösung ist aber zunächst zu klären, welche Konzeption der Bestimmung des § 331 Abs. 2 AktG zugrundeliegt.

17) so Havermann in WP-Hb. 1968, S. 693; v. Wysocki, S. 66; Heine, WPg 1968, S. 200; Heine/Schulze, WPg 1969, S. 217; Haase, DB 1967, S. 830; St/NA 2/1967, WPg 1967, S. 489.

18) so Busse von Colbe/Ordelheide, S. 159; Dreger, S. 186.

2. Konzeption des § 331 Abs. 2 AktG nach der Entstehungsgeschichte

Bei der Untersuchung dieser Frage ist von der Begründung des Regierungsentwurfs und dem Bericht des Rechtsausschusses auszugehen. Übrigens berufen sich Vertreter beider Theorien auf diese Materialien.¹⁹⁾

In der Begründung des Regierungsentwurfs heisst es:²⁰⁾

"Der Entwurf verzichtet auf eine Begriffsbestimmung des Zwischengewinns, vielmehr begnügt er sich, da es ihm nur auf die Ausschaltung der Zwischengewinne ankommt, mit einer Höchstwertbestimmung für diejenigen Vermögensgegenstände, bei denen die Zwischengewinne ausgeschaltet werden sollen."

Der Entwurf wollte also auf eine exakte Eliminierung der Zwischengewinne verzichten und sich statt dessen mit der Festlegung einer Wertgrenze begnügen, die eine vollständige Ausschaltung der Zwischengewinne garantiert. Dabei wollte er in Kauf nehmen, dass u.U. nicht der exakte Zwischengewinn, sondern ein höherer Betrag eliminiert wird.

Die Begründung zum Regierungsentwurf spricht also dafür, dass nur ein Höchstwert vorgesehen war.

Der Gesetzgeber²¹⁾ war sich des Charakters der Vorschrift als einer Höchstwertvorschrift bewusst. Er hat nämlich die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften, die im Re-

19) so Havermann in WP-Hb. 1968, S. 693, für die Fixwerttheorie und Haase, DB 1966, S. 1660 für die Höchstwerttheorie.

20) vgl. Kropff, S. 444.

21) hier der Rechtsausschuss des Bundestages.

gierungsentwurf als Höchstwertvorschriften konzipiert waren, in ein System fester Bewertungsvorschriften umgestaltet und sich dabei im grossen Umfang der Methode bedient, das im Regierungsentwurf verwendete Wort "dürfen" durch das Wort "sind" zu ersetzen.²²⁾ Auf diese Weise hätte auch die Vorschrift des § 331 Abs. 2 AktG in eine Fixwertvorschrift umgewandelt werden können.

Der Gesetzgeber ist aber auf diese Frage gar nicht eingegangen, obwohl ein Anlass dazu bestand. Denn die Vorschrift des § 331 Abs. 2 AktG enthielt in der Fassung des Regierungsentwurfs eine Verweisung auf die allgemeinen Bewertungsvorschriften.²³⁾ Die im Regierungsentwurf vorgesehene Verweisung wurde aber nicht entsprechend geändert, sondern ganz gestrichen mit der Begründung, eine Verweisung auf die §§ 153-156 AktG wäre missverständlich, weil die neuen Bewertungsvorschriften nicht mehr als Höchstwertvorschriften gefasst sind. Es bedürfe aber auch keiner Verweisung auf aktienrechtliche Bewertungsvorschriften, weil die für alle Unternehmensformen geltenden Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung den höchsten anzusetzenden Wert hinreichend genau bestimmen.²⁴⁾

Danach wurde also nur der Ermittlung des höchsten anzusetzenden Wertes Bedeutung zugelegt, während die Festsetzung von Fixwerten ausdrücklich abgelehnt wurde. Die Vorschrift des § 331 Abs. 2 AktG ist somit vom Gesetzgeber als Höchstwertvorschrift konzipiert worden.

22) vgl. Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/3296, S. 84-86, wo § 146 RE und §§ 146-146 c in der Fassung der Beschlüsse des 12. Ausschusses gegenübergestellt sind.

23) vgl. Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/171, §§ 319 Abs. 2, 146.

24) vgl. Kropff, S. 444.

3. Einschränkung der Höchstwertvorschrift des § 331 Abs. 2 AktG durch die Grundsätze ordnungsmässiger Konzernbilanzierung

Aus der Konzeption des § 331 Abs. 2 AktG als Höchstwertvorschrift ergibt sich aber nicht zwangsläufig die Zulässigkeit der Bildung von beliebigen stillen Reserven bei der Zwischengewinneliminierung. Diese Frage ist vielmehr nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung, insbesondere ordnungsmässiger Konzernbilanzierung zu beurteilen.²⁵⁾

a) Unzulässigkeit der Bildung von beliebigen stillen Reserven bei der Zwischengewinneliminierung

Die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, die nach der Generalklausel der §§ 331 Abs. 4, 149 Abs. 1 AktG auch bei der Zwischengewinneliminierung zu berücksichtigen sind, sind, wenn wie im vorliegenden Fall keine besonderen gesetzlichen Vorschriften oder Sätze des Gewohnheitsrechts vorliegen, aus den Handelsbräuchen und Verkehrsanschauungen sowie aus der Natur der Sache abzuleiten.²⁶⁾ Bei der Untersuchung der Frage, ob der Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes für Unternehmen, die nicht den aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften unterliegen, gilt, wurde bereits dargelegt, dass die beliebige Bildung von stillen Reserven mit den Aufgaben der Rechnungslegung nicht im Einklang steht. Die Vornahme von pauschalen Wertabschlägen wurde jedoch in der Vergangenheit aus Gründen der Vorsicht allgemein für zulässig gehalten und entsprach auch dem Handelsbrauch.²⁷⁾ Dieser Handelsbrauch galt jedoch nur für die Bilanzierung von Einzelunternehmen. Auf dem Gebiet der Konzernbilanzierung bestehen keine in die Zeit

25) Die GoB können im Hinblick auf den Konzernabschluss in die Grundsätze ordnungsmässiger Konsolidierung und Konzernbilanzierung unterteilt werden.

26) vgl. dazu oben S. 31 ff.

27) vgl. dazu oben S. 46 .

vor dem AktG 1965 zurückreichenden Handelsbräuche, da die aktienrechtliche Konzernrechnungslegung nach § 23 Abs. 1 EG AktG erst ab 1. Januar 1967 obligatorisch ist und infolgedessen noch am Anfang ihrer Entwicklung steht.²⁸⁾

Vielmehr wird die Zulässigkeit der Bildung von beliebigen stillen Reserven seit der Einführung des AktG 1965 in zunehmendem Umfang in Frage gestellt und es ist zweifelhaft, ob der alte Handelsbrauch noch allgemein geübt wird.²⁹⁾

Deshalb verbietet sich die Annahme, dass der alte Handelsbrauch für die Konzernbilanz übernommen worden ist und im Rahmen der Zwischengewinneliminierung angewandt wird.

Aus den in der Literatur veröffentlichten Äußerungen von Wissenschaftlern und Praktikern ist vielmehr zu entnehmen, dass die Zulassung der Bildung von beliebigen stillen Reserven ganz überwiegend abgelehnt wird.³⁰⁾ Auch aus den nicht veröffentlichten Protokollen über die Arbeitstagung des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. in der Zeit vom 8. bis 10.11.1967 in Baden-Baden ergibt sich, dass eine Unterschreitung der Konzernanschaffungs- oder -herstellungskosten bei der Zwischengewinneliminierung von den Berufsangehörigen fast einhellig abgelehnt wird.³¹⁾ Da es der Wirtschaft vor allem darauf ankommt, die Differenz

28) Die Pflicht zur Konzernrechnungslegung nach dem Gesetz Nr. 27 des Rates der Alliierten Oberkommission vom 16. Mai 1950 bestand nur vorübergehend und erstreckte sich nur auf Unternehmen der Kohle- und Stahlindustrie, vgl. oben S. 3.

29) vgl. dazu oben S. 48.

30) vgl. Busse von Colbe/Ordeltz, S. 157-160; Dreger, S. 188; v. Wysocki, S. 66; Havermann in WP-Hb. 1968, S. 693; Heine, WPg 1968, S. 200; Heine/Schulze, WPg 1969, S. 217; Haase, DB 1967, S. 830; Fasold, NB 4/1967, S. 30; St/NA 2/1967, WPg 1967, S. 489.

31) Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Protokolle besteht beim Institut der WP in Düsseldorf.

zwischen Bilanzgewinn der Obergesellschaft und Konzernbilanzgewinn möglichst niedrig zu halten, ist auch nicht anzunehmen, dass in der Praxis anders verfahren wird. Außerdem kann man davon ausgehen, dass die Ansichten der Berufsangehörigen durch die Praxis bestätigt werden. Die Einstellung der Praxis ist wohl besonders durch den Gedanken beeinflusst worden, dass auf dem Teilgebiet, auf dem der Gesetzgeber eine eigenständige Bewertung vorge-schrieben hat, an die Konzernbilanz keine geringeren Anforderungen gestellt werden sollten als an die Bilanz einer Aktiengesellschaft. Da die wirtschaftliche Bedeutung der Konzerne keinesfalls geringer ist als die der Aktiengesellschaften, sind keine Gründe für eine Verminderung der qualitativen Anforderungen erkennbar.

Man wird daher davon ausgehen dürfen, dass sich eine Verkehrsanschauung gebildet hat, wonach es unzulässig ist, bei der Zwischengewinneliminierung stille Reserven im beliebigen Umfang zu bilden. Diese Anschauung ist, da sie auch der Natur der Sache entspricht, grundsätzlich zu beachten. Es besteht auch kein Wahlrecht zur Bildung von beliebigen stillen Reserven.³²⁾

b) Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes

Die beliebige Bildung von stillen Reserven kann durch verschiedene Methoden eingeschränkt oder ausgeschlossen werden, z.B. dadurch, dass entsprechend der Fixwerttheorie immer der Höchstwert anzusetzen ist. Eine Einschränkung würde sich ergeben, wenn die Auswahl von beliebigen Wertansätzen auf einen Spielraum mit festen Wertober- und -un-

³²⁾ vgl. dazu oben S. 33 f.

tergrenzen beschränkt würde. Schliesslich könnte die Auswahl unter den Wertansätzen durch die Bindung an den Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes eingeschränkt werden. Nach diesem Grundsatz dürfen nur nach bestimmten Bewertungsmethoden ermittelte Werte angesetzt werden; Zwischenwerte sind unzulässig.³³⁾

Die Nachteile der Fixwerttheorie sind bereits aufgezeigt worden.³⁴⁾ Die Versagung jeglicher Bewertungsfreiheit erscheint nur dann als gerechtfertigt, wenn die Zwecke der Rechnungslegung nicht durch ein weniger einschneidendes Mittel erfüllt werden können. Die beiden letztgenannten Methoden standen auch bei der Neuregelung der aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften zur Diskussion. Der Regierungsentwurf sah einen freien Bewertungsspielraum mit festen Ober- und Untergrenzen vor, während der Gesetzgeber die Bewertungsfreiheit auf die Auswahl der Bewertungsmethoden beschränkte und im übrigen den Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes einführte.³⁵⁾ Der Gesetzgeber entschied sich für diese Lösung, weil er einerseits befürchtete, dass die Nachprüfung der Einhaltung des freien Bewertungsspielraums mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein würde, und weil er andererseits vor allem die Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse verbessern wollte.

Die Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse setzt Bewertungstetigkeit voraus bzw. die Erörterung der Abweichungen gegenüber dem Vorjahr. Der Grundsatz der Stetigkeit ist auch für den Konzernabschluss von vordringlicher Bedeutung, da nach § 334 Abs. 2 AktG im Konzerngeschäftsbericht die we-

33) vgl. dazu oben S. 44 ff.

34) vgl. dazu oben S. 81 .

35) vgl. Kropff, S. 240 ff.

sentlichen Abweichungen vom letzten Konzernabschluss zu erläutern sind. Die Abweichungen bei der Bewertung können aber nur dann festgestellt werden, wenn die Bewertung methodisch erfolgt. Wenn bei der Bewertung pauschale Abschläge vorgenommen werden, ist es schwierig überhaupt festzustellen, ob die Bewertungsstetigkeit unterbrochen wurde. Die exakte Ermittlung des Abweichungsbetrags ist überhaupt nicht möglich. Dagegen sind die sich aus der Änderung von Bewertungsmethoden ergebenden Abweichungen genau messbar.

In der Literatur ist die Frage, ob der Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes für die Zwischengewinneliminierung gilt, bislang nicht untersucht worden. Dreger³⁶⁾ und Busse von Colbe/Ordeltzheide³⁷⁾ erörtern zwar ein System von aktivierungspflichtigen und aktivierungsfähigen Kosten, nehmen aber zu dem Erfordernis der Bestimmtheit des Wertansatzes nicht klar Stellung.³⁸⁾ Daher ist davon auszugehen, dass sich in dieser Frage auch noch keine Verkehrsanschauung gebildet hat. Da die praktische Durchführung der Fixwerttheorie mit sehr grossen Schwierigkeiten verbunden ist, erscheint es zweifelhaft, dass die beteiligten Wirtschaftskreise zu ihrer Hinnahme bereit sind. Daher ist davon auszugehen, dass sich auch noch keine Verkehrsanschauung im Sinne dieser Theorie gebildet hat. Mangels entsprechender Handelsbräuche oder Verkehrsanschauungen sind daher die für die Zwischengewinneliminierung massgebenden Grundsätze aus der Natur der Sache abzuleiten. Aus den vorstehend aufgeführten Gründen wird die Bildung von beliebigen

³⁶⁾ vgl. S. 189.

³⁷⁾ vgl. S. 150/1, 157-160.

³⁸⁾ Busse von Colbe/Ordeltzheide scheinen eher der Ansicht zu sein, dass beliebige Zwischenwerte angesetzt werden können, vgl. S. 128, 157/8.

stillen Reserven am besten durch den Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes eingeschränkt. Durch den obligatorischen Ansatz von Höchstwerten würde die Bewertungsfreiheit zu weitgehend eingeschränkt, während durch die Zulassung eines freien Bewertungsspielraums die Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse beeinträchtigt würde. Daher ist bei der Bewertung der sog. Konzernbestände der Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes zu beachten.

4. Übersicht über die zulässigen Wertansätze

Dem Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes entspricht der Ansatz zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Bei der Ermittlung dieser Kosten können die verschiedensten Aktivierungs- und Methodenwahlrechte ausgeübt werden.

Ausserdem entsprechen dem Bestimmtheitsgrundsatz noch die nach dem strengen Niederstwertprinzip anzusetzenden Werte, der niedrigere Börsen- oder Marktpreis und der niedrigere beizulegende Wert (§ 155 Abs. 2 AktG). Diese Werte dürfen bereits bei der Aufstellung der Einzelbilanzen nicht überschritten werden. Deshalb kommen Abwertungen auf diese Ansätze nur in Betracht, wenn das strenge Niederstwertprinzip bei der Aufstellung der Einzelbilanz nicht beachtet worden ist.

Schliesslich entsprechen dem Bestimmtheitsgrundsatz die nach den Wertansatzwahlrechten zulässigen Wertansätze (§ 155 Abs. 3 und 4 AktG). Das Recht zum Ansatz von niedrigeren Werten, die für steuerliche Zwecke zulässig sind, kommt nicht in Betracht, da die Konzernbilanz für die Besteuerung nicht massgebend ist. Dagegen sind Wertansätze nach dem Abwertungswahlrecht wegen zu erwartender Wertschwankungen sowie nach dem Beibehaltungswahlrecht für die

Bewertung der Konzernbestände grundsätzlich zulässig, für die Praxis dürften sie aber bedeutungslos sein.

In der Regel sind die Konzernbestände also zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bewerten.

5. Bewertungsspielraum und Massgeblichkeitsprinzip

Zunächst erhebt sich die Frage, ob die Konzernleitung bei der Auswahl der Bewertungsmethoden an die von den Einzelunternehmen angewendeten Methoden gebunden ist. Das ist jedoch mit der Eigenständigkeit des Bewertungsverfahrens nach § 331 Abs. 2 AktG unvereinbar und wäre auch in der Praxis viel zu kompliziert.³⁹⁾

Daher ergibt sich auf Grund der Aktivierungs- und Methodenwahlrechte ein Bewertungsspielraum. Es ist nun denkbar, dass der Einzelbilanzwert zwischen dem Höchst- und Mindestwert der Konzernherstellungskosten liegt. Nach Busse von Colbe/Ordelheide⁴⁰⁾ soll in derartigen Fällen wegen der Bindung an das Massgeblichkeitsprinzip ein niedrigerer Wertansatz unzulässig sein.

Die Argumentation geht zutreffend davon aus, dass in diesen Fällen keine Verpflichtung zur Zwischengewinneliminierung besteht, da die höchstzulässigen Konzernherstellungskosten nicht überschritten werden. Sie berücksichtigt jedoch nicht, dass der Konzernleitung auf Grund der Methodenfreiheit ein Bewertungsspielraum zusteht, den sie nicht ausnutzen kann, wenn sie an einen im Bewertungsspielraum liegenden Einzelbilanzwert gebunden ist.

³⁹⁾ so auch Dreger, S. 187; Schirm, DB 1966, S. 1574.

⁴⁰⁾ vgl. S. 157.

Bei der Überlegung, welchem Prinzip der Vorzug zu geben ist, sollte meines Erachtens vor allem die Praktikabilität berücksichtigt werden.

Eine weitere Einschränkung der Bewertungsfreiheit würde zu einer erheblichen Komplizierung führen. Denn die Entscheidung, ob der Einzelbilanzwert innerhalb des Bewertungsspielraums liegt, kann nur getroffen werden, wenn auch die höchstzulässigen Konzernherstellungskosten ermittelt werden. Infolgedessen wäre die Ermittlung von zwei verschiedenen Werten erforderlich, wenn sich die Konzernleitung zum Ansatz eines niedrigeren Wertes als den höchstmöglichen entschlossen hat. Um das zu vermeiden, sollte man eine Abwertung auch zulassen, wenn der Einzelbilanzwert zwischen dem Höchst- und Mindestwert der Konzernherstellungskosten liegt.

Die Lösung der vorstehenden Fragen ist völlig unproblematisch, wenn man entsprechend der oben vertretenen Auffassung die Bedeutung des Massgeblichkeitsprinzips einschränkt und davon ausgeht, dass freiwillige Umbewertungen bei der Aufstellung der Konzernbilanz zulässig sind.⁴¹⁾

III. Der Kreis der Gegenstände des Vorratsvermögens, die der Zwischengewinneliminierung unterliegen

1. Umgliederungen ins Anlagevermögen

Das Gliederungsschema des § 151 AktG gilt für die Konzernbilanz entsprechend. Deshalb genügt es nicht, die gleichartigen Posten der Einzelbilanzen zu addieren, vielmehr muss die Zuordnung zu den einzelnen Positionen aus der Sicht des Konzerns als wirtschaftlicher Einheit erfolgen.

41) vgl. dazu oben S. 69 ff.

Posten, die aus der Sicht des Konzerns anders zu beurteilen sind als aus der Sicht der einzelnen Unternehmen, sind daher umzugliedern.⁴²⁾ Das Prinzip der Massgeblichkeit der Einzelbilanz für die Konzernbilanz gilt nur für die Bewertung und nicht für die Gliederung.⁴³⁾ Gegenstände, die aus der Sicht des einzelnen Unternehmens zum Vorratsvermögen gehören, müssen also u.U. ins Anlagevermögen umgegliedert werden. Da das Anlagevermögen nicht zur Weiterveräußerung bestimmt ist, unterliegen diese Gegenstände der Zwischengewinneliminierung nur, wenn sie ausserhalb des üblichen Lieferungs- und Leistungsverkehrs erworben wurden. Deshalb kann die Umgliederung auch darüber entscheiden, ob überhaupt eine Zwischengewinneliminierung vorgenommen werden muss.

Umgliederungen kommen hauptsächlich für Gegenstände in Betracht, die im Auftrag eines anderen Konzernunternehmens hergestellt werden, z.B. soll eine in Auftrag genommene Maschine bei dem anderen Unternehmen als Anlagevermögen dienen. Die Maschine wird in der Einzelbilanz, je nachdem ob sie bereits ganz oder erst teilweise fertiggestellt ist, unter den fertigen oder unfertigen Erzeugnissen ausgewiesen. Aus der Sicht des Konzerns handelt es sich um eine Anlage im Bau, die im Anlagevermögen auszuweisen ist. Für die Konzernbilanz ist daher eine Umgliederung erforderlich. Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass für die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung eine entsprechende Umgliederung von den Bestandsveränderungen in andere aktivierte Eigenleistungen vorzunehmen ist.⁴⁴⁾

42) vgl. Havermann in WP-Hb. 1968, S. 680; Arbeitskreis Chemie, S. 31.

43) vgl. oben S. 18 f.

44) vgl. Havermann - WP-Hb. 1968, S. 686; Busse von Colbe, AG 1966, 319.

Ferner können Umgliederungen für Gegenstände, die ohne konkreten Auftrag auf Vorrat hergestellt werden, in Betracht kommen. Dabei sind die Fälle zu unterscheiden, dass die Gegenstände ausschliesslich von anderen Konzernunternehmen zur Verwendung in deren Anlagevermögen abgenommen werden, und dass die Gegenstände sowohl von Konzernunternehmen als auch von Dritten abgenommen werden. Im ersten Fall sind die Gegenstände ins Anlagevermögen umzugliedern. Im zweiten Fall kann für die Umgliederung auf die überwiegende Art der Verwendung abgestellt werden, wenn keine genaueren Massstäbe, wie z.B. Aufteilung der Gegenstände nach dem Umsatzschlüssel, angewendet werden.⁴⁵⁾

2. Bei einem einbezogenen Unternehmen vorhandene Gegenstände, die ganz oder teilweise Lieferungen oder Leistungen anderer einbezogener Unternehmen darstellen

a) Vorhandene Gegenstände

Die fraglichen Gegenstände müssen am Stichtag des Konzernabschlusses bei dem einzubeziehenden Unternehmen vorhanden sein. Vorhanden sind die Gegenstände, die nach den allgemeinen Bilanzierungsgrundsätzen in der Einzelbilanz des Unternehmens zu erfassen sind. Für die Zurechnung der Vermögensgegenstände ist die wirtschaftliche Betrachtungsweise, wonach es auf die wirtschaftliche und nicht auf die rechtliche Zugehörigkeit ankommt, massgebend.⁴⁶⁾

b) Lieferungen oder Leistungen anderer einbezogener Unternehmen

Die fraglichen Gegenstände müssen ferner ganz oder teilweise Lieferungen oder Leistungen anderer einbezogener Unter-

⁴⁵⁾ ähnlich Havermann in WP-Hb. 1968, S. 686.

⁴⁶⁾ wegen weiterer Einzelheiten vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 30-34.

nehmen sein. Die Pflicht zur Zwischengewinneliminierung besteht nicht für Lieferungen von Konzernunternehmen schlechthin, sondern nur für Lieferungen und Leistungen der Konzernunternehmen, die in den Konzernabschluss einbezogen werden. Zwischengewinne, die in Lieferungen von nicht konsolidierten Unternehmen enthalten sind, brauchen daher nicht eliminiert zu werden.⁴⁷⁾

c) Lieferungen oder Leistungen aus der Zeit vor der Konzernzugehörigkeit

Vor allem bei der erstmaligen Konsolidierung eines Unternehmens, das neu erworben oder unter einheitliche Leitung gestellt wurde, kann sich die Frage ergeben, ob Gegenstände, die ganz oder teilweise Lieferungen oder Leistungen dieses Unternehmens aus der Zeit vor seiner Konzernzugehörigkeit darstellen, der Zwischengewinneliminierung unterliegen.

Nach wörtlicher Auslegung des § 331 Abs. 2 AktG sind die Voraussetzungen erfüllt. Dabei würde aber nicht berücksichtigt, dass es sich zum Zeitpunkt des Bezuges um konzernfremde Lieferungen und Leistungen handelte. Bei einer Einbeziehung in die Zwischengewinneliminierung würden infolgedessen die ursprünglichen Konzernanschaffungskosten unterschritten. Die Gegenstände werden daher auch aus der Sicht des Konzerns mit keinem unzulässigen Wert angesetzt, und sie unterliegen deshalb der Zwischengewinneliminierung nicht.⁴⁸⁾

d) Unmittelbarkeit der Lieferungen oder Leistungen

Es ist denkbar, dass ein im Konzern hergestellter Gegenstand den Konzernbereich zunächst verlässt und anschlie-

47) Zu der Frage, ob sie freiwillig eliminiert werden dürfen, vgl. unten S. 105 f.

48) a.A. Dreger, S. 211.

ssend von einem Konzernunternehmen zurückerworben wird. Dieser Gegenstand stellt dann zwar ein Produkt eines anderen einbezogenen Unternehmens dar, er ist dem Unternehmen aber nicht unmittelbar von dem anderen einbezogenen Unternehmen geliefert worden. Durch die Veräußerung an das konzernfremde Unternehmen ist der Gewinn im Sinne des Realisationsprinzips durch Umsatz am Absatzmarkt endgültig entstanden.⁴⁹⁾ Eine Zwischengewinneliminierung kommt daher nur für unmittelbare Lieferungen oder Leistungen von anderen einbezogenen Unternehmen in Betracht.

e) Gegenstände, die ganz oder teilweise Lieferungen darstellen

Ein Gegenstand ist ganz eine Lieferung eines anderen Unternehmens, wenn der gelieferte Gegenstand noch unverändert vorhanden ist. Ein Gegenstand ist teilweise eine Lieferung eines anderen Unternehmens, wenn das Unternehmen den erworbenen Gegenstand be- oder verarbeitet hat. Der gelieferte Gegenstand ist dann Bestandteil des neuen Gegenstandes, der durch die Be- oder Verarbeitung entstanden ist. Es ist auch möglich, dass Lieferungen von mehreren anderen einbezogenen Unternehmen durch Be- oder Verarbeitung zu Bestandteilen eines neuen Gegenstandes werden.

Die Lieferung des anderen Unternehmens kann aus einstufiger oder mehrstufiger Fertigung hervorgegangen sein. Mehrstufige Fertigung liegt vor, wenn bereits in den Liefergegenstand selbst Lieferungen oder Leistungen von einbezogenen Konzernunternehmen eingegangen sind. Bei mehrstufiger Fertigung sind die Zwischengewinne aller Vorstufen zu eliminieren.

49) vgl. oben S. 77.

f) Gegenstände, die teilweise Leistungen darstellen

Unter den Begriff der Leistung fallen alle Leistungen, die keine Lieferungen darstellen. Da die Verschaffung eines Gegenstandes eine Lieferung darstellt, kann ein Gegenstand nur teilweise und nicht ganz aus Leistungen anderer Unternehmen bestehen. Leistungen können also nur in Gegenständen eingehen, die dem Leistungsempfänger bereits gehören.

Beim Empfänger schlagen sich die Leistungen zunächst als Aufwand nieder. Sie gehen nur dann in den vorhandenen Gegenstand ein, wenn sie als Anschaffungsnebenkosten oder als Teile der Herstellungskosten aktiviert werden.

Als aktivierungspflichtige bzw. aktivierungsfähige Leistungen kommen vor allem Lohnveredelungen in Betracht; von Bedeutung sind ausserdem noch die Transportkosten.⁵⁰⁾

g) Verbrauch von Energie und anderen Betriebsstoffen

In diesem Zusammenhang ist die Frage zu erörtern, ob ein Gegenstand teilweise eine Lieferung oder eine Leistung eines anderen Unternehmens darstellt, wenn zu seiner Herstellung Energie verwendet worden ist, die von dem anderen Unternehmen geliefert wurde, z.B. Elektrizität zur Aluminiumherstellung oder Koks zur Stahlerzeugung. Die gelieferte Energie ist in diesen Fällen vollkommen verbraucht worden, sie ist nicht mehr vorhanden. Deshalb stellt das Erzeugnis keine teilweise Lieferung des anderen Unternehmens dar. Da andererseits die Verfügungsmacht über diese Gegenstände (Elektrizität oder Koks) verschafft wurde, lag eindeutig eine Lieferung vor und nicht etwa Leistung im oben erörterten Sinne.

⁵⁰⁾ vgl. Dreger, S. 182; Würdinger, S. 328.

Fälle dieser Art werden also vom Wortlaut des § 331 Abs. 2 AktG nicht erfasst. Da der Faktoreinsatz in den genannten Fällen wertmässig aber von genauso grosser Bedeutung ist wie der Einsatz der Rohstoffe, halte ich eine Zwischengewinneliminierung für erforderlich. Der Verbrauch von Energie führt genauso zu einer Wertsteigerung der Erzeugnisse wie z.B. die Lohnveredelung durch andere Unternehmen. Daraus folgt die Notwendigkeit einer analogen Anwendung der Vorschriften des § 331 Abs. 2 AktG. Deshalb unterliegen Gegenstände, bei deren Herstellungskosten Energieverbrauch aktiviert wurde, der Zwischengewinneliminierung in derselben Weise wie Gegenstände, die teilweise Leistungen anderer Unternehmen darstellen.

3. Zur Weiterveräusserung bestimmte Gegenstände

Die Konzernbestände unterliegen der Zwischengewinneliminierung, wenn sie ohne oder nach Be- oder Verarbeitung zur Weiterveräusserung bestimmt sind. Dazu gehören Waren und fertige Erzeugnisse sowie unfertige Erzeugnisse und Rohstoffe, die nach weiterer Be- oder Verarbeitung ebenfalls zur Weiterveräusserung bestimmt sind.

Fraglich ist dagegen, ob auch Hilfsstoffe zur Weiterveräusserung bestimmt sind.

Die Hilfsstoffe gehen neben den Rohstoffen in die Erzeugnisse ein. Die Rohstoffe werden zu deren Hauptbestandteil, die Hilfsstoffe bilden dagegen nur einen untergeordneten Bestandteil, so z.B. Nägel, Schrauben, Lacke, Verpackungsmaterial.⁵¹⁾ Die Grenze zwischen Roh- und Hilfsstoffen ist

⁵¹⁾ vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 151 Anm. 118, 119.

aber fliessend, da keine genaue Wertgrenze dafür besteht, wann die in den Erzeugnissen enthaltenen Stoffe Hauptbestandteil und wann sie untergeordneter Bestandteil sind. Es kann aber nicht geleugnet werden, dass die Hilfsstoffe ebenfalls zur Weiterveräußerung bestimmt sind.⁵²⁾

Roh- und Hilfsstoffe sind nicht zur Weiterveräußerung bestimmt, wenn sie zur Erstellung eigener Anlagen oder für Reparaturen verwendet werden sollen.⁵³⁾ Hierzu gehört auch der oben erwähnte Fall, dass die Erzeugnisse ausschliesslich an andere einbezogene Unternehmen zwecks Verwendung als Anlagevermögen verkauft werden.⁵⁴⁾

Betriebsstoffe werden nicht Bestandteil der Erzeugnisse, da sie bei deren Herstellung verbraucht werden, so z.B. Energie, Brennstoffe, Reinigungs- und Schmiermaterial. Zu den Betriebsstoffen gehören ferner Büro- und Werbematerialien, letztere nur, soweit sie zur unentgeltlichen Abgabe bestimmt sind.⁵⁵⁾ Da die Betriebsstoffe nicht zur Weiterveräußerung bestimmt sind, kommt für sie eine Zwischengewinneliminierung nur in Betracht, wenn sie ausserhalb des üblichen Lieferungs- und Leistungsverkehrs bezogen wurden.⁵⁶⁾

52) so auch Havermann in WP-Hb. 1968, S. 694; Scholtissek, S. 43, der in diesem Zusammenhang die Frage stellt, ob bei relativ geringer Bedeutung auf die Zwischengewinneliminierung verzichtet werden dürfe, dazu vgl. unten S. 103f. a.A. Busse von Colbe/Ordelsheide, S. 160, die meinen, Hilfsstoffe dienen der Erzeugung eines anderen Gutes und seien deshalb nicht zur Weiterveräußerung bestimmt. Auch bei Vorhandensein erheblicher Zwischengewinne müssten sie mit ihrem Einzelbilanzwert in die Konzernbilanz übernommen werden. Heine, WPg 1967, S. 121, meint, die Hilfsstoffe seien Unkostenstoffe und infolgedessen nicht nach Be- oder Verarbeitung zur Weiterveräußerung bestimmt.

53) vgl. Havermann in WP-Hb. 1968, S. 694.

54) vgl. oben S. 92f.

55) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 151 Anm. 120.

56) so auch St/NA 2/1967, WPg 1967, S. 490; Havermann in WP-Hb. 1968, S. 694; Busse von Colbe/Ordelsheide, S. 160; Heine, WPg 1967, S. 121; Würdinger, S. 328.

In diesem Zusammenhang ist noch die Frage zu klären, ob bei Versorgungsunternehmen lagernde Betriebsstoffe genauso zu behandeln sind, z.B. Kohle, Öl und Gas bei einem Elektrizitätswerk, Gaswerk oder Fernheizungsunternehmen. Teilweise wird die Ansicht vertreten, dass die Zwischengewinneliminierung auch in diesen Fällen nur unter den Voraussetzungen des § 331 Abs. 2 Nr. 2 AktG erforderlich sei.⁵⁷⁾ Die bezeichneten Stoffe sind zwar im allgemeinen Betriebsstoffe, für die genannten Unternehmen stellen sie jedoch Rohstoffe dar. Denn sie werden nach Umwandlung in eine andere Energieform weiterveräußert, nämlich in Form von Elektrizität, Gas oder Fernwärme. Die Stoffe unterliegen deshalb der Zwischengewinneliminierung nach § 331 Abs. 2 Nr. 1 AktG.⁵⁸⁾

4. Lieferungen und Leistungen ausserhalb des üblichen Geschäftsverkehrs

Für Gegenstände, die nicht zur Weiterveräußerung bestimmt sind, besteht die Verpflichtung zur Zwischengewinneliminierung nur, wenn die Voraussetzungen des § 331 Abs. 2 Nr. 2 AktG erfüllt sind.

a) Grammatikalisch genaue Auslegung des § 331 Abs. 2 Nr. 2 AktG

Nach dem Wortlaut der Vorschrift unterliegen der Zwischengewinneliminierung die Vermögensgegenstände, die ganz oder teilweise Lieferungen oder Leistungen anderer einbezogener Unternehmen darstellen, wenn sie ausserhalb des üblichen Lieferungs- und Leistungsverkehrs erworben wurden.

Das Subjekt des Konditionalsatzes, das Wort "sie", bezieht sich auf das Subjekt des Hauptsatzes, das Wort "Vermögensgegenstände". Nach genauer Auslegung sind also nur die

⁵⁷⁾ so Würdinger, S. 328; Scholtissek, S. 43.

⁵⁸⁾ so auch Heine, WPg 1967, S. 121.

Vermögensgegenstände betroffen, die erworben worden sind. Nichterworbene Gegenstände, das sind selbst hergestellte, werden nicht erfasst. Danach würden unfertige und fertige Erzeugnisse nicht zu den Vermögensgegenständen gehören, die der Zwischengewinneliminierung nach dieser Vorschrift unterliegen.

Diese grammatikalisch genaue Auslegung des § 331 Abs. 2 Nr. 2 AktG ergibt jedoch insoweit keinen Sinn, als nach ihrem Wortlaut auch Vermögensgegenstände, die ausserhalb des üblichen Leistungsverkehrs erworben wurden, erfasst werden sollen. Denn nach der Terminologie des Gesetzes können Gegenstände nur durch Lieferung erworben werden, nicht durch Leistung.⁵⁹⁾

b) Auslegung nach Zweck und Sinnzusammenhang

Der Gesetzgeber beabsichtigte, Lieferungen und Leistungen anderer einbezogener Unternehmen von der Verpflichtung zur Zwischengewinneliminierung auszunehmen, wenn sie nicht zur Weiterveräußerung bestimmt sind. Diese Ausnahme sollte aber nur für Lieferungen und Leistungen gelten, die im Rahmen des üblichen Geschäftsverkehrs erfolgen.⁶⁰⁾ Gesetzestechnisch war also eine Regel, eine Ausnahme davon und eine Einschränkung der Ausnahme vorgesehen.

Der Konditionalsatz des § 331 Abs. 2 Nr. 2 AktG musste sich deshalb auf den Begriff "Lieferungen oder Leistungen anderer einbezogener Unternehmen" beziehen.⁶¹⁾ In diesem Sinn wird die Vorschrift auch allgemein verstanden.

⁵⁹⁾ vgl. oben S. 96.

⁶⁰⁾ vgl. Kropff, S. 444.

⁶¹⁾ Der Wortlaut der Vorschrift müsste daher wie folgt berichtigt werden: "..., dürfen,

1. wenn sie ohne oder nach Bearbeitung oder Verarbeitung zur Weiterveräußerung bestimmt sind, oder
2. wenn die Lieferungen oder Leistungen der anderen einbezogenen Unternehmen ausserhalb des üblichen Lieferungs- oder Leistungsverkehrs erfolgten,

in der Konzernbilanz ...".

c) Lieferungen und Leistungen ausserhalb des üblichen Geschäftsverkehrs

Dieser Tatbestand ist für die Zwischengewinneliminierung im Anlagevermögen von grösserer Bedeutung als für die Zwischengewinneliminierung im Vorratsvermögen. Zu den Gegenständen des Vorratsvermögens, die nicht zur Weiterveräußerung bestimmt sind, gehören lediglich die Betriebsstoffe sowie Reparaturmaterialien und andere Gegenstände, die zur internen Verwendung bestimmt sind.⁶²⁾

Die Frage der Üblichkeit erstreckt sich auf die gesamten Umstände des einzelnen Geschäfts und es kommt in erster Linie darauf an, ob das Geschäft zu marktmässigen Bedingungen vorgenommen wurde und ob es aus betrieblichen Gründen überhaupt erforderlich war.⁶³⁾ Die Frage der Üblichkeit kann ausserdem noch nach den branchen-, firmen- oder konzernüblichen Verhältnissen beurteilt werden.⁶⁴⁾ Als Beispiele unüblichen Geschäftsverkehrs werden in der Literatur genannt: wesentlich überhöhte Preise;⁶⁵⁾ Geschäfte, die ausschliesslich der Realisierung von stillen Reserven dienen;⁶⁶⁾ Lieferungen, die nicht zum normalen Programm des Lieferers gehören;⁶⁷⁾ alle Erlöse, die nicht zu den Umsatzerlösen nach § 157 Abs. 1 Nr. 1 AktG gehören.⁶⁸⁾ In den beiden letzten Beispielen wird der Begriff der Üblichkeit meines Erachtens zu eng ausgelegt.

62) vgl. oben S. 92 f.

63) vgl. St/NA 3/67 WPg 1967, S. 489; Havermann in WP-Hb. 1968, S. 695.

64) vgl. Scholtissek, S. 25.

65) vgl. Busse von Colbe/Ordelsheide, S. 161; Dreger, S. 182; Peupelmann, DB 1965, S. 1787; Scholtissek, S. 26, 43, weist aber zu Recht darauf hin, dass überhöhte Preise bereits bei der Aufstellung der Einzelbilanz zu berücksichtigen sind.

66) vgl. Peupelmann, aaO; Dreger, aaO, begründet das vor allem mit der irreführenden Darstellung der Ertrags-situation.

67) vgl. St/NA 3/1967, aaO; Havermann, aaO; Busse von Colbe/Ordelsheide, aaO.

68) vgl. Heine, WPg 1967, S. 121; Baumbach-Hueck, § 331 Anm. 21.

IV. Genauigkeitsgrad bei der Zwischengewinneliminierung

1. Unmöglichkeit oder Unwirtschaftlichkeit einer genauen Zwischengewinneliminierung

Aus den vorstehenden Erläuterungen zu dem Kreis der Gegenstände, die der Zwischengewinneliminierung unterliegen, geht hervor, dass Zwischengewinne in sehr unterschiedlichen Formen und Grössenordnungen vorkommen können. Es ist z.B. möglich, dass ein Gegenstand aus verschiedenen Bestandteilen besteht, die jeweils mehrere Produktionsstufen durchlaufen haben. Auf jeder Stufe können verschiedene Einzelkosten mit unterschiedlichen Zwischengewinnanteilen angefallen sein, und ausserdem können noch in den Gemeinkosten jeder Stufe Zwischengewinnanteile enthalten sein. Eine genaue Erfassung der einzelnen Zwischengewinnanteile kann in derartigen Fällen informationstechnisch unmöglich oder zumindest unwirtschaftlich sein. Dann erhebt sich die Frage nach dem erforderlichen Genauigkeitsgrad bei der Zwischengewinneliminierung.

2. Standpunkt des Gesetzgebers des AktG

Dem Gesetzgeber lag vor allem daran, dass alle wesentlichen Zwischengewinne erfasst werden.⁶⁹⁾ Aus der Freistellung von Betriebsstoffen und Gegenständen des Anlagevermögens, die nach Ansicht des Gesetzgebers für die Zwischengewinneliminierung keine wesentliche Bedeutung haben,⁷⁰⁾ ergibt sich, dass es dem Gesetzgeber auf absolute Genauigkeit nicht ankam. Nach dem Aktiengesetz bestehen daher keine Bedenken gegenüber einer an wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierten Handhabung der Zwischengewinneliminierung.⁷¹⁾

69) vgl. Kropff, S. 444.

70) vgl. Kropff, aaO.

71) so auch Busse von Colbe/Ordelsheide, S. 161/2.

3. Wirtschaftlich vertretbarer Informationswert

Bei der Aufstellung eines Konzernabschlusses muss auch der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit beachtet werden. Aufwand und Nutzen stehen nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis, wenn der Informationswert des Konzernabschlusses durch den zusätzlichen Aufwand nicht mehr merkbar erhöht wird.⁷²⁾ Im Einzelfall ist also festzustellen, ob sich die Aussagefähigkeit des Konzernabschlusses durch eine genauere Berücksichtigung der Zwischengewinne merkbar verbessern würde.

Zu diesem Zweck ist zunächst der Betrag zu schätzen, um den sich die Zwischengewinne voraussichtlich erhöhen oder vermindern. Das Verhältnis des Betrags, um den sich der Zwischengewinn ändert, zu verschiedenen anderen Grössen gibt Auskunft darüber, ob sich der Aussagewert des Konzernabschlusses merkbar erhöht. Vergleichsgrössen sind der Wert der Gegenstände, die den Zwischengewinn enthalten, der gesamte Zwischengewinn, der Gesamtwert der Vorräte, die Jahresüberschussveränderung. Da keine festen Regeln anwendbar sind, besteht bei der Beurteilung der Frage, ob der Aussagewert verbessert wird, ein erheblicher Beurteilungsspielraum.

Die abschliessende Entscheidung, ob die Erhöhung des Informationswertes wirtschaftlich vertretbar ist, hängt davon ab, ob die Verbesserung der Aussagefähigkeit in einem angemessenen Verhältnis zu dem zusätzlichen Aufwand steht.

4. Grundsatz der willkürfreien Darstellung

Das Bestreben nach Wirtschaftlichkeit darf aber nicht zu einer Verletzung des Grundsatzes der willkürfreien Darstellung führen.⁷³⁾ Der Kaufmann muss sich um eine möglichst

⁷²⁾ vgl. Busse von Colbe/Ordeltz, S. 30, 162.

⁷³⁾ Zu diesem Grundsatz ordnungsmässiger Buchführung vgl. Leffson, S. 98 ff, 110.

richtige und vollständige Erfassung der Tatbestände bemühen und darf deshalb geringfügige Tatbestände nicht einfach übergehen.⁷⁴⁾ Daher ist es unzulässig, wegen Geringfügigkeit ganz auf die Zwischengewinneliminierung zu verzichten.⁷⁵⁾ Darin liegt eine bewusst unrichtige und darum willkürliche Darstellung. Aus denselben Gründen ist es unzulässig, den Betrag des zu eliminierenden Gewinns ohne nähere Ermittlungen willkürlich zu schätzen.

Der Zwischengewinn muss zunächst mit zweckmässigen und geeigneten Methoden ermittelt werden. Erst im Anschluss daran kann nach den vorstehenden Grundsätzen beurteilt werden, ob der gegebene Genauigkeitsgrad ausreicht.⁷⁶⁾

V. Freiwillige Zwischengewinneliminierung und Eliminierung von Zwischenverlusten

1. Freiwillige Zwischengewinneliminierung

Eine freiwillige Zwischengewinneliminierung kommt in Betracht, wenn Gegenstände, die ganz oder teilweise Lieferungen oder Leistungen eines anderen einbezogenen Unternehmens darstellen, nicht zur Weiterveräusserung bestimmt sind.

74) Daher sind z.B. in der Bilanz Merkpösten auszuweisen vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 36.

75) so auch v. Wysocki, WPg 1970, S. 124; a.A. Arbeitskreis Chemie, S. 29. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Nichtberücksichtigung von bestimmten Zwischengewinnanteilen bei pauschalen Ermittlungsverfahren unzulässig ist, z.B. Verzicht auf Erfassung der Zwischengewinne in Gemeinkostenzuschlägen oder Nichtberücksichtigung von minimalen Zwischengewinnanteilen.

76) Lediglich in besonders gelagerten Fällen kann eine Zwischengewinnermittlung in grösseren Zeitabständen anstelle der jährlichen in Betracht kommen. Dann müssten allerdings ähnliche Voraussetzungen erfüllt sein wie für die Festbewertung nach § 40 Abs. 4 HGB; vgl. dazu auch Dreger, S. 192.

Die freiwillige Zwischengewinneliminierung wird teilweise unter Berufung auf das Massgeblichkeitsprinzip ohne eine weitere Begründung abgelehnt.⁷⁷⁾ Diese Auslegung erscheint zu formal, da dabei nicht berücksichtigt wird, dass der Gesetzgeber lediglich im Interesse der Praktikabilität auf eine konsequente Durchführung des Prinzips verzichtete.⁷⁸⁾

Die freiwillige Zwischengewinneliminierung muss aber zulässig sein, da sie keine nachteiligen Auswirkungen hat, sondern lediglich zu einer Verbesserung der Aussagefähigkeit des Konzernabschlusses führt. Wenn Zwischengewinne im grösseren Umfang freiwillig eliminiert werden, sollte das im Konzerngeschäftsbericht erwähnt und ausreichend erläutert werden.

Man kann auch für folgende Fälle an eine freiwillige Zwischengewinneliminierung denken:

- (a) die bei einem einbezogenen Unternehmen vorhandenen Gegenstände sind von einem nicht einbezogenen Unternehmen geliefert worden,
- (b) bei einem nicht einbezogenen Unternehmen sind Gegenstände vorhanden, die von einem einbezogenen Unternehmen geliefert wurden.

Eine Berücksichtigung dieser beiden Fälle ist nur bei einer noch weiter gehenden Lösung vom Massgeblichkeitsprinzip möglich.⁷⁹⁾ Da auch Unternehmen, die nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden, zur wirtschaftlichen Einheit des Konzerns gehören, gilt das Verbot des Ausweises nicht realisierter Gewinne grundsätzlich auch für Gegenstände, die von diesen Unternehmen erworben oder an sie geliefert worden

77) so Havermann in WP-Hb. 1968, S. 695; Heine, WPg 1965, S. 121; Heine-Schulze, WPg 1969, S. 217; Haase, DB 1966, S. 1658.

78) vgl. Kropff, S. 444; vgl. oben S. 71 ; so auch v. Wysocki, S. 63; derselbe, WPg 1970, S. 124. Zur Bedeutung des Massgeblichkeitsprinzips vgl. oben S. 69 ff.

79) vgl. dazu Klein, DB 1969, S. 1025 ff, 1028; vgl. auch oben S. 73 ff.

sind. Daher sollte die Zwischengewinneliminierung auch für die vorstehenden Fälle nicht generell ausgeschlossen werden.⁸⁰⁾

Im Fall (a) kann die Zwischengewinneliminierung in der Bilanz nach der üblichen Methode durchgeführt werden, in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung muss aber u.U. ein Sonderposten eingefügt werden, da eine Verrechnung des Zwischengewinns mit anderen Posten mangels Konsolidierung der Gewinn- und Verlustrechnung des Lieferunternehmens nicht in Betracht kommt.

Da die Gegenstände im Fall (b) nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen werden, kann der Zwischengewinn nicht von den Vorräten abgesetzt werden, vielmehr ist der Ausweis eines besonderen Passivpostens erforderlich.⁸¹⁾

2. Eliminierung von Zwischenverlusten

Durch die Vorschrift des § 331 Abs. 2 AktG wird nur der Fall geregelt, dass die Wertansätze in den Einzelbilanzen die Konzernanschaffungs- oder -herstellungskosten überschreiten. Der umgekehrte Fall, dass die Wertansätze in den Einzelbilanzen die Konzernanschaffungs- oder -herstellungskosten unterschreiten, wird vom Gesetzgeber nicht ausdrücklich geregelt. Es ist zu prüfen, ob in derartigen Fällen eine Zuschreibung bis zum Wert der Konzernanschaffungs- oder -herstellungskosten zulässig ist.

Dabei ist zu unterscheiden, ob der Wertansatz in der Einzelbilanz die Konzernherstellungskosten unterschreitet,

⁸⁰⁾ a.A. Haase, DB 1966, S. 1660.

⁸¹⁾ Nach Dreger, S. 210 f, entspricht es in den USA den Grundsätzen ordnungsmässiger Konsolidierung, die Zwischengewinne auch in Fällen dieser Art zu eliminieren.

- (a) weil nach dem Niederstwertprinzip auf den niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder niedrigeren beizulegenden Wert abgewertet wurde, oder
- (b) weil die Preise im konzerninternen Leistungsverkehr unter den tatsächlichen Kosten lagen.

Aus der Sicht des Konzerns als wirtschaftliche Einheit werden Verluste erst realisiert, wenn die Gegenstände an Aussenstehende veräußert werden und den Konzernbereich verlassen.⁸²⁾ Die kaufmännische Vorsicht gebietet jedoch im Fall (a) eine sofortige Berücksichtigung von noch unrealisierten Verlusten (Imparitätsprinzip).⁸³⁾ Da dieses Prinzip nach §§ 331 Abs. 4, 149 Abs. 1 AktG auch für die Konzernbilanz gilt, dürfen Gegenstände, die in der Einzelbilanz wegen zu erwartender Verluste mit einem niedrigeren Wert angesetzt worden sind, nicht aufgewertet werden. Echte Zwischenverluste dürfen in der Konzernbilanz nicht eliminiert werden.^{84) 85)}

82) Zum Realisationsprinzip vgl. oben S. 39 f.

83) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 71-79; Leffson, S. 175.

84) vgl. Busse von Colbe/Ordeltz, S. 158; Haase, DB 1967, S. 830; Baumbach-Hueck, § 331 Anm. 26; Havermann in WP-Hb. 1968, S. 692, will das Verbot der Eliminierung von Zwischenverlusten allein mit dem Massgeblichkeitsprinzip begründen.

85) Mit der Zwischenverlusteliminierung darf übrigens nicht die Frage verwechselt werden, ob Zwischenverlustanteile mit Zwischengewinnanteilen, die in demselben Gegenstand enthalten sind, saldiert werden dürfen. Eine derartige Saldierung ist sogar erforderlich, da im Gesetz nicht die Eliminierung von einzelnen Zwischengewinnanteilen vorgesehen ist, sondern die Bewertung der Gegenstände als Ganzes. Wenn ein Bestandteil eines Gegenstandes einen Zwischenverlustanteil enthält, die anderen Bestandteile jedoch einen höheren Zwischengewinn, so ist nur der Zwischengewinnssaldo zu eliminieren, vgl. Busse von Colbe/Ordeltz, S. 158. Ein Ausgleich von Zwischenverlusten mit Zwischengewinnen anderer Gegenstände ist dagegen unzulässig, da der Grundsatz der Einzelbewertung gilt, vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 149 Anm. 90-93 und oben S. 51.

Für den Fall (b) wird die Zwischenverlusteliminierung im Schrifttum ganz überwiegend unter Hinweis auf den Massgeblichkeitsgrundsatz abgelehnt.⁸⁶⁾ Dadurch wird der Konzernleitung die Möglichkeit eingeräumt, durch Festlegung von Konzernverrechnungspreisen in beliebiger Weise stille Rücklagen zu bilden.⁸⁷⁾ V. Wysocki⁸⁸⁾ weist zu Recht auf den Widerspruch hin, der sich ergibt, wenn andererseits im Fall der erfolgswirksamen Schuldenkonsolidierung nahezu einhellig die Eliminierung der konzerninternen Verluste gefordert wird.⁸⁹⁾ Er meint, dass die Verlusteliminierung nach gleichen Grundsätzen zu behandeln ist und befürwortet die Zulassung der Verlusteliminierung auch bei der Bewertung der Konzernbestände, da allein diese Lösung der Einheitstheorie entspricht.⁹⁰⁾

Die Zulässigkeit der Verlusteliminierung hängt also von der Tragweite des Massgeblichkeitsprinzips ab. Die Grenzen dieses Prinzips sind bereits bei der Untersuchung der Frage, ob freiwillige Umbewertungen zulässig sind, unter-

86) vgl. Granobs, S. 49 f; Haase, DB 1966, S. 1660; Heine, WPg 1967, S. 151; Stahl, BFuP 1967, S. 660.

87) Zur handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Problematik von Konzernverrechnungspreisen vgl. Granobs, S. 59 ff.

88) vgl. WPg 1970, S. 590 ff.

89) vgl. z.B. Busse von Colbe/Ordeltz, S. 170 ff; Arbeitskreis Chemie, S. 24 f; Dreger, S. 143; Fasold, NB 1967, Heft 4, S. 33; Havermann, WP-Hb. 1968, S. 709; Heine, WPg 1967, S. 149; Haase, DB 1966, S. 1659; Schulze, DB 1967, S. 1575 ff; v. Wysocki, Konzernrechnungslegung, S. 52 ff; ders., WPg 1970, S. 103.

90) Schuhmann, vgl. S. 122, will die Ausschaltung konzerninterner Verluste davon abhängig machen, ob die Bildung von stillen Reserven gesetzlich zulässig ist; der Arbeitskreis Chemie, vgl. S. 30, ist der Ansicht, dass die Verluste dann nicht eliminiert zu werden brauchen, wenn die Verwendung der Verrechnungspreise handelsrechtlich nicht zu beanstanden ist. Dreger, S. 170, stellt es der Konzernleitung frei, ob sie Scheinverluste in der Konzernbilanz auflösen oder beibehalten will.

sucht worden.⁹¹⁾ Die für freiwillige Umbewertungen ermittelten Grundsätze gelten daher auch für die Verlusteliminierung in Fällen der vorliegenden Art. Die Konzernleitung ist im Interesse der Verbesserung der Aussagefähigkeit der Konzernbilanz zur Verlusteliminierung berechtigt, wozu in der Regel jedoch keine Rechtspflicht besteht.⁹²⁾

VI. Konzernanschaffungs- und Konzernherstellungskosten

Erworbene Gegenstände des Vorratsvermögens sind mit den Anschaffungskosten, selbsthergestellte mit dem Herstellungskosten zu bewerten. Bei dieser Unterscheidung und bei der Beurteilung der einzelnen Kostenbestandteile ist davon auszugehen, dass die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen auch rechtlich ein einziges Unternehmen bilden (Fiktion der rechtlichen Einheit).

1. Konzernanschaffungskosten

Ein Gegenstand kann mit den Konzernanschaffungskosten bewertet werden, wenn er erworben wurde und im Konzernbereich⁹³⁾ nicht be- oder verarbeitet worden ist. Dazu gehören die fremdbezogenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Waren. Die Anschaffungskosten bestehen aus Anschaffungspreis und Anschaffungsnebenkosten.

Anschaffungspreis ist der Preis, der von dem einbezogenen Unternehmen, das den Gegenstand zuerst erworben hat, entrichtet wurde. Die bei nachfolgenden konzerninternen Lieferungen entrichteten Entgelte sind keine Anschaffungspreise, sondern interne Verrechnungspreise.

91) vgl. oben S. 69 ff.

92) In besonderen Ausnahmefällen, vgl. oben S. 74 .

93) Damit sind die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen gemeint.

a) Ursprüngliche Anschaffungsnebenkosten

Die bei dem erstmaligen Erwerb des Gegenstands entstandenen Anschaffungsnebenkosten sind nach den allgemeinen Grundsätzen zu aktivieren. Dazu rechnen Frachten, Zölle, Provisionen, Kommissionen, Transportversicherungen, Anfuhr- und Abladekosten u.a.⁹⁴⁾

Möglich ist auch die Berücksichtigung von Anschaffungsnebenkosten, die auf Eigenleistungen beruhen, z.B. Anfuhr mit eigenen Fahrzeugen und Be- und Abladen durch eigene Arbeiter. Diese Kosten sind nach den für Herstellungskosten geltenden Grundsätzen zu berechnen. Neben den Arbeitslöhnen können deshalb auch anteilige Abschreibungen sowie anteilige Betriebs- und Verwaltungskosten mitaktiviert werden.⁹⁵⁾ Die Frage, ob diese Eigenleistungen aktivierungspflichtig sind oder ob ein Wahlrecht besteht, ist ebenfalls nach den für die Herstellungskosten entwickelten Grundsätzen zu beurteilen. Danach sind nur leistungsabhängige Kosten aktivierungspflichtig.⁹⁶⁾

Die Anschaffungsnebenkosten können aus Vereinfachungsgründen pauschaliert werden.⁹⁷⁾ Wenn die Anschaffungsnebenkosten im Verhältnis zum Kaufpreis unbedeutend sind oder ihre Ermittlung mit unangemessen hohen Kosten verbunden ist, kann von der Aktivierung abgesehen werden.⁹⁸⁾

b) Anschaffungsnebenkosten auf Grund von Folgelieferungen im Konzern

Zu den Anschaffungskosten gehören alle Aufwendungen, die für das Verbringen des Gegenstands an seinen Bestimmungsort,

94) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 153 Anm. 11, 14.

95) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 153 Anm. 43.

96) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 76-81.

97) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 153 Anm. 25.

98) vgl. St/NA 5/1966, WPg 1966, S. 677; Adler/Düring/Schmaltz, § 153 Anm. 13.

der innerhalb des Konzerns wechseln kann, anfallen. Deshalb können durch Lieferungen innerhalb des Konzerns weitere Anschaffungsnebenkosten verursacht werden, z.B. Frachten, Zölle u.a.

Bei der Beurteilung, ob die bei Folgelieferungen im Konzern entstandenen Kosten den Anschaffungsnebenkosten zuzurechnen sind, sind folgende Grundsätze zu beachten: Die Zuordnung der Kosten zu den Kostenarten ist aus der Sicht des Konzerns zu beurteilen. Nicht aktivierungsfähig sind Vertriebskosten sowie Betriebs- und Verwaltungskosten. Letztere können gegebenenfalls als Eigenleistungen mitaktiviert werden.⁹⁹⁾

Aus der Sicht des Einzelunternehmens gehören z.B. Transportkosten und Kosten für Verpackungsmaterial zu den Vertriebskosten, aus der Sicht des Konzerns jedoch zu den als Anschaffungsnebenkosten aktivierungsfähigen Betriebskosten. Dagegen gelten Werbeaufwendungen auch aus der Sicht des Konzerns als Vertriebskosten, so dass eine anteilige Aktivierung ausgeschlossen ist.¹⁰⁰⁾ Verkäuferprovisionen, aus der Sicht des Einzelunternehmens Einzelkosten des Vertriebs, sind aus der Sicht des Konzerns Verwaltungskosten und nicht aktivierbar.

Diese Beispiele zeigen, dass generelle Regeln, wonach etwa alle im Zusammenhang mit Folgelieferungen tatsächlich angefallenen Kosten aktivierungsfähig sind¹⁰¹⁾ oder dass sämtliche Vertriebskosten der Einzelunternehmen aktiviert werden können¹⁰²⁾ oder nicht aktiviert werden dürfen,¹⁰³⁾ nicht zutreffen.

99) so im Prinzip auch Havermann in WP-Hb. 1968, S. 691.
100) so auch Busse von Colbe/Ordeltz, S. 150.
101) so Arbeitskreis Chemie, S. 29.
102) so Dreger, S. 187; Haase, DB 1966, S. 1660; Heine, WPg 1968, S. 201/2.
103) so van Almsick, AG 1964, S. 210.

Für die Anschaffungsnebenkosten, die auf Eigenleistungen beruhen, gelten die oben unter a) erörterten Grundsätze. Das gilt auch für Transporte, die durch in den Konzernabschluss einbezogene Transportunternehmen durchgeführt werden.¹⁰⁴⁾

c) Kosten auf Grund der rechtlichen Selbständigkeit der Unternehmen

Bei den Folgelieferungen im Konzern können Kosten anfallen, die allein durch die rechtliche Selbständigkeit der einzelnen Unternehmen verursacht werden. Ein Beispiel dafür bildet die Umsatzsteuer - soweit sie Aufwand darstellt-, die bei Lieferungen zwischen Betrieben desselben Unternehmens nicht anfällt. Infolgedessen können sich aus der rechtlichen Selbständigkeit der einzelnen Unternehmen zusätzliche Kosten ergeben, die nicht angefallen wären, wenn der Konzern tatsächlich rechtlich ein einziges Unternehmen darstellen würde. Daher wird die Ansicht vertreten, dass derartige Kosten nicht aktivierungsfähig sind.¹⁰⁵⁾

Bei dieser Auslegung wird die Fiktion der rechtlichen Einheit zu weit ausgedehnt. Die Fiktion besagt lediglich, dass die tatsächlich entstandenen Kosten unter einem bestimmten rechtlichen Gesichtspunkt zu beurteilen sind. Sie besagt nicht, dass von den tatsächlich entstandenen Kosten diejenigen auszuscheiden sind, die im Fall der tatsächlichen rechtlichen Einheit nicht entstanden wären. Das würde auf eine Bewertung von fiktiven Kosten hinauslaufen. Ein fiktiver Sachverhalt soll jedoch nicht zugrundegelegt werden.¹⁰⁶⁾ Diese Kosten sind daher genauso zu beurteilen wie andere Anschaffungsnebenkosten.

104) vgl. dazu das Beispiel bei Busse von Colbe/Ordelsheide, S. 125.

105) so Peupelmann, DB 1965, S. 1787; im Prinzip auch Heine, WFG 1968, S. 201.

106) so auch Busse von Colbe/Ordelsheide, S. 151.

2. Konzernherstellungskosten

Gegenstände des Vorratsvermögens, die im Konzernbereich be- oder verarbeitet worden sind, sind zu den Konzernherstellungskosten zu bewerten.

Der Begriff Herstellungskosten ergibt sich mangels gesetzlicher Regelung aus den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung.¹⁰⁷⁾ Durch § 153 Abs. 2 AktG wird lediglich im Sinne der bisherigen Praxis bestätigt, dass bei der Berechnung der Herstellungskosten Abschreibungen sowie Betriebs- und Verwaltungskosten berücksichtigt werden dürfen.

Aktivierungspflichtig sind nach allgemeiner Auffassung nur die leistungsabhängigen Kosten, für die übrigen Herstellungskosten besteht ein Aktivierungswahlrecht.¹⁰⁸⁾

Die Konzernherstellungskosten sind nach der Fiktion der rechtlichen Einheit zu ermitteln. Die Besonderheit besteht im Vergleich zum Einzelabschluss darin, dass die Kostenbestandteile bei mehreren Unternehmen angefallen sind. Bei der Bewertung im Einzelabschluss werden nur die bei dem Einzelunternehmen angefallenen Kosten berücksichtigt. Die sich daraus für die Kostenermittlung ergebenden Probleme werden unten¹⁰⁹⁾ erörtert. Besonders hervorzuheben ist noch, dass gewinnabhängige Aufwendungen, wie Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie Ausschüttungen an Minderheitsgesellschafter, nicht zu den aktivierungsfähigen Kosten gehören.¹¹⁰⁾

107) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 21; vgl. auch oben S. 52 f.

108) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 79; St/NA 4/1966, WPg 1966, S. 329.

109) vgl. S. 116 ff.

110) vgl. unten S. 134.

a) Schema der Konzernherstellungskosten

Das nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung allgemein verbindliche Herstellungskostenschema ist um die Kostenarten zu ergänzen, die erst aus der Sicht des Konzerns zu Herstellungskosten werden. Es handelt sich dabei nur um die Vertriebskosten der Einzelunternehmen. Die Frage, inwieweit die Vertriebskosten der Einzelunternehmen bei konzerninternen Lieferungen aktiviert werden können, wurde oben ¹¹¹⁾ untersucht. Darauf wird Bezug genommen.

Danach gilt für die Konzernherstellungskosten folgendes Schema:

(a) Leistungsabhängige Kosten (aktivierungspflichtig)

Fertigungsmaterial
Innerbetriebliche Transportkosten
Fertigungslöhne
Leistungsabhängige Fertigungsgemeinkosten:
Energie, Hilfs- und Betriebsstoffe, Werkzeugverbrauch, verschleissbedingte Reparaturen,
Löhne für Hilfspersonal im Fertigungsprozess
Sondereinzelkosten der Fertigung
Auftragsgebundene Entwicklungs-, Versuchs- und
Konstruktionskosten
Vertriebseinkosten, die aus der Sicht des
Konzerns zu einem der vorstehenden Posten gehören

(b) Kosten, die nicht leistungsabhängig sind
(aktivierungsfähig)

Materialgemeinkosten
angemessene Betriebskosten:
bestehend aus fixen Fertigungsgemeinkosten und
Sondergemeinkosten der Fertigung
angemessene Abschreibungen
angemessene Verwaltungskosten
Vertriebsgemeinkosten, die aus der Sicht des
Konzerns zu einem der vorstehenden Posten gehören

¹¹¹⁾ vgl. S. 110 ff.

Wegen weiterer Einzelheiten zu dem Schema wird auf einschlägige Kommentierungen verwiesen.¹¹²⁾

b) Abgrenzung der Kosten

Zur Abgrenzung der in die Herstellungskosten einzubeziehenden Kosten können verschiedene Methoden angewendet werden. Die tatsächlichen Kosten dürfen solange angesetzt werden, wie sie noch angemessen sind. Die Angemessenheit ist nicht mehr gegeben, wenn die Kosten wegen Unterbeschäftigung offenbar überhöht sind.¹¹³⁾

Die Kosten können auch noch nach folgenden Methoden abgegrenzt werden:¹¹⁴⁾

- (a) Kosten auf der Basis der Normalbeschäftigung
- (b) Kosten auf der Basis der optimalen Beschäftigung
- (c) Kosten des kostengünstigsten Betriebes innerhalb des Konzerns

Wenn die Abgrenzung der Kosten nach dem kostengünstigsten Betrieb erfolgt, müssen die rein standortbedingten Kostenvorteile neutralisiert werden, z.B. günstigere Transport- oder Rohstoffkosten, niedrigeres Lohnniveau.¹¹⁵⁾ Andernfalls würden die leistungsabhängigen Kosten, die aktivierungspflichtig sind, unterschritten.

Wenn im Konzern gleichartige Produkte von verschiedenen Unternehmen hergestellt werden, können also grundsätzlich einheitliche Kosten bei der Ermittlung der Konzernherstellungskosten zugrundegelegt werden.

112) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 36-84; WP-Hb. 1968, S. 543 ff, 549.

113) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 61, 62.

114) vgl. dazu im einzelnen Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 21-35.

115) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 30.

E. Die Verfahren zur Ermittlung der Konzernanschaffungs- und Konzernherstellungskosten

Die Verfahren zur Ermittlung der Konzernanschaffungs- und -herstellungskosten bestehen aus zwei Grundtypen, die sich nach der Art ihres Vorgehens unterscheiden. Die erste Methode besteht in der Erfassung aller originären Kosten, die bei den verschiedenen Unternehmen angefallen sind. Die Konzernherstellungskosten eines Gegenstandes ergeben sich danach durch Addition der Werte von sämtlichen originären Kostenbestandteilen (progressive Methode). Die Konzernanschaffungskosten ergeben sich entsprechend aus den ursprünglichen Anschaffungskosten und den bei nachfolgenden internen Lieferungen angefallenen Anschaffungsnebenkosten.

Die zweite Methode geht von den internen Verrechnungspreisen aus und ermittelt die Konzernherstellungskosten durch Eliminierung des Bruttogewinns. Der Begriff "Bruttogewinn" bezeichnet dabei die Spanne zwischen dem internen Verrechnungspreis und den Konzernherstellungskosten des Gegenstandes (retrograde Methode). Nach diesem Verfahren werden zunächst Bruttogewinnspannen für bestimmte Erzeugnisse oder Erzeugnisgruppen ermittelt. Mit Hilfe der Bruttogewinnspanne wird dann der Zwischengewinn aus sämtlichen Erzeugnissen dieser Art oder Gruppe eliminiert.

Die in der Praxis angewandten Verfahren weisen in der Regel Elemente von beiden Grundtypen auf.

I. Progressives Verfahren

Nach der progressiven Methode erfolgt die Ermittlung der Konzernherstellungskosten in folgenden Etappen:

Ausscheidung der derivativen Kosten, Erfassung der originären Kosten, Durchführung der Bewertung.

1. Ausscheidung der derivativen Kosten

a) Verfahren zur Ausscheidung von internen Lieferungen aus den Rohstoff- und Warenbeständen

aa) Individuelle Ermittlung von Menge und Wertansatz

Die Gegenstände des Vorratsvermögens werden von den Unternehmen durch Inventur ermittelt. Die Identifizierung von Gegenständen, die von einem anderen einbezogenen Unternehmen geliefert worden sind, ist bei gesonderter Lagerung ohne weiteres möglich. In derartigen Fällen sind meistens auch die Preise der Gegenstände leicht festzustellen. Für gleichartige Gegenstände, z.B. Bandeisen verschiedener Abmessungen, kann ein Durchschnittspreis gebildet werden. Ausserdem sind der Wertansatz in der Einzelbilanz und die Anschaffungsnebenkosten festzustellen. Auf Grund dieser Informationen, die noch durch nähere Einzelheiten zu vervollständigenden sind, kann die Konsolidierungsstelle die fraglichen Gegenstände mengen- und wertmässig aus dem Ansatz in der Einzelbilanz ausscheiden.

Die Informationen über Menge und Wertansatz müssen aber meistens mit Hilfe bestimmter Verfahren pauschal ermittelt werden.

bb) Durchschnittsmethode

Eine individuelle Ermittlung der internen Lieferungen ist nicht möglich, wenn die Gegenstände im Lager mit externen Lieferungen vermischt worden sind. Menge und Wertansatz können dann nach der Durchschnittsmethode ermittelt werden.¹¹⁶⁾

116) wegen Einzelheiten vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 86, 87.

Danach wird aus dem Anfangsbestand und den Zugängen während des Geschäftsjahres ein gewogener Durchschnittspreis gebildet, mit dem der Endbestand bewertet wird. Der Anteil der internen Lieferungen am Endbestand ergibt sich aus dem Verhältnis der internen und externen Bezüge. Bei schnellerem Umschlag können für die Aufteilung der Bestände auch die Zugänge eines kürzeren Zeitraumes (Halbjahr, Quartal, Monat) zugrundegelegt werden.

Die Bezugsgrundlage für die Aufteilung ergibt sich aus einer statistischen Zusammenstellung der internen und externen Zugänge, die rechtzeitig vorbereitet werden muss.

cc) Simultane Anwendung der Verfahren nach § 155 Abs. 1 S. 3 AktG für Zwecke der Einzel- und Konzernbilanz

Nach § 155 Abs. 1 S. 3 AktG kann der Wertansatz von Gegenständen des Vorratsvermögens mit Hilfe besonderer Verfahren ermittelt werden. Diese Verfahren können simultan für Zwecke der Einzelbilanz und Konzernbilanz angewendet werden, indem Menge und Wert der Bestände aus internen Lieferungen gesondert ausgewiesen werden.

(1) Übersicht über die Verfahren

Für die Ermittlung des Wertansatzes von gleichartigen Gegenständen des Vorratsvermögens kann eine bestimmte Verbrauchsfolge unterstellt werden. Da die Werte von Anfangsbestand und Zugängen feststehen, ergibt sich durch die Festlegung der Verbrauchsfolge automatisch der Endbestand. Die unterstellte Verbrauchsfolge braucht der tatsächlichen nicht zu entsprechen, die Anwendung der Verfahren darf aber im Einzelfall nicht den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung widersprechen.

Vom Gesetz ausdrücklich zugelassene Verfahren sind:

- (a) Fifo-Verfahren (first in - first out)
- (b) Lifo-Verfahren (last in - first out)

Weitere Verfahren sind:

- (c) Hifo-Verfahren (highest in - first out)
- (d) Kifo-Verfahren (Konzern in - first out)

Bei dem Fifo- und Lifo-Verfahren bezieht sich die Verbrauchsfolge auf die Zugangsdaten, beim Hifo-Verfahren auf die Höhe der Einstandspreise und beim Kifo-Verfahren auf die Herkunft der Gegenstände. Das Hifo-Verfahren wird, abgesehen von einigen Gegenstimmen, allgemein für zulässig gehalten.¹¹⁷⁾ Die Zulässigkeit des Kifo-Verfahrens wird unter (3) näher untersucht.¹¹⁸⁾

(2) Simultane Anwendung der Fifo-, Lifo- und Hifo-Verfahren

Eine simultane Anwendung setzt voraus, dass entsprechend den besonderen Erfordernissen der Verfahren getrennte Bestandsfortschreibungen für externe und interne Lieferungen erfolgen. Dann ergeben sich am Jahresende getrennte Endbestände. Je nach der Ausgestaltung des angewendeten Verfahrens kann der Endbestand aus internen Lieferungen noch weiter aufgeschlüsselt werden nach Lieferanten, Daten der Lieferungen oder einzelnen Preisen.

Die einzelnen Verfahren sind wegen der detaillierten mengen- und wertmässigen Fortschreibungen zum Teil mit erheblichen technischen Schwierigkeiten verbunden. Die simultane Anwendung vergrössert diese Schwierigkeiten noch, weil dafür zwei jeweils in sich geschlossene Systeme er-

117) vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 129-132 mit weiteren Hinweisen.

118) Wegen weiterer Einzelheiten zu den Verfahren vgl. Forster/Weirich, WPg 1966, S. 481 ff; Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 88-126.

erforderlich sind.¹¹⁹⁾

(3) Das Kifo-Verfahren

Bei diesem Verfahren werden die internen und externen Bestände gesondert fortgeschrieben. Der Verbrauch wird zunächst bei den internen Beständen abgebucht. Dabei kann nach einem der drei zuvorgenannten Verfahren (Fifo, Lifo, Hifo) vorgegangen werden. Erst wenn der Buchbestand der internen Lieferungen verbraucht ist, wird der weitere Verbrauch vom externen Bestand abgebucht.

Diese Methode geht von einer bestimmten Verbrauchsfolge aus und entspricht insoweit § 155 Abs. 1 S. 3 AktG.¹²⁰⁾ Die Festlegung der Verbrauchsfolge muss aber auch den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung entsprechen. Das kann fraglich sein, wenn die Konzernherstellungskosten der internen Bezüge erheblich unter den Anschaffungskosten der externen Bezüge liegen. Dann führt die Anwendung des Kifo-Verfahrens dazu, dass die preisgünstigsten Zugänge zuerst und die teuersten Zugänge zuletzt verbraucht werden.¹²¹⁾

Einer vorsichtigen und kaufmännischen Verhaltensweise entspricht es eher, den Verbrauch zunächst von den teuersten Beständen abzubuchen. Die Vorzüge, die die anderen Verfahren

119) Aus steuerlichen Gründen muss u.U. noch ein weiteres Verfahren angewendet werden, da steuerlich nur Verfahren zulässig sind, die der tatsächlichen Verbrauchsfolge entsprechen, vgl. EStR 36 Abs. 2; BFH BStBl. 1966 III, S. 274.

120) Hinweis auf die Erörterung der Frage, ob die Verbrauchsfolge an die zeitliche Zugangsfolge anknüpfen muss, so Kropff, WPg 1966, S. 377. Diese Auslegung ist aber zu eng, da dann nur Fifo und Lifo zulässig wären, so auch Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 131.

121) Ähnlich wirkt das Verfahren "lowest in - first out", dessen Zulässigkeit nach Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 133, zweifelhaft ist.

kennzeichnen, sind beim Kifo-Verfahren nicht erkennbar.¹²²⁾

Das Kifo-Verfahren hat den Vorzug, dass die Zwischengewinneliminierung bei der Aufstellung der Konzernbilanz erheblich vereinfacht wird. Es dient damit der Wirtschaftlichkeit der Konzernrechnungslegung. Im Einzelfall kann jedoch der Gesichtspunkt, dass die Vermögenslage zu günstig dargestellt wird, zur Unzulässigkeit des Kifo-Verfahrens führen.¹²³⁾

dd) Ermittlung der Bestände aus internen Lieferungen, wenn Fifo, Lifo oder Hifo lediglich für Zwecke der Einzelbilanz angewendet werden

Wenn die genannten Verfahren lediglich für Zwecke der Einzelbilanz angewendet werden, müssen die internen Bestände mittels zusätzlicher Verfahren festgestellt werden. Dabei ist von der mengen- und wertmässigen Zusammensetzung des Endbestandes auszugehen, der nach den Verfahren für die Einzelbilanz ermittelt worden ist. Dieser Bestand setzt sich aus internen und externen Lieferungen zusammen.

Da nach den genannten Verfahren sehr detaillierte Aufzeichnungen gemacht werden, kann der interne Bestand u.U. sehr genau ermittelt werden. Andernfalls muss der Endbestand aufgeteilt werden, z.B. nach dem Verhältnis der internen und externen Bezüge im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die Anwendung genauerer Verfahren hängt in erster Linie davon ab, ob ausreichende Aufzeichnungen über die Herkunft der Bestände vorliegen.

122) Gute Darstellung der Vermögenslage wegen zeitnaher Anschaffungspreise = Fifo; gute Darstellung der Ertragslage wegen zeitnaher Materialkosten = Lifo; besonders vorsichtige Darstellung der Vermögenslage = Hifo.

123) Das wird von Heine, WPg 1968, S. 205, angedeutet; Haase, DB 1966, S. 1660, und Busse von Colbe/Ordelsheide, S. 149/150, halten das Kifo-Verfahren ohne Einschränkung für zulässig.

Beim Fifo-Verfahren besteht der Endbestand aus den letzten Zugängen, so dass u.U. eine individuelle Ermittlung der internen Bestände möglich ist, gegebenenfalls können auch genauere Bezugsgrundlagen für eine anteilige Aufteilung festgestellt werden.

Beim permanenten-Lifo und permanenten-Hifo sind die im Endbestand enthaltenen Lieferungen identifizierbar, so dass ebenfalls eine individuelle Ermittlung in Betracht kommt.

Die Konzernleitung muss bei der Aufstellung der Konzernbilanz von den von den Unternehmen festgestellten Beständen ausgehen. Da sich die mengen- und wertmässige Zusammensetzung des Endbestands unmittelbar aus der unterstellten Verbrauchsfolge ergibt, darf die Konzernleitung keine abweichende Verbrauchsfolge zugrundelegen. Die internen Bestände dürfen daher für die Konzernbilanz nicht nach einem anderen Verfahren ermittelt werden als für die Einzelbilanz.

b) Verfahren zur Ausscheidung von internen Lieferungen aus Beständen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen

Wenn in fertige oder unfertige Erzeugnisse intern bezogene Teile oder Stoffe eingegangen sind, gehören nur die originären Kosten des Unternehmens zu den Konzernherstellungskosten. Die Kosten für die intern bezogenen Teile oder Stoffe (derivative Kosten) müssen ausgeschieden werden. Sie werden bei der Konsolidierung durch originäre Kosten ersetzt.

aa) Ermittlung an Hand der Kalkulation

Zunächst müssen die Bestände an fertigen und unfertigen Erzeugnissen, in denen interne Lieferungen enthalten sind, ermittelt werden. Ausserdem müssen die in der Einzelbilanz angesetzten Herstellungskosten festgestellt werden. An-

schliessend ist die Menge der intern gelieferten Stoffe, die in den Erzeugnissen enthalten sind, zu ermitteln sowie der dafür bei den Herstellungskosten angesetzte Wert.

Dabei ist von den Berechnungen auszugehen, die bei der Ermittlung der Herstellungskosten der Erzeugnisse zugrundegelegt worden sind. Von der Beschaffenheit dieser Berechnungen hängt es ab, wie die Mengen und Kosten für den Verbrauch von intern gelieferten Stoffen festgestellt werden können. Angesichts der grossen Anzahl der Kalkulationsverfahren können die Möglichkeiten nicht im einzelnen erörtert werden. Es kann lediglich darauf hingewiesen werden, dass bei der Ermittlung der Informationen die Methoden berücksichtigt werden müssen, die in der gegebenen Kalkulation angewendet worden sind.

Die Ermittlung des Verbrauchs von intern gelieferten Stoffen bei gemischten Bezügen kann jedoch noch näher untersucht werden.

bb) Ermittlung bei gemischten Bezügen

Wenn die Mengen und Wertansätze in der Kalkulation nicht nach Lieferanten getrennt aufgeführt werden und auch sonst nicht identifizierbar sind, ist eine Ausscheidung nach der individuellen Methode nicht möglich. Die Aufteilung der Materialkosten auf externe und interne Lieferungen muss daher nach pauschalen Methoden erfolgen. Gesamtmenge und -wert ergeben sich aus der Kalkulation.

Die Aufteilung kann nach der Durchschnittsmethode im Verhältnis der Bezüge des abgelaufenen Geschäftsjahres oder eines anderen Zeitraums vorgenommen werden. Dabei kann der Mengenanteil und der Wertanteil jeweils für sich ermittelt werden. Für den Mengenanteil ist das Verhältnis der im Bezugszeitraum gelieferten Mengen, für den Wertan-

teil ist das Wertverhältnis dieser Lieferungen zugrunde-
zulegen. Wenn der Materialverbrauch nach den für die Be-
standsermittlung unterstellten Verbrauchsfolgen ermittelt
wird, ist der Verbrauch von intern gelieferten Stoffen
durch entsprechende Anwendung der oben¹²⁴⁾ erörterten Ver-
fahren zu ermitteln.

c) Verfahren zur Ausscheidung von internen Leistungen aus
Beständen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen

Die Kosten der internen Leistungen, die im Wertansatz von
fertigen und unfertigen Erzeugnissen enthalten sind, ge-
hören ebenfalls zu den derivativen Kosten und müssen des-
halb ausgeschieden werden. Sie werden bei der Konsoli-
dierung durch die originären Kosten des Lohnveredelers er-
setzt. Menge und Wert der in den Herstellungskosten be-
rücksichtigten Leistungen sind der Kalkulation zu entneh-
men.

2. Erfassung der originären Kostenbestandteile

Nach der progressiven Methode wird die Bewertung der Kon-
zernbestände unter Zugrundelegung der originären Kosten
durchgeführt. Das setzt eine vollständige Erfassung der
originären Kostenbestandteile der zu bewertenden Gegenstän-
de voraus. Die Erfassung kann zentral bei der Konsolidie-
rungsstelle oder dezentral durch die Lieferunternehmen er-
folgen.

Beim zentralisierten Verfahren meldet das Unternehmen der
Konsolidierungsstelle die eigenen originären Kosten und die
in den Gegenständen enthaltenen derivativen Kosten mit al-
len erforderlichen Einzelangaben. Die anderen Unternehmen
machen entsprechende Meldungen über die originären und deri-

¹²⁴⁾ vgl. S. 118 ff.

vativen Kosten ihrer Lieferungen und Leistungen. Auf Grund dieser Informationen ist die Konsolidierungsstelle in der Lage, die Gegenstände vollständig in originäre Bestandteile zu zerlegen und die Kosten der Bestandteile zu erfassen.

Beim dezentralisierten Verfahren¹²⁵⁾ meldet das Unternehmen nur seine originären Kosten der Konsolidierungsstelle. Die in den Beständen enthaltenen internen Lieferungen meldet es dem jeweiligen Lieferunternehmen. Das Lieferunternehmen meldet dann die eigenen Kosten für diese Stoffe der Konsolidierungsstelle. Hatte es seinerseits derivative Kosten, so meldet es diese seinem Vorlieferer, der dann entsprechende Meldungen macht. Auf diese Weise werden der Konsolidierungsstelle die Kostenbestandteile vollständig gemeldet.

3. Die Bewertung der Konzernbestände

a) Überblick über das Bewertungsverfahren

Die Bewertung der nach den vorstehenden Verfahren ermittelten originären Kostenbestandteile wird von der Konsolidierungsstelle durchgeführt. Die Kostenbestandteile können mit den gleichen Werten, die die Unternehmen im Rahmen ihrer Kalkulation angesetzt haben, bewertet werden. Dann werden im Prinzip die von den einzelnen Unternehmen verwendeten Bewertungsmethoden übernommen. Die einzelnen Bestandteile eines Gegenstandes können infolgedessen nach unterschiedlichen Methoden bewertet sein. Ausserdem können Erzeugnisse von gleicher Beschaffenheit, die von verschiedenen Unternehmen hergestellt worden sind, unterschiedlich bewertet sein.

¹²⁵⁾ vgl. dazu Busse von Colbe/Ordelheide, S. 123 ff.

Die Konzernleitung ist aber nicht an die von den Unternehmen angewandten Bewertungsmethoden gebunden¹²⁶⁾ und kann deshalb andere Kostenabgrenzungsmethoden anwenden und die Aktivierungswahlrechte abweichend ausüben¹²⁷⁾, z.B. kann die Konzernleitung die vollen Kosten ansetzen, wenn die Unternehmen nur leistungsabhängige Kosten berücksichtigen haben.

Bei der Durchführung neuer Bewertungen kommt den Gruppenbewertungsverfahren besondere Bedeutung zu, da sie die Ermittlung der Konzernherstellungskosten vereinfachen können.

b) Gruppenbewertungsverfahren

Die Verfahren dienen dazu, gleiche oder gleichartige Gegenstände für den gesamten Konzernbereich zu einer Gruppe zusammenzufassen und einheitlich zu bewerten. Ferner kommen Gruppenbildungen für Teile von Gegenständen und Kostenbestandteile in Betracht. Die Bewertung der Gruppen kann dann z.B. zu den Kosten des kostengünstigsten Betriebs des Konzerns erfolgen.¹²⁸⁾

Die Gruppenbewertung ist zulässig für:

- (a) Gegenstände von gleicher Beschaffenheit (nach den Grundsätzen der Einzelbewertung),
- (b) annähernd gleichwertige Gegenstände (§ 40 Abs. 2 HGB),
- (c) gleichartige Gegenstände, von denen ein Durchschnittspreis bekannt ist (§ 40 Abs. 2 HGB),
- (d) gleichartige Gegenstände, die annähernd preisgleich sind (§ 155 Abs. 1 S. 3 AktG).

¹²⁶⁾ vgl. oben S. 90.

¹²⁷⁾ vgl. dazu oben S. 115.

¹²⁸⁾ vgl. dazu oben S. 115.

Gleichartigkeit ist bei Zugehörigkeit zur gleichen Warengattung und bei Funktionsgleichheit gegeben. Annähernde Gleichwertigkeit ist im Einzelfall von der absoluten und relativen Preisdifferenz abhängig.¹²⁹⁾ Zu einer Gruppe von annähernd gleichwertigen Gegenständen dürfen nicht sämtliche Gegenstände zusammengefasst werden, die zufällig annähernd gleiche Preise haben. Vielmehr müssen noch gemeinsame Merkmale, wie z.B. Zugehörigkeit zum gleichen Sortiment, hinzukommen. Die Zusammenfassung von Gegenständen, die lediglich preisgleich sind, entspricht nicht den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung.¹³⁰⁾

Die Gegenstände können nach der Durchschnittsmethode bewertet werden, der Wert kann aber auch nach anderen Kostenabgrenzungsmethoden ermittelt werden.

Der zur Bewertung verwendete einheitliche Wert kann im Einzelfall den Wertansatz in der Einzelbilanz überschreiten. Bei strenger Anwendung des Massgeblichkeitsprinzips müssten diese Gegenstände deshalb von der Gruppenbewertung ausgenommen werden. Andererseits dürfen aber nach der Fiktion der rechtlichen Einheit alle gleichartigen Gegenstände zu einer Gruppe zusammengefasst werden. § 331 Abs. 2 AktG hat als speziellere Vorschrift den Vorrang. Deshalb brauchen die Gegenstände nicht von der Gruppenbewertung ausgenommen zu werden.¹³¹⁾

Für die Gruppenbewertung von Teilen von Gegenständen und von Kostenbestandteilen gelten die vorstehenden Erläuterungen entsprechend.¹³²⁾

129) vgl. dazu Adler/Düring/Schmalts, § 155 Anm. 140.

130) vgl. Adler/Düring/Schmalts, § 155 Anm. 140.

131) Ausserdem werden freiwillige Umbewertungen durch das Massgeblichkeitsprinzip nicht ausgeschlossen, vgl. oben S. 73 ff.

132) Nach Adler/Düring/Schmalts, § 155 Anm. 105, ist dagegen die Anwendung der Verfahren des § 155 Abs. 1 S. 3 AktG auf unselbständige Bestandteile nur in besonderen Fällen zulässig.

II. Retrogrades Verfahren

Das progressive Verfahren ist nur bei überschaubarer Produktzahl anwendbar. Für Konzerne mit differenzierter Fertigung und regem internen Leistungsverkehr ist die Erfassung der originären Kostenbestandteile praktisch unmöglich. In diesen Fällen werden die Konzernherstellungskosten durch Abzug des Bruttogewinns ermittelt.

1. Überblick über das Verfahren

Das Verfahren nach der retrograden Methode besteht in der Ableitung der Konzernherstellungskosten aus internen Verrechnungspreisen. Die retrograde Methode findet im Einzelhandel allgemeine Anwendung, da die Waren sofort mit den Verkaufspreisen ausgezeichnet werden. Deshalb werden zunächst die Verkaufspreise ermittelt, dann werden die Waren zu Gruppen mit gleichem Bruttogewinnaufschlag zusammengefasst, so dass anschliessend die Anschaffungskosten durch Abzug des Bruttogewinns festgestellt werden können.¹³³⁾

Nach demselben Prinzip werden die Konzernerzeugnisse in Gruppen mit einheitlichen Bruttogewinnspannen eingeteilt. Gegebenenfalls können dabei noch Erzeugnisse gleicher Art nach ihrer unterschiedlichen Herkunft unterschieden werden. Die Unternehmen ordnen dann die Gegenstände, die aus internen Lieferungen stammen, den verschiedenen Erzeugnisgruppen zu. Mit Hilfe der Bruttogewinnspannen kann anschliessend der in den Gegenständen enthaltene Zwischengewinn berechnet werden.

Danach sind bei der Ermittlung der Konzernherstellungskosten durch Abzug des Bruttogewinns zwei Abschnitte zu unter-

¹³³⁾ vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 155 Anm. 146.

scheiden:

- (a) die Ermittlung der Bruttogewinnspannen für die Erzeugnisse und Erzeugnisgruppen,
- (b) die Erfassung und Bewertung der Gegenstände bei den Unternehmen.

2. Ermittlung der Bruttogewinnspannen

Die Bruttogewinnspannen müssen für die einzelnen Erzeugnisse sehr sorgfältig ermittelt werden, da bereits geringfügige Abweichungen wegen der Grössenordnung der Bestände, die damit bewertet werden, erhebliche Auswirkungen haben können. Daher muss die Entwicklung der Kosten, die auf die Bruttogewinnspanne Einfluss haben, laufend kontrolliert werden. Vor allem müssen auch entsprechende Anpassungen vorgenommen werden.

Die Bruttogewinnspanne besteht aus der Differenz zwischen dem internen Verrechnungspreis und den Konzernherstellungskosten des Gegenstands. Die Konzernherstellungskosten sind nach den oben erläuterten Methoden zu bewerten.¹³⁴⁾

Dabei kann durch eine entsprechende Ausübung der Wahlrechte Bilanzpolitik getrieben werden. Da die Bruttogewinnspanne auch von dem Verrechnungspreis abhängt, ist es unbedingt erforderlich, dass die einheitlichen Preise auch tatsächlich verwendet werden.

Bei einer Änderung der Verrechnungspreise ist die Festsetzung neuer Bezugsgrundlagen erforderlich, gegebenenfalls kann der betreffende Gegenstand auch einer anderen Erzeugnisgruppe zugeteilt werden.

¹³⁴⁾ vgl. S. 114 ff.

Bei der Zusammenfassung der Erzeugnisse in Gruppen mit einheitlicher Bruttogewinnspanne dürfen nur Erzeugnisse mit annähernd gleicher Spanne berücksichtigt werden. Auf die möglichen Folgen von geringfügigen Abweichungen wurde bereits hingewiesen.

3. Erfassung und Bewertung der Gegenstände

Gemischte Bestände sind zunächst nach den oben erörterten Verfahren auf interne und externe Lieferanten aufzuteilen.¹³⁵⁾ Die in fertigen und unfertigen Erzeugnissen enthaltenen Teile, die aus internen Lieferungen stammen, sind ebenfalls nach den oben erörterten Verfahren zu ermitteln.¹³⁶⁾ Bei der Inventur und der Anwendung der bezeichneten Verfahren müssen alle Informationen ermittelt werden, die für eine genaue Zuordnung der Gegenstände zu den Bezugsgrundlagen erforderlich sind.

Ferner müssen die Gegenstände in den Einzelbilanzen der Unternehmen mit einheitlichen Preisen bewertet werden. Denn der Zwischengewinn wird unabhängig vom tatsächlichen Wertansatz errechnet und eliminiert. Die vorausberechneten Konzernherstellungskosten können sich daher nur ergeben, wenn in der Einzelbilanz bestimmte Werte angesetzt werden.

III. Hinweise zur Organisation

Die Hinweise zur Organisation sollen nur einige Punkte beleuchten, die nach dieser Untersuchung von besonderem Interesse sind.

Die Anwendungsmöglichkeiten der erörterten Verfahren zur Ermittlung der Konzernherstellungskosten hängen weitgehend von der Beschaffenheit des internen Leistungsverkehrs ab.

¹³⁵⁾ vgl. S. 117 ff.

¹³⁶⁾ vgl. S. 122 ff.

Daher ist von einer Bestandsaufnahme des internen Leistungsverkehrs auszugehen.

Nach ihrem Ergebnis ist zu beurteilen, welche Möglichkeiten überhaupt bestehen und welche Prioritäten gesetzt werden sollen, z.B. Genauigkeit oder Wirtschaftlichkeit, Einheitlichkeit oder weniger straffe Organisation. Dabei ist auch darüber zu entscheiden, ob Vorschriften über einheitliche Bewertungsmethoden, Kalkulationsverfahren und Kostenrechnungssysteme erlassen werden sollen oder ob die Einführung eines Systems mit einheitlichen Verrechnungspreisen möglich ist.

Auf Grund der Beurteilung der Bestandsaufnahme ist dann ein individuell angepasstes Verfahren zur Ermittlung der Konzernherstellungskosten auszuarbeiten. Insbesondere sind entsprechende Inventurvorschriften sowie Vorschriften über die Erfassung der benötigten statistischen Daten zu erlassen. Da für die einzelnen Verfahren eine Fülle von Informationen benötigt wird, müssen diese Anweisungen besonders detailliert und sorgfältig abgefasst werden.

Ferner sollten Vordrucke an die Unternehmen ausgegeben werden, in die die von der Konsolidierungsstelle benötigten Informationen eingetragen werden können. Schliesslich sind noch die Arbeitspapiere zu entwerfen, auf denen die Zwischengewinneliminierung vorgenommen wird.

Teil III

Die Ausschaltung der Wertdifferenzen im Konzernabschluss und die Erläuterung der Bewertung des Vorratsvermögens im Konzerngeschäftsbericht

F. Der Einfluss der Bewertung des Vorratsvermögens auf das Konzernergebnis

Bei der Zwischengewinneliminierung sowie bei Berichtigungen und freiwilligen Umbewertungen ergeben sich Bewertungsdifferenzen. Während sich bei der Zwischengewinneliminierung eine Verminderung des Wertansatzes der Vorräte ergibt, kann sich bei Umbewertungen u.U. auch eine Erhöhung ergeben, so z.B. wenn Gegenstände, die in der Einzelbilanz nur mit den leistungsabhängigen Kosten bewertet wurden, in der Konzernbilanz mit leistungsabhängigen und anteiligen fixen Kosten bewertet werden. Die Vermögensgegenstände werden in der Konzernbilanz mit dem neu ermittelten Wert angesetzt, die Wertdifferenzen zu den Ansätzen in den Einzelbilanzen werden also aktivisch abgesetzt bzw. hinzugerechnet. Dabei bestehen verschiedene Darstellungsmöglichkeiten, z.B. kann der Zwischengewinn offen von den Vorräten abgesetzt werden. Es ist aber auch möglich, die Vorräte zu den aus den Einzelbilanzen übernommenen Werten auszuweisen und den Zwischengewinn in Form einer Wertberichtigung zu bilanzieren.¹⁾ Die Wertberichtigung muss jedoch gesondert ausgewiesen und deutlich als Wertberichtigung zu den Vorräten gekennzeichnet sein.²⁾ Die direkte Absetzung ist jedoch vorzuziehen, weil der Wert der Vorräte nach dieser Methode in richtiger Höhe ausgewiesen und die Kon-

1) Nach § 152 Abs. 6 AktG dürfen für das Vorratsvermögen keine Wertberichtigungen gebildet werden, diese Vorschrift gilt jedoch nach § 331 Abs. 4 AktG nicht für die Konzernbilanz.

2) Es ist auch möglich, die Entwicklung dieses Wertberichtigungspostens durch den Ausweis von Zuführungen oder Auflösungen zu zeigen, vgl. Grobe, WpG 1965, S. 310.

zernbilanz nicht weiter kompliziert wird.³⁾

Die Verminderung des Wertansatzes der Vorräte durch Absetzung des Zwischengewinns hat eine entsprechende Verminderung von Passivposten zur Folge.

I. Aufteilung der Wertdifferenzen auf Mehrheits- und Minderheitsbeteiligung

Oben ist festgestellt worden, dass die Zwischengewinne vollständig zu eliminieren sind, und dass eine partielle Eliminierung in Höhe der Beteiligungsquote der Obergesellschaft unzulässig ist.⁴⁾ Einheits- und Interessentheorie führen jedoch bei der Belastung der Zwischengewinne zu unterschiedlichen Ergebnissen.⁵⁾

Nach der Einheits- und Interessentheorie werden die Mehrheits- und die Minderheitsgesellschafter als die Kapitaleigner des Konzerns betrachtet. Sie müssen daher in gleicher Weise mit dem zu eliminierenden Zwischengewinn belastet werden. Die Belastung von Obergesellschaft und Minderheitsbeteiligten erfolgt infolgedessen anteilig nach dem Beteiligungsverhältnis.

Nach der Interessentheorie werden die Minderheitsgesellschafter als konzernfremde Gläubiger betrachtet und nur das auf die Obergesellschaft entfallende Kapital wird als Eigenkapital angesehen. Aus der Sicht der Minderheitsbeteiligten sind die Zwischengewinne realisiert worden, so dass sie mit der Eliminierung nicht belastet werden dürfen. Vielmehr erfolgt die Eliminierung vollständig zu Lasten der Mehrheitsbeteiligung. Der auf die konzernfremden Ge-

³⁾ so auch Dreger, S. 194.

⁴⁾ vgl. oben S. 79.

⁵⁾ vgl. dazu Dreger, S. 172 ff.

sellschafter entfallende Anteil am Zwischengewinn stellt somit für den Konzern zunächst zusätzlichen Aufwand dar, der nicht aktivierungsfähig ist und erst bei der endgültigen Veräußerung der Wirtschaftsgüter ausgeglichen wird. Wenn erhebliche Zwischengewinne und bedeutende Minderheiten vorhanden sind, können sich infolge des unterschiedlichen Zeitpunktes der Gewinnrealisierung in den Einzelabschlüssen und im Konzernabschluss erhebliche Veränderungen des Konzernergebnisses im Vergleich zur Summe der Ergebnisse der Einzelabschlüsse ergeben. Da die Mehrheitsbeteiligung noch zusätzlich mit dem Zwischengewinnanteil der Minderheitsbeteiligung belastet wird, kann z.B. der in den Einzelabschlüssen ausgewiesene Jahresüberschuss in einen Jahresfehlbetrag in der Konzernbilanz umschlagen.⁶⁾

Nach § 331 Abs. 1 Nr. 2 AktG ist für Anteile konzernfremder Gesellschafter ein Ausgleichsposten in Höhe ihres Anteils an Kapital, offenen Rücklagen, Gewinn und Verlust auszuweisen; dabei ist der auf Gewinn oder Verlust entfallende Anteil gesondert anzugeben. Aus dieser Vorschrift ergibt sich also nicht, ob der Ausgleichsposten vor oder nach der Ausschaltung von Wertdifferenzen zu berechnen ist. Wenn die Berechnung nach der Ausschaltung der Zwischengewinne erfolgt, werden die Wertdifferenzen im Sinne der Einheitstheorie anteilig auf Mehrheits- und Minderheitsbeteiligung verteilt, im anderen Fall werden die Gewinnanteile der konzernfremden Gesellschafter in unveränderter Höhe aus den Einzelbilanzen übernommen, so dass eine Aufteilung des Zwischengewinns unterbleibt.

Nach einer Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer⁷⁾ und der überwiegenden Ansicht im Schrifttum³⁾ soll

6) vgl. dazu Havermann in WP-Hb. 1968, S. 728; Dreger, S. 179; Haase, DB 1966 S. 1657.

7) vgl. St/NA 2/1967 V/5, WPg 1967, S. 489.

8) vgl. Havermann in WP-Hb. 1968, S. 728; Heine, WPg 1967, S. 241; Schirm, DB 1966, S. 1574; Haase, DB 1966, S. 1657; Arbeitskreis Chemie, S. 35; v. Wysocki, S. 62; Edelkott, S. 103.

die Ausschaltung der Wertdifferenzen allein zu Lasten der Mehrheitsbeteiligung erfolgen. Eine Aufteilung wird offenbar aus Vereinfachungsgründen abgelehnt. Somit wird der Interessentheorie der Vorzug gegeben, obwohl das Gesetz grundsätzlich auf der Einheitstheorie basiert. Dagegen vertreten Busse von Colbe⁹⁾ und Baumbach-Hueck¹⁰⁾ die Ansicht, dass die wirtschaftliche Einheit des Konzerns zu berücksichtigen und der Ausgleichsposten deshalb nach der Ausschaltung der Wertdifferenzen zu berechnen ist. Sie weisen mit Recht darauf hin, dass es nicht Aufgabe des Konzernabschlusses ist, den sich aus den Einzelbilanzen ergebenden Gewinnanteil der Minderheitsbeteiligten auszuweisen. In der Regel dürften einer Aufteilung auch keine besonderen Schwierigkeiten entgegenstehen. Daher sollte die Ausschaltung der Wertdifferenzen nach der Einheitstheorie, d.h. zu Lasten der Mehrheits- und der Minderheitsbeteiligung, erfolgen.

II. Erfolgswirksame Eliminierung der Zwischengewinne im Konzernabschluss

Da Bilanz- und Gewinn- und Verlustrechnung jeweils für sich konsolidiert werden, erfolgt die Zwischengewinneliminierung für die Konzernbilanz und die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung in gesonderten Arbeitsgängen.

In der Konzernbilanz wird der Zwischengewinn mit dem Konzern-Bilanzgewinn verrechnet, der anschliessend auf die Mehrheit- und Minderheitsbeteiligung aufgeteilt wird. Eine Aufteilung des Zwischengewinns auf das laufende Jahr und das Vorjahr ist in der Konzernbilanz nicht erforderlich, da der Konzern-Bilanzgewinn ungeteilt in einem Posten ausgewiesen wird. Die für die Konsolidierung der Konzernbilanz erforderliche Buchung lautet also: Konzern-Bilanzgewinn an Vorräte.

9) AG 1966, S. 318 f.

10) § 331 Anm. 10.

In der Vergangenheit sind zu der Frage der Verrechnung der aus den Vorjahren stammenden Zwischengewinne unterschiedliche Auffassungen vertreten worden,¹¹⁾ die vorstehend beschriebene Methode wird jedoch seit der Veröffentlichung einer entsprechenden Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer in der Praxis allgemein befolgt.¹²⁾

Für die Konsolidierung der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung muss noch zusätzlich der Betrag festgestellt werden, um den sich die Zwischengewinne gegenüber dem Vorjahr verändert haben; nur der Veränderungsbetrag ist erfolgswirksam und mit den Aufwendungen des Berichtsjahres zu verrechnen. Sofern der Zwischengewinn auf fertige und unfertige Erzeugnisse des Konzerns entfällt, ist die Verrechnung bei dem Posten Nr. 2, "Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen", vorzunehmen;¹³⁾ wenn der Zwischengewinn auf fremdbezogene Stoffe oder Waren entfällt, erfolgt die Verrechnung bei dem Posten Nr. 5, "Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren". Bei gemischter Herkunft kann die Aufteilung geschätzt werden. Wenn die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung nach § 333 AktG in vereinfachter Form aufgestellt wird, ist der Veränderungsbetrag unter dem Posten "nicht gesondert auszuweisende Aufwendungen nach Verrechnung mit Bestandsveränderungen und Eigenleistungen" zu verrechnen.

11) Vorgeschlagen wurde die Verrechnung mit den Rücklagen der Obergesellschaft (Busse von Colbe, AG 1966 S. 318), die Verrechnung im Konsolidierungsausgleichsposten (Hax, ZfbF 1966, S. 64) und die Einführung eines besonderen Postens, etwa unter der Bezeichnung "Eliminierte Zwischengewinne aus Vorjahren" (Grobe, WPg 1965, S. 311; v. Wysocki, WPg 1966, S. 290; Grundmann, DB 1966, S. 1900).

12) vgl. St/NA 2/67, WPg 1967, S. 488 ff; v. Wysocki, S. 124; ders., WPg 1970, S. 124; so auch Havermann in WP-Hb. 1968 S. 729/730; Baumbach-Hueck, § 331 Anm. 24; Schulze, DB 1967, S. 1576; Haase, DB 1966, S. 1659; Heine, WPg 1967, S. 152; Fasold, NB 1967 Heft 4, S. 31, der allerdings auch eine Verrechnung mit den Rücklagen für zulässig hält.

13) Es handelt sich um Posten nach dem Gliederungsschema des § 157 AktG.

Die in den Vorjahren eliminierten Zwischengewinne sind in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Gewinnvortrag bzw. Verlustvortrag zu verrechnen.¹⁴⁾

In diesem Zusammenhang ergibt sich noch die Frage, ob die auf die Zwischengewinne entfallenden Steuern zu berichtigen sind. Eine Berichtigung der Steuerrückstellungen kommt nicht in Betracht, da die Zwischengewinne zum steuerpflichtigen Einkommen der Einzelunternehmen gehören und die Steuerrückstellungen infolgedessen zutreffend berechnet sind. Die Korrektur der Steuerrückstellungen wird daher zu Recht abgelehnt.¹⁵⁾ Man könnte allenfalls an die Bildung eines aktiven Abgrenzungspostens denken, weil in der Konzernbilanz Steuern für Gewinne zurückgestellt worden sind, die konzernmässig erst in einem zukünftigen Geschäftsjahr realisiert werden. Unter dem Gesichtspunkt der richtigen Periodenabgrenzung sollten die Gewinnsteuern das Geschäftsjahr belasten, in dem der Gewinn realisiert wird. In der anglo-amerikanischen Bilanzierungspraxis wird in derartigen Fällen ein aktiver Abgrenzungsposten mit der Bezeichnung "tax equalisation" gebildet. In der deutschen Bilanzierungspraxis sind derartige Posten unbekannt und auch noch nicht diskutiert worden. Man kann durchaus die Ansicht vertreten, dass ein derartiger Posten nach § 152 Abs. 9 Nr. 1 AktG zulässig ist. Daher kann, insbesondere wenn der zu eliminierende Gewinn einen bedeutenden Betrag ausmacht, die aktive Abgrenzung der darauf entfallenden Gewinnsteuern angebracht sein. Da diese Praxis bei uns bislang unbekannt ist, ist jedoch eine besonders sorgfältige

14) vgl. Havermann in WP-Hb. 1968, S. 730; Haase, DB 1966, S. 1659; Heine, WPg 1967, S. 152.

15) vgl. Baumbach-Hueck, § 331 Anm. 24; Kropff, S. 443. Die Berichtigung der Steuerrückstellungen wird dagegen im Fall der Schachteldividenden im Konzern verlangt oder für zulässig gehalten, vgl. St/NA 2/67, WPg 1967, S. 488 ff; Arbeitskreis Chemie, S. 27; Dreger, S. 164; v. Wysocki, WPg 1970, S. 128; Kohlstruck, DB 1966, S. 951; Anderegg, WPg 1963, S. 540; a.A. Schirm, DB 1966, S. 1575; Havermann in WP-Hb. 1968, S. 689. Dabei handelt es sich jedoch um eine Erhöhung der Steuerrückstellungen, während es sich im vorliegenden Fall um eine Verminderung handelt.

Darstellung und Erläuterung erforderlich.

Eine Erhöhung der Steuerrückstellungen kommt dagegen in Betracht, wenn durch Umbewertungen im grösseren Umfang unversteuerte stille Reserven aufgedeckt werden.¹⁶⁾

III. Erfolgsneutrale Eliminierung der Zwischengewinne im Konzernabschluss

In der Konsolidierungspraxis vor Inkrafttreten des AktG 1965 stimmte der im Konzernabschluss ausgewiesene Bilanzgewinn weitgehend mit dem Bilanzgewinn der Obergesellschaft überein. Soweit Zwischengewinne ausgeschaltet wurden, wurde dieses Ergebnis dadurch erreicht, dass in der Bilanz der Obergesellschaft eine Rückstellung in Höhe des zu eliminierenden Zwischengewinns gebildet wurde. Bei der Konsolidierung wurden die Zwischengewinne sodann mit der Rückstellung verrechnet, so dass sich in der Konzernbilanz keine Gewinnauswirkung mehr ergab.¹⁷⁾ Dadurch sollte die Ausschüttung von konzernmässig noch nicht realisierten Gewinnen vermieden werden, ferner sollten mögliche Missverständnisse infolge der Nichtübereinstimmung von Konzern-Bilanzgewinn und Bilanzgewinn der Obergesellschaft ausgeschlossen werden.

Seit dem Inkrafttreten des AktG 1965 ist die Bildung von derartigen Rückstellungen nicht mehr zulässig.¹⁸⁾ Die Praxis wird jedoch in modifizierter Form fortgesetzt, indem

16) vgl. dazu oben S. 75.

17) vgl. dazu Havermann in WP-Hb. 1968, S. 731.

18) Rückstellungen dürfen nur noch in den im § 152 Abs. 7 AktG aufgeführten Fällen gebildet werden.

nunmehr in der Bilanz der Obergesellschaft eine "Rücklage für Konzernzwischenverdienste" gebildet wird, gegen die die Zwischenverdienste bei der Konsolidierung verrechnet werden.¹⁹⁾ Die Bildung der Rücklage in der Bilanz der Obergesellschaft erfolgt im Rahmen des § 58 AktG und ist daher nicht zu beanstanden. Zweifelhaft ist jedoch, ob die Verrechnung der Rücklage mit den Zwischenverdiensten mit den Grundsätzen der Kapitalkonsolidierung vereinbar ist.

Das Verfahren wird weitgehend für unzulässig gehalten,²⁰⁾ da das Kapital und die offenen Rücklagen nach § 331 Abs. 1 Nr. 1, 3 AktG in die Kapitalkonsolidierung einzubeziehen sind. Nach wörtlicher Auslegung muss auch die "Rücklage für Konzernzwischenverdienste" in die Kapitalkonsolidierung einbezogen werden. Die Nichtbeachtung der Vorschrift kann jedoch damit begründet werden, dass die Verrechnung mit den Zwischenverdiensten der Zweckbindung der Rücklage entspricht. Bei der Konsolidierung der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ist darauf zu achten, dass das Jahresergebnis zutreffend ausgewiesen wird; das Jahresergebnis muss also in Höhe des Veränderungsbetrags²¹⁾ berichtigt worden sein. Das geschieht in der Weise, dass der Veränderungsbetrag mit dem Posten Nr. 2 (Bestandsveränderungen) bzw. Nr. 5 (Wareneinsatz und Stoffverbrauch) verrechnet wird, und dass sodann die Posten Nr. 30 bzw. 31 (Entnahmen aus

19) Dieses Verfahren entspricht im wesentlichen einem Vorschlag des "Betriebswirtschaftlichen Instituts der Eisenhüttenindustrie": Rechnungslegung nach dem AktG 1965, Teil II, Konzernabschluss S. 14, 29; im Geschäftsjahr 1968/69 ist das Verfahren u.a. von folgenden Gesellschaften praktiziert worden: August Thyssen-Hütte AG, Hoesch AG, Mannesmann AG, Siemens AG, vgl. dazu die Geschäftsberichte der genannten Gesellschaften.

20) So Havermann in WP-Hb. 1968, S. 731; v. Wysocki, S. 126; Busse von Colbe/Ordelheide, S. 180; Albach/Forster/Gessler, NB 1968 H. 3 S. 13.

21) vgl. dazu oben S.

bzw. Einstellungen in offene Rücklagen) um einen gleich hohen Betrag gekürzt werden. Da die Vermögens- und Ertragslage bei diesem Verfahren zutreffend dargestellt wird, wird man die Methode der erfolgsneutralen Zwischengewinneliminierung wohl für zulässig halten müssen. Eine strenge wörtliche Auslegung der Vorschrift ist nicht zwingend geboten, da der Gesetzgeber mit den Vorschriften zur Konzernbilanz Neuland betreten hat und deshalb keine abschliessende Regelung treffen wollte.²²⁾

G. Die Erläuterung der Bewertung des Vorratsvermögens im Konzerngeschäftsbericht

Der Konzerngeschäftsbericht ist die notwendige Ergänzung des Konzernabschlusses und die Vorschrift des § 334 AktG ist weitgehend dem § 160 AktG über den Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft nachgebildet.²³⁾ Konzerngeschäftsberichte (Teilkonzerngeschäftsberichte) sind von allen Konzernleitungen aufzustellen, die zur Aufstellung von Konzernabschlüssen (Teilkonzernabschlüssen) verpflichtet sind (§§ 329 Abs. 1, 330 Abs. 1 AktG, 13 PublG).

Der Konzerngeschäftsbericht gliedert sich in drei Teile:

- (a) den Bericht über die Abgrenzung des Konsolidierungskreises (§ 334 Abs. 1 AktG),
- (b) den Lagebericht (§ 334 Abs. 2 AktG)
- (c) und den Erläuterungsbericht (§ 334 Abs. 3 AktG).

Soweit Einzelvorschriften fehlen, gilt für die Berichterstattung die Generalklausel des § 334 Abs. 4 S. 1 AktG, wonach der Bericht den Grundsätzen einer gewissenhaften und

²²⁾ Im Ergebnis so auch Busse von Colbe, Festschrift für Münstermann, S. 113.

²³⁾ vgl. Kropff, S. 450; Havermann in WP-Hb. 1968, S. 733.

getreuen Rechenschaft zu entsprechen hat.

Im Bericht über die Abgrenzung des Konsolidierungskreises²⁴⁾ sind die inländischen Konzernunternehmen aufzuführen und die in den Konzernabschluss einbezogenen inländischen Unternehmen zu bezeichnen. Ferner ist anzugeben, ob ausländische Konzernunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen worden sind. Ausserdem ist die Nichteinbeziehung von im Mehrheitsbesitz stehenden inländischen Unternehmen zu begründen. Im Lagebericht ist u.a. anzugeben, ob bei nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Konzernunternehmen grössere Verluste entstanden oder zu erwarten sind. Im Erläuterungsbericht ist der Konzernabschluss zu erläutern, dabei sind auch wesentliche Abweichungen vom letzten Konzernabschluss zu erörtern. Die Angabe der Bewertungsmethoden und ihrer Änderungen wird, abweichend von der Regelung des aktienrechtlichen Geschäftsberichts, für den Konzerngeschäftsbericht nicht vorgeschrieben. Vorschriften über die Angabe der sich aus Bewertungsänderungen ergebenden Unterschiedsbeträge fehlen ebenfalls. Mangels detaillierter Vorschriften zur Berichterstattung über Bewertungsfragen ist somit die Generalklausel des § 334 Abs. 4 S. 1 AktG massgebend.

Eine gewissenhafte und getreue Rechenschaft verlangt, über alle Fragen zu berichten, die für die Beurteilung des Konzernabschlusses von wesentlicher Bedeutung sind. Nach der vorstehenden Untersuchung bestehen bei der Bewertung des Vorratsvermögens in der Konzernbilanz die unterschiedlichsten Gestaltungsmöglichkeiten. Der Konzerngeschäftsbericht hat daher die Aufgabe, die im wesentlichen angewandten Grundsätze und Methoden aufzuzeigen, so dass sich der Bilanzle-

24) Zur Konsolidierungspflicht vgl. oben S. 14 f.

ser zumindest in Umrissen ein Bild über den Aussagewert des Postens machen kann. Die Grenzen der Aussagefähigkeit des Postens müssen sowohl in positiver als auch in negativer Richtung verdeutlicht werden. Dies erfordert eine Erörterung der zur Erhöhung des Aussagewertes führenden Punkte, aber auch der Punkte, die die Aussagefähigkeit einschränken. Der Ansicht von Havermann,²⁵⁾ auf eine detaillierte Angabe der Bewertungsmethoden könne verzichtet werden, kann daher nicht zugestimmt werden.

Danach ist zunächst zu berichten, ob bei der Bewertung des Vorratsvermögens einheitliche oder unterschiedliche Bewertungsmethoden angewandt worden sind. Im letzteren Fall ergibt sich ein Bewertungskonglomerat, das in der Regel auch durch weitere Erläuterungen nicht transparent gemacht werden kann. In diesem Fall erscheint eine Aufzählung der verschiedenen Bewertungsmethoden wenig sinnvoll. Wenn die Bewertung nach einheitlichen Grundsätzen erfolgte, sollten nähere Angaben gemacht werden. Sachliche Gründe für einen Verzicht auf eine nähere Erläuterung sind nicht ersichtlich, so dass insoweit an den Konzerngeschäftsbericht keine geringeren Anforderungen gestellt werden sollten als an den Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft. Daher sollte erläutert werden, ob die Bewertung zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten erfolgte und inwieweit Wertansätze nach dem Niederstwertprinzip notwendig waren. Dabei sollte insbesondere erläutert werden, nach welcher Methode die Her-

25) vgl. WP-Hb. 1968, S. 738. Havermann begründet seine Ansicht mit dem Hinweis, dass die Konzernrechnungsvorschriften keine eigenständigen Bewertungsvorschriften kennen. Er übersieht dabei jedoch, dass der Aussagewert auch dann von unterschiedlicher Qualität sein kann, wenn die Wertansätze der Einzelbilanzen unverändert in die Konzernbilanz übernommen worden sind. Es kann z.B. ein sog. Bewertungskonglomerat vorliegen, es kann aber auch ein hoher Aussagewert gegeben sein, weil die Einzelunternehmen konzerneinheitliche Bewertungsgrundsätze angewandt haben.

stellungskosten ermittelt worden sind.²⁶⁾ Wenn die Anwendung der einheitlichen Bewertungsgrundsätze auf freiwilligen Umbewertungen im Rahmen der Konsolidierung beruht, sollte ein entsprechender Hinweis erfolgen, so dass der Leser darüber informiert wird, dass die Konzernleitung sich nicht mit der Erfüllung der gesetzlichen Mindestanforderungen begnügt hat. Nach den Erhebungen von v. Wysocki genügt die bisherige Berichtspraxis den vorstehenden Anforderungen noch nicht.²⁷⁾ Aus dem Ergebnis der Untersuchung wird ersichtlich, dass infolge mangelnder Erfahrung noch grosse Unsicherheit besteht, und dass die Berichtspraxis noch erheblich verbessert werden muss.

Ferner ist über die Zwischengewinneliminierung zu berichten. Bei der Erläuterung des Gegenstands der Zwischengewinneliminierung sollte angegeben werden, ob neben zur Weiterveräußerung bestimmten Gegenständen auch ausserhalb des üblichen Lieferungs- und Leistungsverkehrs erworbene Gegenstände in die Zwischengewinneliminierung einbezogen wurden, und ob diese freiwillig auf andere konzernintern bezogene Wirtschaftsgüter, z.B. Gegenstände des Anlagevermögens, ausgedehnt worden ist. Von besonderem Interesse ist die Erläuterung der bei der Bewertung der Konzernbestände verwandten Methoden, z.B. ob und inwieweit bei der Ermittlung der Konzernherstellungskosten neben den leistungsabhängigen Kosten auch fixe Kosten berücksichtigt wurden, so dass sich

26) Wegen weiterer Einzelheiten, die bei der Erläuterung der Bewertung des Vorratsvermögens im Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft angegeben werden sollten, vgl. Adler/Düring/Schmaltz, § 160 Anm. 37-39.

27) vgl. v. Wysocki, Konzernrechnungslegung, S. 6. Danach ergab eine Untersuchung von 126 Konzernabschlüssen und Konzerngeschäftsbereichen zu der Frage, welche Bewertungsgrundsätze angewandt wurden, folgendes Ergebnis:

- 54,8% keine Angaben,
- 15,9% die Abschlüsse der einbezogenen Unternehmen wurden nach einheitlichen Grundsätzen aufgestellt,
- 8,7% auf die Einzelabschlüsse wurden die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften angewandt,
- 6,3% Hinweis auf die Anwendung von unterschiedlichen Bewertungsgrundsätzen.
- 14,3% Sonstige Angaben über die Bewertung.

der Bilanzleser ein Bild von den in den Konzernbeständen enthaltenen stillen Reserven machen kann. Die Erläuterung sollte insoweit der Berichterstattung im aktienrechtlichen Geschäftsbericht entsprechen.²⁸⁾ Die Berichterstattung über die Zwischengewinneliminierung erfordert ferner eine Erläuterung der Verrechnung der Bewertungsdifferenzen. Je nach der Bedeutung des Postens sollte dabei der Gesamtbeitrag der Zwischengewinne und der auf das Berichtsjahr entfallende Veränderungsbetrag angegeben werden.²⁹⁾ Wenn bedeutende Minderheiten vorhanden sind, ist auch darüber zu berichten, ob die Verrechnung allein zu Lasten der Obergesellschaft oder entsprechend der Einheitstheorie anteilig zu Lasten der Obergesellschaft und der Minderheitsgesellschaft erfolgte. Im Fall der erfolgsneutralen Zwischengewinneliminierung ist auf die Verrechnung mit der Rücklage für Konzernzwischenwinne hinzuweisen und klarzustellen, dass sich der Veränderungsbetrag auf den in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss (Jahresfehlbetrag) ausgewirkt hat. Die Untersuchungen von v. Wosocki haben gezeigt, dass auch die Berichterstattung über die Zwischengewinneliminierung noch stark verbesserungsbedürftig ist.³⁰⁾

Wenn ausländische Konzernunternehmen und Konzernunternehmen, deren Anteile nicht zu mehr als der Hälfte im Besitz der Konzernleitung stehen, nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden, können sich aus der Unvollständigkeit des Konsolidierungskreises erhebliche Lücken bei der Zwischenge-

28) vgl. dazu Adler/Düring/Schmaltz, § 160 Anm. 38.

29) Die Frage, ob die Zwischengewinne von Bedeutung sind, kann an Hand der in § 160 Abs. II S. 5 AktG aufgestellten Richtwerte beurteilt werden, d.i. 10% des Jahresüberschusses (Jahresfehlbetrages), mindestens jedoch 0,5% des Grundkapitals.

30) vgl. dazu die Auswertung von 123 Konzernabschlüssen und Konzerngeschäftsberichten in WPg 1970, S. 97 ff (127).

winneliminierung ergeben. Aus der Sicht des Konzerns als wirtschaftliche Einheit sind die im Vorratsvermögen der nicht einbezogenen Konzernunternehmen enthaltenen Zwischengewinne noch nicht realisiert. Der Konzernabschluss weist daher insoweit, als diese Zwischengewinne auf Lieferungen und Leistungen von einbezogenen Unternehmen entfallen, einen nicht realisierten Gewinn aus. Sofern diese Zwischengewinne nicht durch Bildung einer entsprechenden Rückstellung in der Konzernbilanz ausgeschaltet werden,³¹⁾ sollte dieser Punkt zumindest in die Berichterstattung einbezogen werden. Dieses Erfordernis kann aus § 334 Abs. 2 S. 3 AktG abgeleitet werden. Danach sind Angaben zu machen, wenn bei nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Konzernunternehmen grössere Verluste entstanden sind. Wenn Angaben über Verluste bei nicht einbezogenen Konzernunternehmen zu machen sind, dann sollten erst recht Angaben über nicht-realisierte Gewinne in der Konzernbilanz, die ebenfalls einen Verlust darstellen, gemacht werden. Die Frage, wann "grössere Verluste" bzw. "grössere nicht-realisierte Gewinne" vorliegen, sollte nach den in § 160 Abs. 2 S. 5 AktG aufgestellten Richtwerten beurteilt werden. Die Ausdehnung der Berichterstattung auf die Zwischengewinne in den Konzernbeständen bei nicht einbezogenen Konzernunternehmen ist erforderlich, um die Entstehung eines unkontrollierten Manipulationsspielraumes auszuschliessen.³²⁾

Ferner sind wesentliche Abweichungen vom letzten Konzernabschluss zu erläutern (§ 334 Abs. 3 S. 2 AktG). Deshalb sind Änderungen der Bewertungsmethoden zu erörtern, wenn

31) vgl. dazu oben S. 105 f.

32) Ohne Berichterstattung könnte z.B. ein falscher Eindruck über die Ertragslage des Konzerns entstehen, wenn an die ausländischen Vertriebsgesellschaften Lieferungen von aussergewöhnlichem Umfang getätigt worden sind. Der Vorgang kann auf verschiedenen Gründen beruhen, z.B. Sicherstellung der Versorgung wegen drohender Nachschubschwierigkeiten; es kann sich aber auch um eine gewinnpolitische Massnahme handeln.

dadurch die Vergleichbarkeit mit dem letzten Konzernabschluss wesentlich beeinflusst wird. Die Frage, welche Abweichungen wesentlich sind, sollte wiederum an Hand der in § 160 Abs. 2 S. 5 AktG aufgeführten Massstäbe beurteilt werden. Bei der Erläuterung der Änderung der Bewertungsmethoden sollte auch der Abweichungsbetrag angegeben werden, da die Information sonst unvollständig ist.

Schliesslich ist in allen Fällen, wo die Konsolidierungspraxis über die gesetzlichen Anforderungen hinausgeht, eine ausreichende Berichterstattung erforderlich, da der Bilanzleser sonst mangels entsprechender Hinweise annehmen muss, dass lediglich die Mindestanforderungen erfüllt sind. Die Berichterstattung sollte in derartigen Fällen aber auch selbstverständlich sein, da die Konzernleitung dadurch den hohen Stand seines Rechnungswesens unter Beweis stellen und zugleich die Weiterentwicklung des Konzernrechnungswesens fördern kann.

H. Zusammenfassung

Die Wertansätze der Konzernbilanz ergeben sich nach § 331 Abs. 1 Nr. 1 AktG grundsätzlich durch Addition der gleichnamigen Posten der auf den Stichtag der Konzernbilanz aufgestellten Einzelabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen (Massgeblichkeitsprinzip). Besondere Bewertungsvorschriften fehlen, - abgesehen von § 331 Abs. 2 AktG, der die Bewertung der sog. Konzernbestände regelt -, und es wird auch nicht auf die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften verwiesen. Bei der Konsolidierung dürfen jedoch nur die Wertansätze der Einzelbilanzen übernommen werden, die den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung entsprechen.

Die Regeln für kaufmännische Buchführung und Abschluss (Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung) ergeben sich aus Gesetz, Gewohnheitsrecht, Handelsbräuchen, Verkehrsanschauungen und durch Ableitung aus der Natur der Sache. Die Grundsätze über die Inventur sind gesetzlich geregelt (§§ 39, 40 HGB), während das Anschaffungswert- und Niederstwertprinzip gewohnheitsrechtlich gelten. Von besonderer Bedeutung ist der Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes, der kraft Gesetzes nur für Unternehmen in der Pechtsform der AG und KGaA gilt. Nach diesem Grundsatz dürfen nur Wertansätze bilanziert werden, die an Hand bestimmter Bewertungsmethoden ermittelt worden sind; Zwischenwerte und pauschale Wertabschläge sind unzulässig. Vor Einführung des AktG 1965 waren jedoch pauschale Wertabschläge allgemein üblich. Dieser Brauch wird inzwischen zwar überwiegend abgelehnt, es kann aber gegenwärtig noch nicht festgestellt werden, dass der alte Brauch aufgegeben worden ist, und dass sich der Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes zu einem Handelsbrauch oder einer Verkehrsanschauung verfestigt hat. Der Grundsatz braucht daher lediglich von Unternehmen, die den aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften unterliegen, beachtet zu werden. Bei der Bewertung des Vorratsvermögens sind noch zahlreiche weitere Grundsätze, die zumeist aus der Natur der Sache abgeleitet worden sind, zu beachten. Die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung sind auch bei der Beurteilung ausländischer Abschlüsse zugrundezulegen. Die Konzernleitung hat die Wertansätze der Einzelbilanzen ausserdem noch an Hand der einschlägigen gesetzlichen Sondervorschriften und nach den Satzungsbestimmungen der Obergesellschaft zu beurteilen. Die Prüfung und Berichtigung der Wertansätze der Einzelbilanzen erfolgt aus der Sicht des Konzerns als wirtschaftliche Einheit und auf Grund der umfassenden Kenntnisse der Konzernleitung.

Bei der Übernahme der Wertansätze der Einzelbilanzen kann sich ein undurchsichtiges Bewertungskonglomerat ergeben, während nach der Einheitstheorie, die den Vorschriften über die Konzernbilanz zugrundeliegt, die Anwendung von einheitlichen Bewertungsgrundsätzen geboten wäre. Die einheitliche Bewertung, auf die der Gesetzgeber aus Gründen der Praktikabilität verzichtet hat, kann jedoch durch die Anwendung von konzerneinheitlichen Bewertungsmethoden bei der Aufstellung der Einzelbilanzen oder durch freiwillige Umbewertungen bei der Konsolidierung verwirklicht werden. Die h.M. lehnt zwar freiwillige Umbewertungen unter Berufung auf das Massgeblichkeitsprinzip ab, diese Gesetzesauslegung ist jedoch unzutreffend, da sie die Einheitstheorie als den Leitgedanken der gesetzlichen Regelung unberücksichtigt lässt. Durch eine Überordnung des Massgeblichkeitsprinzips über die Einheitstheorie würden die Rangverhältnisse auf den Kopf gestellt. Freiwillige Umbewertungen sind infolgedessen zulässig, jedoch ist dabei der Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes zu beachten, da sonst keine Verbesserung der Aussagefähigkeit der Konzernbilanz erzielt würde. Es ist möglich, dass Umbewertungen mit zunehmender praktischer Erfahrung allgemein üblich werden, und dass sich entsprechende Grundsätze ordnungsmässiger Konsolidierung entwickeln.

Nach § 331 Abs. 2 AktG sind bestimmte Konzernbestände höchstens mit den Konzernanschaffungs- oder -herstellungskosten zu bewerten, so dass die konzerninternen Zwischengewinne entsprechend der Einheitstheorie eliminiert werden. Die Vorschrift ist zwar als Höchstwertvorschrift konzipiert, gleichwohl wird die Bildung von beliebigen stillen Reserven bei der Zwischengewinneliminierung nahezu einhellig abgelehnt. Man kann davon ausgehen, dass dies auch der Verkehrsanschauung entspricht, und dass ein entsprechender

Grundsatz ordnungsmässiger Konsolidierung anerkannt wird. Da die Verkehrsanschauung Vertrauensschutz genießt, darf von diesem Grundsatz nur aus wichtigem Grund abgewichen werden. Infolgedessen ist bei der Zwischengewinneliminierung der Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes zu beachten.

Für Gegenstände, die zur Weiterveräußerung bestimmt sind oder die ausserhalb des üblichen Lieferungs- und Leistungsverkehrs erworben werden, ist die Zwischengewinneliminierung obligatorisch. Anlagevermögen und Betriebsstoffe sind von ihr ebenso ausgenommen, wie Lieferungen von nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Konzernunternehmen; auch eine Eliminierung von Zwischenverlusten ist nicht vorgesehen. Die genannten Gegenstände können jedoch freiwillig in die Zwischengewinneliminierung einbezogen werden, ebenso Zwischenverluste, die nicht aus Abwertungen nach dem Niederstwertprinzip resultieren. Ausserdem können noch die in den Beständen von nicht einbezogenen Konzernunternehmen enthaltenen Zwischengewinne freiwillig ausgeschaltet werden.

Die Zwischengewinneliminierung erfolgt durch die Abwertung auf die Konzernanschaffungs- oder -herstellungskosten. Diese Kosten werden nach den allgemeinen Grundsätzen ermittelt, jedoch aus der Sicht des Konzerns als wirtschaftliche Einheit. Die Beurteilung der Aktivierungspflichtigkeit bzw. -fähigkeit der verschiedenen Kosten und die Wahl der Bewertungsmethoden erfolgt somit aus der Sicht des Konzerns. Die Konzernanschaffungs- und -herstellungskosten können nach dem progressiven oder retrograden Verfahren ermittelt werden. Nach dem progressiven Verfahren werden zunächst die derivativen Kostenbestandteile ausgeschieden und durch die originären Kostenbestandteile ersetzt, die dann der Be-

wertung zugrundegelegt werden. Das retrograde Verfahren geht von einheitlichen Verrechnungspreisen aus und ermittelt die Zwischengewinne an Hand der in den konzerninternen Verrechnungspreisen enthaltenen Bruttogewinnspannen.

Die Verrechnung der Bewertungsdifferenzen erfolgt nach der Einheitstheorie anteilig zu Lasten der Mehrheits- und Minderheitsbeteiligten, nach der Interessentheorie gehen die Bewertungsdifferenzen dagegen vollständig zu Lasten der Mehrheitsbeteiligten (h.M.). Die Verrechnung kann ferner in erfolgswirksamer und erfolgsneutraler Form durchgeführt werden. Bei der erfolgswirksamen Methode werden die Zwischengewinne im Konzern-Bilanzgewinn verrechnet, bei der erfolgsneutralen Methode erfolgt die Verrechnung gegen die Rücklage für Konzernzwischen Gewinne aus der Bilanz der Obergesellschaft.

Im Konzerngeschäftsbericht ist über alle Fragen, die für die Beurteilung der Vermögens- und Ertragslage des Konzerns von wesentlicher Bedeutung sind, gewissenhafte und getreue Rechenschaft abzulegen. Prinzipiell sind an diese Berichterstattung keine geringeren Anforderungen zu stellen als an die Berichterstattung im Geschäftsbericht der AG. Daher sind die bei der Bewertung des Vorratsvermögens und der Zwischengewinneliminierung angewandten Methoden zu erläutern. Ferner sind Änderungen der Bewertungsmethoden sowie wesentliche Abweichungen vom letzten Konzernabschluss zu erörtern und Angaben über in der Konzernbilanz ausgewiesene, nicht-realisierte Gewinne zu machen. Schliesslich ist über die Anwendung von Konsolidierungsverfahren, die über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgehen, zu berichten.

Die vorstehende Untersuchung hat gezeigt, dass die deutsche Konsolidierungspraxis noch am Anfang ihrer Entwicklung steht, dass aber dank der Flexibilität der gesetzlichen Regelung genügend Spielraum für Verbesserungen und Weiterentwicklungen zur Verfügung steht. Infolgedessen ist zu erwarten, dass Wissenschaft und Praxis neue Techniken entwickeln und dass einige davon als Grundsätze ordnungsmässiger Konsolidierung allgemein anerkannt werden.

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AG	Die Aktiengesellschaft (Jahr, Seite)
AktG	Aktiengesetz
Anm.	Anmerkung
Aufl.	Auflage
BB	Der Betriebs-Berater (Jahr, Seite)
Bd.	Band
BFH	Bundesfinanzhof
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (Jahr, Seite)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des BGH in Zivilsachen (Band, Seite)
BStBl.	Bundessteuerblatt
bzw.	beziehungsweise
DB	Der Betrieb (Jahr, Seite)
d.h.	das heisst
d.i.	das ist
Diss.	Dissertation (Universität, Jahr)
EGAkt	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz
EStG	Einkommensteuergesetz
EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
f.	folgende Seite
ff.	folgende Seiten
fifo	first in - first out
FR	Finanz-Rundschau (Jahr, Seite)
GenG	Genossenschaftsgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GoB	Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
IdW	Institut der Wirtschaftsprüfer
JW	Juristische Wochenschrift (Jahr, Seite)
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KWG	Gesetz über das Kreditwesen vom 10.7.1961
lifo	last in - first out
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NB	Neue Betriebswirtschaft (Jahr, Heft, Seite)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Jahr, Seite)

PublG	Publizitätsgesetz vom 15.8.1969
RE (RegE)	Regierungsentwurf
RFH	Reichsfinanzhof
RG	Reichsgericht
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen (Band, Seite)
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (Band, Seite)
RStBl.	Reichssteuerblatt
Rz.	Randziffer
S.	Seite
s.	siehe
sog.	sogenannt
St/NA	Stellungnahme zu Fragen des neuen Aktienrechts
StW	Steuer und Wirtschaft (Jahr, Seite)
u. a.	unter anderem
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz vom 6.6.1931
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Jahr, Seite)
WP-Hb.	Wirtschaftsprüfer-Handbuch
z. B.	zum Beispiel
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft (Jahr, Seite)
ZfbF	Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung (Jahr, Seite)

Literaturverzeichnis

I. Kommentare, Sammelwerke, Lehrbücher, Monographien

- Adler, Hans/Düring, Walther/Schmaltz, Kurt, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft. Handkommentar, 4. Aufl., 1. Bd., Stuttgart 1968
- Anderson, Viktor, Grundsätze ordnungsmässiger Bilanzierung in der Rechtsprechung der Finanzgerichte, Heidelberg 1965
- Arbeitskreis Chemie (Betriebswirtschaftlicher Ausschuss des Verbandes der chemischen Industrie e.V.), Rechnungslegung im Konzern. Geschäftsbericht und Konzerngeschäftsbericht nach dem Aktiengesetz 1965, 2. Ergänzungsheft der Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Wiesbaden 1967
- Baumbach, Adolf/Duden, Konrad, Handelsgesetzbuch, Kommentar, 19. Aufl., München 1971
- Baumbach, Adolf/Hueck, Alfred/Hueck, Götz, Aktiengesetz, Kommentar, 13. Aufl., München 1968
- Festschrift für Hans Münstermann. Betriebswirtschaftliche Information, Entscheidung und Kontrolle, herausgegeben von Walther Busse von Colbe und Günter Sieben, Wiesbaden 1969
- Betriebswirtschaftliches Institut der Eisenhüttenindustrie, Rechnungslegung nach dem AktG 1965, Teil II, Konzernabschluss, Düsseldorf 1968
- Bores, Wilhelm, Konsolidierte Erfolgsbilanzen und andere Bilanzierungsmethoden für Konzerne und Kontrollgesellschaften, Leipzig 1935
- Busse von Colbe, Walther/Ordelheide, Dieter, Konzernabschlüsse, Rechnungslegung für Konzerne nach betriebswirtschaftlichen und aktienrechtlichen Grundsätzen, Wiesbaden 1969
- Edelkott, Dieter, Der Konzernabschluss in Deutschland. Eine Untersuchung über seine Aussagefähigkeit und zweckmässige Gestaltung, Zürich 1963
- Enneccerus, Ludwig/Nipperdey, Hans Carl, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts. Ein Lehrbuch von Ludwig Enneccerus, 15. Aufl. von Hans Carl Nipperdey, Tübingen 1959 und 1960

- Dreger, Karl-Martin, Der Konzernabschluss. Grundsätze ordnungsmässiger Konsolidierung - Konzernrechnungslegung nach Aktienrecht 1965 in Anlehnung an die Technik und Praxis in den USA, Wiesbaden 1969
- Beiträge zum neuen Aktienrecht, von Schneider, Karl/Forster, Karl-Heinz/u.a., Sonderdruck der Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", Düsseldorf 1966
- Beiträge zur Aktienrechtsreform, herausgegeben von Hans Hengeler, Heidelberg 1959
- Fuchs, Hermann/Gerloff, Otto, Die konsolidierte Bilanz, Köln 1954
- Godin/Wilhelmi, Aktiengesetz vom 6. September 1965, Kommentar, 2. Bd., 3. Aufl., Berlin 1967
- Granobs, Hein, Zwischengewinne im aktienrechtlichen Konzernabschluss, Freiburg 1969
- Hahn, Dietger, Gliederung und Bewertung des Vorratsvermögens im Einzel- und konsolidierten Jahresabschluss unter besonderer Berücksichtigung des Regierungsentwurfs eines Aktiengesetzes, Diss. Berlin 1962
- Handbuch der Aktiengesellschaft, Bd. 2: Leitung, Finanzierung, Rechnungslegung und Prüfung, von Sieber, Eugen H./Hagenmüller, Karl Fr./Kolbeck, Rosemarie/Scherpf, Peter, Köln 1967
- Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Ergänzende Vorschläge zur Aktienrechtsreform der Ausschüsse Sonderprüfung und Konzernfragen, Düsseldorf 1958
- Käfer, Karl/Münstermann, Hans, Konzernbilanzen, Zürich 1958
- Klein, Günter, Die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts nach dem AktG 1965, Düsseldorf, 1970
- Kropff, Bruno, Aktiengesetz. Textausgabe des Aktiengesetzes vom 6.9.1965 mit Begründung des Regierungsentwurfs und dem Bericht des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags, Düsseldorf 1965
- Kruse, Heinrich Wilhelm, Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung. Rechtsnatur und Bestimmung, Köln 1970

- Lange, Heinrich, BGB, Allgemeiner Teil. Ein Studienbuch, 8. Aufl., München u. Berlin 1965
- Larenz, Karl, Allgemeiner Teil des Deutschen Bürgerlichen Rechts, München 1967
- Larenz, Karl, Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 2. Aufl., Berlin, Heidelberg, New York 1969
- Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, 2. Aufl., Düsseldorf 1970
- Lehmann, Heinrich/Hübner, Heinz, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches, von Heinrich Lehmann, 15. Aufl., bearbeitet von Heinz Hübner, Berlin 1966
- Mestmäcker, Ernst-J., Verwaltung, Konzerngewalt und Recht der Aktionäre, Karlsruhe 1958
- Niemann, Ursula, Probleme der Gewinnrealisierung innerhalb des Konzerns, Düsseldorf 1968
- Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 4. Aufl., Köln, Berlin, Bonn, München 1968
- Rasch, Harold, Aktuelle Probleme des Konzernrechts und der Konzernrechnungslegung, Köln, Berlin, Bonn, München 1970
- Scherpf, Peter, Die aktienrechtliche Rechnungslegung und Prüfung, Köln 1967
- Schmidt, Fritz, Die organische Tageswertbilanz, 3. Aufl., 1929, unveränderter Neudruck, Wiesbaden 1951
- Scholtissek, Wolfgang (Arbeitskreis), Die Eliminierung der Zwischengewinne im Konzernabschluss nach dem Aktiengesetz 1965. Ein praktisches Problem des deutschen Konzernrechts, Bielefeld 1969
- Schuhmann, Werner, Der Konzernabschluss. Die Bilanzierungspraxis deutscher Konzerne, Wiesbaden 1962
- Schulze zur Wiesch, Dietrich Wilhelm, Grundsätze ordnungsmässiger Inventur, Düsseldorf 1961
- van der Velde, K., Herstellungskosten in der Kostenrechnung und in der Steuerbilanz, 3. Aufl., Stuttgart 1960

- Wein, Ernst-August, Die betriebswirtschaftliche Aussagefähigkeit der Konzernrechnungslegung, Köln und Opladen 1968
- Wietzke, Günter, Der konsolidierte Jahresabschluss und seine besonderen Probleme in der deutschen und anglo-amerikanischen Bilanzierungspraxis, Berlin 1962
- Wirtschaftsprüferkammer, Richtlinien für die Berufsausübung der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer, festgestellt von der Wirtschaftsprüferkammer, Düsseldorf 1970
- Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht, Bericht über die Fachtagung 1966 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf 1966
- Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1968, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf 1968
- Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1963, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland, e.V., Bd. I, Düsseldorf 1963
- Würdinger, Hans, Aktien- und Konzernrecht. Eine systematische Darstellung, 2. Aufl., Karlsruhe 1966
- v. Wysocki, Klaus, Konzernrechnungslegung in Deutschland. Eine Auswertung von 126 Konzernabschlüssen und Konzerngeschäftsbereichen deutscher Obergesellschaften zum 31. Dezember 1967, Düsseldorf 1969
- Zitzelsberger, Siegfried, Die Problematik der Gewinnrealisierung bei der handels- und steuerrechtlichen Bewertung konzerninterner Lieferungen und Leistungen, Diss. München 1966

II. Aufsätze, Stellungnahmen

- Albach, Horst, Rechnungslegung im neuen Aktienrecht, Neue Betriebswirtschaft 1966, S. 178 ff.
- Albach, Horst, Bewertungsprobleme des Jahresabschlusses nach dem Aktiengesetz 1965, Der Betriebs-Berater 1966, S. 377 ff.
- Albach, Horst/Forster, K.H./Gessler, E., Der Jahresabschluss 1967 nach neuem Aktienrecht, Neue Betriebswirtschaft 1968, Heft 3, S. 1 ff.
- van Almsick, Erich, Die Eliminierung von Zwischengewinnen in Konzernbilanzen bei der Bewertung von Vorräten, die von Konzernunternehmen erworben werden, Die Aktiengesellschaft 1964, S. 209 ff.
- Anderegg, Jürgen, Zur Ermittlung des Konzernergebnisses, Die Wirtschaftsprüfung 1963, S. 540
- Birkholz, Hans, Das neue Aktienrecht, in steuerlicher Sicht, Der Betriebs-Berater 1966, S. 709 ff.
- Böning, Dieter, Probleme des Konzerns und der Kapitalkonsolidierung nach neuem Aktienrecht, Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 1967, S. 356 ff, 415 ff.
- Bores, Wilhelm, Geschichtliche Entwicklung der konsolidierten Bilanz (Konzernbilanz), Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung 1934, S. 113 ff, 327 ff.
- Busse von Colbe, Walther, Informationswert der Konzernbilanz, in Festschrift für Münstermann, 1969, S. 85 ff.
- Busse von Colbe, Walther, Der Konzernabschluss nach neuem Aktienrecht, Die Aktiengesellschaft 1966, S. 269 ff, 308 ff, 350 ff.
- Busse von Colbe, Walther/Ordelheide, Dieter, Vorratsbewertung und Ermittlung konzerninterner Erfolge mit Hilfe des Kifo-Verfahrens, Zeitschrift für Betriebswirtschaft 1969, S. 221 ff.
- Döllner, Georg, Gläubigerschutz und Aktionärsschutz im neuen Aktienrecht - ein Scheingegensatz, Der Betriebs-Berater 1966, S. 629 ff.

- Döllerer, Georg, Grundsätze ordnungsmässiger Bilanzierung, deren Entstehung und Ermittlung, Der Betriebs-Berater 1959, S. 1217 ff; Die Wirtschaftsprüfung 1959, S. 653 ff.
- Döllerer, Georg, Rechnungslegung nach dem neuen Aktiengesetz und ihre Auswirkungen auf das Steuerrecht, Der Betriebs-Berater 1965, S. 1405 ff.
- Eder, Karl, Das neue deutsche Aktiengesetz und seine Bedeutung für die GmbH, GmbH-Rundschau 1965, S. 147 ff.
- Fasold, R., Aktuelle Probleme der Rechnungslegung im Konzern, Neue Betriebswirtschaft 1967, Heft 4, S. 28 ff.
- Flämig, Christian, Die Umkehrung des Massegeblichkeitsprinzips der Handelsbilanz für die Steuerbilanz, Der Betrieb 1968, S. 2045 ff.
- Flume, Werner, Die Einbeziehung von Unternehmen im Mehrheitsbesitz ohne einheitliche Leitung in den Konzernabschluss, Der Betrieb 1968, S. 1011 ff.
- Forster, Karl-Heinz, Neue Pflichten des Abschlussprüfers nach dem Aktiengesetz von 1965, Die Wirtschaftsprüfung 1965, S. 585 ff.
- Forster, Karl-Heinz/Havermann, Hans, Zur Ermittlung der konzernfremden Gesellschaftern zustehenden Kapital- und Gewinnanteile, Die Wirtschaftsprüfung 1969, S. 1 ff.
- Forster, Karl-Heinz/Weirich, Siegfried, Lifo-, Fifo- und ähnliche Verfahren nach § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG 1965, Die Wirtschaftsprüfung 1966, S. 481 ff.
- Frucht, Günther, Die Gewinndarstellung im Konzernabschluss. Konzerngewinn und Jahresüberschuss in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Der Betrieb 1968, S. 405 ff.
- Gessler, E., Aktuelle gesellschaftsrechtliche Probleme, Der Betrieb 1966, S. 215 ff.
- Gessler, E., Probleme des neuen Konzernrechts, Der Betrieb 1965, S. 1691 ff, 1729 ff.

- Goerdeler, Reinhard, Geschäftsbericht, Konzerngeschäftsbericht und "Abhängigkeitsbericht" aus der Sicht des Wirtschaftsprüfers, Die Wirtschaftsprüfung 1966, S. 113 ff.
- Graf, Wilhelm, Der Fall Kreuger, ein Lehrbeispiel für das Versagen des Aufsichtsrates als Kontrollorgan, Der Wirtschaftsprüfer 1932, S. 166 ff.
- Granobs, Hein, Erfassung der Abschlüsse von Arbeitsgemeinschaften in der konsolidierten Konzernbilanz, Der Betrieb 1966, S. 1363 f.
- Greiffenhagen, H., Steuerliche Auswirkungen der aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften, FinanzRundschau 1965, S. 541 ff.
- Greiffenhagen, Hermann, Zur Bedeutung aktienrechtlicher Rechnungslegungsvorschriften als Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung für Unternehmen ausserhalb der Aktiengesellschaft, Die Wirtschaftsprüfung 1966, S. 141 ff.
- Grobe, Steffi, Zur Eliminierung von Zwischengewinnen bei Konzernabschlüssen, Die Wirtschaftsprüfung 1965, S. 310 ff.
- Grundmann, Hans-Ulrich, Innerkonzernliche Lieferungen in der vollkonsolidierten Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung nach § 332 AktG 1965, Der Betrieb 1966, S. 1897 ff.
- Gutenberg, E., Artikel "Konzernbilanzen", Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 6, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1959, S. 179 ff.
- Haase, Klaus Dittmar, Zur Problematik des Konzernserfolges, Der Betrieb 1966, S. 1657 f.
- Haase, Klaus Dittmar, Zur Berechnung der Konzern-Herstellungskosten, Betriebswirtschaftliche Umschau 1967, S. 448 ff.
- Haase, Klaus Dittmar, Zur Konsolidierung der Zwischen Gewinne im aktienrechtlichen Konzernabschluss, Der Betrieb 1967, S. 830.
- Haase, Klaus Dittmar, Probleme der Kapitalkonsolidierung im aktienrechtlichen Konzernabschluss, Der Betrieb 1968, S. 2137 ff.

- Haase, Klaus Dittmar/Löcherbach, Gerhard, Zur Zwischengewinneliminierung im Rahmen einer konsolidierten Konzernkostenrechnung unter besonderer Berücksichtigung des Matrizenkalküls, Die Wirtschaftsprüfung 1968, S. 570 ff.
- Hahn, Dietger, Handels- und steuerrechtliche Zulässigkeit von Konzernverrechnungspreisen, Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 1965, S. 342 ff, 438 ff.
- Havermann, Hans, Die verbundenen Unternehmen und ihre Pflichten nach dem AktG 1965, Die Wirtschaftsprüfung 1966, S. 30 ff, 66 ff, 90 ff.
- Havermann, Hans, Zweifelsfragen der Rechnungslegung im Konzern, in Beiträge zum neuen Aktienrecht, 1966, S. 75 ff.
- Hax, Herbert, Zum Problem des Konzernabschlusses, Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung 1966, S. 60 ff.
- Heine, Klaus-Henning, Vorbereitung und Aufstellung des Konzernabschlusses, Die Wirtschaftsprüfung 1967, S. 113 ff, 146 ff.
- Heine, Klaus-Henning, Organisatorische Probleme des Konzernabschlusses, Die Wirtschaftsprüfung 1968, S. 197 ff.
- Heine, Klaus-Henning/Schulze, Rudolf, Zur Zwischengewinneliminierung bei konzerninternen Anlagebewegungen, Die Wirtschaftsprüfung 1969, S. 217 ff.
- Hoffmann, A., Die Bewertungsprobleme in der Konzernbilanz, Der Wirtschafts-Treuhänder 1935, S. 491 ff.
- Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Grundsatzfragen zur Konsolidierung von handelsrechtlichen Jahresabschlüssen, Die Wirtschaftsprüfung 1954, S. 211 f.
- Fachgutachten 1/1967: Grundsätze ordnungsmässiger Durchführung von Abschlussprüfungen, Die Wirtschaftsprüfung 1967, S. 158 ff.

- Stellungnahme NA 4/1966: Untergrenze der Herstellungs-kosten, Die Wirtschaftsprüfung 1966, S. 329.
- Stellungnahme NA 5/1966: Zur Bewertung der Vorräte, Die Wirtschaftsprüfung 1966, S. 677 ff.
- Stellungnahme NA 2/1967: Zur Rechnungslegung im Konzern, Die Wirtschaftsprüfung 1967, S. 488ff.
- Stellungnahme NA 3/1968: Zur Rechnungslegung im Konzern (Ergänzung), Die Wirtschaftsprüfung 1968, S. 133; 1969, S. 206.
- Stellungnahme NA 1/1969: Zur Konsolidierung von Unternehmen, die erstmals in einen Konzernabschluss einzubeziehen sind oder während des Geschäftsjahres aus dem Konsolidierungskreis ausscheiden, Die Wirtschaftsprüfung 1969, S. 636.
- Käfer, K., Probleme der Konzernbilanz, Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung 1957, S. 345 ff.
- Karsten, Johann-Friedr., Die Deformierung der handelsrechtlichen Rechnungslegung durch steuerliche Massnahmen der Wirtschaftsförderung, Der Betriebs-Berater 1967, S. 425 ff.
- Klein, Günter, Aufstellung und Prüfung des Konzernabschlusses, Neue Betriebswirtschaft 1966, S. 62 ff.
- Klein, Günter, Die Aussagefähigkeit der Konzernrechnungslegung nach dem Aktiengesetz 1965 und ihre Weiterentwicklung, Der Betrieb 1969, S. 1025 ff.
- Kloock, Josef, Konsolidierte Konzern-Bestandsbewertung, in Festschrift für Münstermann, 1969, S. 119 ff.
- Kohlstruck, J.F., Ertragssteuern im Konzernabschluss nach dem Aktiengesetz 1965, Der Betrieb 1966, S. 949 ff.
- Koncok, G., Zum Gewinnvortrag im konsolidierten Jahresabschluss, Der Betrieb 1968, S. 637 f.
- Kropff, Bruno, Das Konzernrecht des Aktiengesetzes, Der Betriebs-Berater 1965, S. 1281 ff.
- Kropff, Bruno, Bilanzwahrheit und Ermessensspielraum in den Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes 1965, Die Wirtschaftsprüfung 1966, S. 369 ff.

- Kruse, Ludwig, Die Konzerngebilde im Lichte der Pflichtrevision, Zeitschrift für Betriebswirtschaft 1934, S. 52 ff.
- Kuhn, Klaus, Die dynamische Bilanz als Führungsinstrument im Konzern, Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung 1966, S. 563 ff.
- Leo, Hans-Christoph, Einheitliche Konzernleitung durch mehrere Obergesellschaften?, Die Wirtschaftsprüfung 1968, S. 395 ff.
- Ludewig, R., Gelten die neuen aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften auch für die Jahresabschlüsse der GmbH?, GmbH-Rundschau 1965, S. 192 ff.
- Meier, A., Einheitliche Leitung im Konzern aus betriebswirtschaftlicher Sicht, Die Wirtschaftsprüfung 1966, S. 570 ff.
- Mellerowicz, Konrad, Rechnungslegung und Konzernabschluss, in Beiträge zur Aktienrechtsreform, herausgegeben von Hans Hengeler, 1959, S. 197 ff.
- Münstermann, Hans, Konsolidierte Bilanzen deutscher Konzerne, Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung 1957, S. 435 ff.
- Peupelmann, Hans W., Die Rechnungslegung im Konzern nach dem Aktiengesetz 1965, Der Betrieb 1965, S. 1749 ff, 1785 ff, 1825 ff.
- Rätsch, Herbert, Grundsatzfragen zur Konsolidierung von handelsrechtlichen Jahresabschlüssen, Die Wirtschaftsprüfung 1961, S. 629 ff.
- Rätsch, Herbert, Zweifelsfragen der Konsolidierung und ihre internationale Behandlung, Die Wirtschaftsprüfung 1968, S. 565 ff.
- Rehbinder, Manfred, Gelten die neuen Bewertungsvorschriften des Aktienrechts auch für Unternehmen mit anderer Rechtsform?, Neue juristische Wochenschrift 1966, S. 1549 ff.
- Rose, Werner, Die Einbeziehung ausländischer Konzernunternehmen in den Konzernabschluss inländischer Konzerne, Die Wirtschaftsprüfung 1963, S. 501 ff.
- Rüder, Maria, Sind die aktienrechtlichen Vorschriften Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung?, in Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht, Bericht über die Fachtagung 1966 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf 1966, S. 93 ff.

- Schirm, Manfred, Die Massgeblichkeit der Einzelbilanzen für die Konzernbilanz nach dem AktG 1965, Der Betrieb 1966, S. 1573 ff.
- Schrader, Helmut, Zu den Auswirkungen des Aktiengesetzes 1965 auf das Bilanzsteuerrecht, Der Betrieb 1966, S. 1144 ff.
- Schulze, Joachim, Der Konzerngewinn oder -verlust und die Ausschaltung von Zwischengewinnen und anderen Wertdifferenzen im Konzernabschluss, Der Betrieb 1967, S. 1575 ff.
- Schulze, Joachim, Einheitliche Leitung von Konzernunternehmen durch mehrere Obergesellschaften und ihre Bedeutung für die Konzernrechnungslegung nach dem Aktiengesetz, Die Wirtschaftsprüfung 1968, S. 85 ff.
- Schulze-Osterloh, Joachim, Die Einbeziehung von in Mehrheitsbesitz stehenden Unternehmen ohne einheitliche Leitung in den Konzernabschluss, Die Wirtschaftsprüfung 1969, S. 93 ff.
- Schultze, Joachim, Zur Frage der Umrechnung fremder Währungen bei konsolidierten Jahresabschlüssen, Der Betrieb 1968, S. 1077 ff.
- Seeger, Manfred, Die Ausschaltung von Zwischengewinnen und ihr Einfluss auf die Konzernbilanz, Der Betrieb 1968, S. 1033 ff.
- Stahl, Wilfried, Die Praxis der Ausschaltung von Zwischengewinnen im konsolidierten Jahresabschluss gem. § 331 Abs. 2 AktG, Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 1967, S. 654 ff.
- Vogel, Horst, Auswirkungen des Aktiengesetzes 1965 auf das Bilanzsteuerrecht, Der Betrieb 1966, S. 909 ff.
- Waldner, Wolfgang, Der Bundesgerichtshof und die Rechtsnatur der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, Der Betriebs-Berater 1961, S. 1108 ff.
- Weilbach, Erich A., Bipolarität der Bilanzierungsvorschriften des AktG 1965, Der Betrieb 1967, S. 255 f.
- Weilbach, Erich A., Technik der Konzernbilanzierung, Zeitschrift für das gesamte Rechnungswesen 1965, S. 76 ff.

Wiebrock, Horst, Praxis der internen Konzernrechnungslegung, Die Wirtschaftsprüfung 1971, S. 306 ff.

Wöhe, Günter, Sind die Anforderungen an die Ordnungsmässigkeit der Buchführung noch zeitgemäss?, Steuer-Kongress-Report 1967, S. 212 ff.

v. Wysocki, Klaus, Die Entwicklung der Konzernbilanz aus den Einzelbilanzen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen nach § 331 AktG, Die Wirtschaftsprüfung 1966, S. 281 ff.

v. Wysocki, Klaus, Zwei Jahre Konzernrechnungslegung nach dem AktG 1965, Die Wirtschaftsprüfung 1970, S. 97 ff, 124 ff.

v. Wysocki, Klaus, Die Eliminierung von Zwischenverlusten und die erfolgswirksame Schuldenkonsolidierung im aktienrechtlichen Konzernabschluss, Die Wirtschaftsprüfung 1970, S. 590 ff.

Lebenslauf

Name	<u>Anton Hilarius Siebert</u>
Geburtsdatum u. -ort	9. Januar 1938 in Werl i. Westf.
Eltern	Schreiner Georg Siebert und Maria Siebert geb. Rohe
Volksschule	1944 - 1949 in Werl
Gymnasium (humanistischer Zweig)	1949 - 1958 in Werl
Abitur	15. Februar 1958
Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Universität Münster und Freie Universität Berlin	
1. jur. Staatsprüfung	7. April 1962 mit "vollbefriedi- gend"
Referendarausbildung	mit besonderer Ausrichtung auf Steuerrecht, gleichzeitig Tätig- keit als Hilfsassistent bei Prof. Dr. jur. Harry Westermann
2. jur. Staatsprüfung	18. April 1966 mit "befriedigend"
Finanzassessor beim Finanzamt Münster-Land	
Seit 1.11.1966 bei	Peat, Marwick, Mitchell & Co. Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH mit Tätigkeit auf dem Gebiet des Prüfungswesens und Steuer- rechts
Steuerberater-Prüfung	6.3.1969
Wirtschaftsprüfer- Prüfung	30.11.1970

